

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

12. Sitzung vom 23. September 2011

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	GR Dr Wolfgang Aigner	S. 13
		GR Friedrich Strobl	S. 15
		GR Dr Wolfgang Ulm (tatsächliche Berichtigung)	S. 19
2. 03545-2011/0001-MDLTG: Gemäß § 21 (4) WStV Einberufung des Gemeinderates der Stadt Wien durch Bgm Dr Michael Häupl zum Thema "Gebührenerexplosion in Wien – Rot/Grüne Misswirtschaft verursacht unsoziale Belastungslawine"	S. 3	GR David Ellensohn (tatsächliche Berichtigung)	S. 19
		GR Mag Alexander Neuhuber	S. 20
		GRin Birgit Hebein	S. 22
		GR Mag Wolfgang Jung	S. 23
		GR Heinz Hufnagl	S. 25
3. Mitteilung des Einlaufs	S. 3	GR Norbert Walter, MAS	S. 28
		GR Ing Udo Guggenbichler	S. 30
4. Mandatsänderung von GR Dr Wolfgang Aigner, Mandatsverzicht von GRin Christine Marek, Angelobung von Martin Flicker als Gemeinderat	S. 3	GR Ernst Nevrivy	S. 31
		GRin Mag Barbara Feldmann	S. 33
		GRin Mag Dr Barbara Kappel	S. 36
		GR Dipl-Ing Martin Margulies (tatsächliche Berichtigung)	S. 38
5. 03545-2011/0001-MDLTG: Debatte auf Grund des Verlangens des Klubs der Wiener Freiheitlichen zum Thema "Gebührenerexplosion in Wien – Rot/Grüne Misswirtschaft verursacht unsoziale Belastungslawine"		GRin Henriette Frank	S. 39
Begründung durch GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 4	GR Wolfgang Seidl	S. 41
Rednerinnen bzw Redner:		GR Mag Rüdiger Maresch	S. 41
StR DDr Eduard Schock	S. 5	GR Anton Mahdalik	S. 44
GR Dkfm Dr Fritz Aichinger	S. 8	GRin Waltraud Karner-Kremser, MAS	S. 44
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 10	StR DDr Eduard Schock	S. 45
		GR Christian Deutsch	S. 45
		6. Ordnungsruf an GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 5
		7. Ordnungsruf GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 13

(Beginn um 9.01 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Wiener Gemeinderates!

Ich eröffne die Sitzung.

Entschuldigt für den gesamten Tag sind heute in alphabetischer Reihenfolge: GR Akkilic, GR Mag Ebinger, GR Hora, GRin Klicka, GRin Korosec, GRin Ludwig-Faymann, GRin Schubert, GR Stark, GR Dipl.-Ing. Stifftner und GRin Mag Wurzer.

Von den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten des Klubs der Wiener Freiheitlichen wurde ein Verlangen auf Einberufung einer Sitzung des Gemeinderates zum Thema „Gebührenexplosion in Wien – Rot/Grüne Misswirtschaft verursacht unsoziale Belastungswave“ eingebracht.

Der Herr Bürgermeister hat in Entsprechung des § 21 Abs 4 der Wiener Stadtverfassung im Zusammenhalt mit § 8 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien zu dieser Sitzung eingeladen. Die Geschäftsordnung sieht vor, dass in Sitzungen des Gemeinderates auf Verlangen keine Geschäftsstücke verhandelt werden, der Entfall von Fragestunde, Aktueller Stunde und dringlichen Initiativen ist in der Fraktionsvereinbarung festgehalten.

Bevor ich die Debatte eröffne, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen von Gemeinderatsmitgliedern des ÖVP-Klubs sechs eingelangt sind und des Klubs der Wiener Freiheitlichen eine eingelangt ist.

Vom Klub der Wiener Freiheitlichen wurde ein Ersuchen an das Kontrollamt gemäß § 73 Abs 6a der Wiener Stadtverfassung betreffend Vermögensgebarung des 20-prozentigen Anteils der Gemeinde Wien an der Flughafen Wien AG eingebracht. Dieses Prüfersuchen wurde an das Kontrollamt weitergeleitet.

Ich möchte weiters die Mitglieder des Gemeinderates darauf verweisen, dass am 12. September 2011 ein Schreiben von GR Dr Wolfgang Aigner eingelangt ist, der mir Folgendes mitgeteilt hat – ich zitierte jetzt die paar Sätze:

„Ich erlaube mir, Ihnen auf diesem Weg mitzuteilen, dass ich mit sofortiger Wirkung aus dem ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien ausscheide. Ich werde mein Gemeinderats- und Landtagsmandat sowie meine Mitgliedschaft im Gemeinderatsausschuss für Bildung, Jugend, Sport und Information sowie meine Ersatzmitgliedschaft im Europaausschuss ab sofort als unabhängiger Mandatar weiter ausüben.“

Wir haben zu diesem Zwecke vorgestern in der Präsidialkonferenz eine Fraktionsvereinbarung beschlossen, die vorsieht, dass GR Dr Aigner seine Tätigkeit hier im Gemeinderat ausüben kann, das heißt, dass ihm all seine Möglichkeiten gegeben wurden. Wir haben vereinbart, dass künftighin bei jenen Wortmeldungen, die vor Beginn der Sitzung abgegeben werden, GR Dr Aigner als sogenannter „Klubunabhängiger Mandatar“ zwischen FPÖ und SPÖ gereiht wird, und dass er natürlich die Möglichkeit hat, auch Fragen nach einer bestimmten Systematik zu stellen, die den Klubs dann bekannt sind.

Ferner haben wir vereinbart, dass, wenn Dr Aigner

keine Frage in der Fragestunde stellt, immer jene Partei, die als erste die Frage stellt, auf eine Zusatzfrage entweder bei der 1. oder bei der 5. Frage verzichtet und diese dann von Dr Aigner genützt werden kann. Gleichfalls wurde vereinbart, dass bei einer Aktuellen Stunde Dr Aigner als Klubunabhängiger als Letzter in der ersten Reihe der Wortmeldungen an die Reihe kommt. So weit zu dieser Information.

Weiters hat Frau Christine Marek mit Ablauf des 14. September 2011 ihr Mandat im Gemeinderat der Stadt Wien zurückgelegt.

Weiters hat Herr GR Dr Matthias Tschirf auf die Ausübung seines Grundmandates aus dem Kreiswahlvorschlag für den Wahlkreis Donaustadt verzichtet.

Der Herr Bürgermeister hat gemäß § 92 der Wiener Gemeinderatswahlordnung auf das dadurch frei gewordene Mandat das in Betracht kommende Ersatzmitglied im Wahlvorschlag der Österreichischen Volkspartei, Herrn Martin Flicker, und auf das Restmandat des Stadtwahlvorschlags nach Frau Christine Marek Herrn Dr Matthias Tschirf berufen.

Gemäß § 19 der Wiener Stadtverfassung sind die Gemeinderatsmitglieder anzugeloben. Ich bitte den Herrn Schriftführer zu meiner Linken, die Gelöbnisformel zu verlesen, und die neuen Gemeinderatsmitglieder, auf meinen Aufruf hin das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten.

Ich bitte um Verlesung der Gelöbnisformel und bitte, sich von den Plätzen zu erheben. (*Alle erheben sich von ihren Plätzen.*)

Schriftführer GR Armin **Blind**: „Ich gelobe der Republik Österreich und der Stadt Wien unverbrüchliche Treue, stete und volle Beachtung der Gesetze sowie gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.“

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Herr GR Martin Flicker.

GR Martin **Flicker** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Ich gelobe.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Herr GR Dr Matthias Tschirf.

GR Dr Matthias **Tschirf** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Ich gelobe.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die Angelobung ist somit vollzogen. (*Allgemeiner Beifall.*)

Nachdem Frau GRin Christine Marek nicht anwesend ist, bitte ich den ÖVP-Klub, ihr den Dank des Wiener Gemeinderates für die doch relativ kurze Zeit, die sie mit uns verbracht und für die Stadt gearbeitet hat, auszurichten.

Ich kann jetzt aus meiner Situation und Funktion als Vorsitzender sagen: Sie hat sehr konstruktiv in der Präsidialkonferenz mitgearbeitet, hat aber offensichtlich nicht das Ziel erreicht, das sie sich selbst gesteckt hat, in Wien für die ÖVP einiges zu verwirklichen.

Ich komme zum letzten Punkt vor der Besprechung des Verlangens. – Ich ersuche alle Mitglieder des Gemeinderates, bei der Wahl ihrer Worte, so wie wir uns das eigentlich schon oft vorgenommen haben, um besondere Sorgfalt! Dabei geht es nicht nur darum, dass man die eine oder andere Person beleidigt, sondern es

geht auch darum, dass die Würde des Hauses in der Öffentlichkeit entsprechend dargestellt wird.

Nachdem heute in der U-Bahn-Zeitung „Heute“ Frau VBgmin Brauner mit einer Drogensüchtigen verglichen wurde – wovon wir uns wirklich in aller Form, und zwar zu Recht, distanzieren müssen, würde ich wirklich bitten, derartige Formulierungen nicht zu verwenden! Sie wissen alle selbst, dass derartige Ausdrücke falsch sind. Sie wissen alle selbst, dass derartige Ausdrücke ungebührlich sind, und ich bitte Sie alle inständigst: Tun wir das nicht! Verzichten wir auf solche Kraftausdrücke, die vielleicht in den Medien gut ankommen, die uns aber insgesamt nicht weiterhelfen, sondern sehr, sehr schaden und die betroffene Person zutiefst demütigen! Ich glaube, das ist nicht notwendig!

Wir kommen nun zur Besprechung des Verlangens.

Zur Begründung hat sich Herr GR Mag Gudenus zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, wobei ich bemerke, dass die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt ist. – Bitte schön.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Die heutige Sondersitzung wurde von uns Freiheitlichen beantragt, um darauf hinzuweisen, wie unsozial es hier im roten Wien zugeht und dass die Bürger es sich nicht auf Dauer bieten lassen, wenn die Gebühren laufend – so wie Sie es jetzt wieder tun – erhöht werden.

Ich sage: Die Zeit ist reif für die Sozialdemokratie abzutreten. Die Zeit ist reif für Sie abzutreten, denn das, was Sie hier tun, widerspricht dem sozialen Gedanken und hat nichts damit zu tun, Armut in Wien zu bekämpfen. Im Gegenteil, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Werfen wir einen kleinen Blick zurück in die Geschichte: Vor 100 Jahren ist man in Wien gegen die sprunghaft steigenden Wohn- und Lebensmittelkosten auf dem Rathausplatz auf die Straße gegangen. 100 000 Menschen sind im September 1911 auf dem Rathausplatz auf der Straße gestanden. Damals haben Sie noch für Ihre Ideale gekämpft! Das war eine sozialistische Armutsrevolte! Heute sind wir aber nicht weit davon entfernt, dass die Bürger vielleicht eine Revolte gegen die gescheiterte Sozialdemokratie planen. Und das wollen wir Freiheitliche in Wien verhindern, denn wir brauchen keine Zustände wie in London oder Paris. Wir wollen ein friedliches Zusammenleben und keine Auseinanderdividierung der sozialen Schichten! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es sind immer mehr Menschen in Wien mit Armut konfrontiert. Die Menschen haben keine Luft mehr zum Atmen. Ich frage mich: Wo bleibt der soziale Gedanke, wenn in Wien hunderttausende Menschen auf Sozialhilfe angewiesen sind? Wo bleibt der soziale Gedanke, wenn fast schon jeder sechste Wiener unter der Armutsgrenze leben muss? Wo bleibt der soziale Gedanke, wenn die Armutsgefährdung in Wien für Kinder um 70 Prozent höher ist als im restlichen Österreich?

Das kann doch einen Politiker in Wien nur betroffen machen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wo

bleibt hier der soziale Gedanke, wenn die Kosten für Mieten, für Fernwärme, für Müll und Wasser steigen und wenn die Öffi-Tarife steigen? Alles wird teurer. Und wie man sieht, ist die SPÖ anscheinend der beste Freund der Inflation. Aber SPÖ plus Inflation ist Armut, und genau das wollen wir in Wien nicht. Wir wollen Armut verhindern, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wer trägt denn die Hauptschuld für dieses rote Raubrittertum der letzten Jahre? – Es sind natürlich – überhaupt keine Frage! – die regierungsverantwortlichen Politiker, die hier gnadenlos vorgehen. Es sind die regierungsverantwortlichen Politiker von der SPÖ und auch von den GRÜNEN. Sie sind mitverantwortlich an den exorbitant steigenden Lebenshaltungskosten in Wien.

Ich darf hier ein kleines Zitat zum Besten geben. – Ich lese jetzt kurz vor: „Die Roten haben gegen den Widerstand der gesamten Opposition das Valorisierungsgesetz durchgepeitscht. Es ermöglicht den Sozialisten, ohne Einbeziehung der demokratischen Kräfte in regelmäßigen Abständen die ohnehin weit überhöhten Gebühren anzuheben, und das, obwohl die Stadt mit den Gebühren Jahr für Jahr mehr als 100 Millionen EUR Überschüsse erwirtschaftet. Ich frage daher: Was bringt die Sozialdemokratie, wenn sie allein regiert? – Sie bringt eben ein Valorisierungsgesetz gegen den Widerstand der gesamten Opposition, mit dem die Gebühren immer teurer und teurer werden. Niemand hat mehr die Möglichkeit, das zu stoppen oder dagegen etwas einzuwenden oder zu unternehmen. Ja, wir bleiben dabei. Dieses Valorisierungsgesetz ist zurückzunehmen.“ – Zitat Ende.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das waren die Worte der damaligen Oppositionsführerin der GRÜNEN, Frau Vassilakou, anlässlich einer Sondersitzung genau vor drei Jahren im September 2008.

Im Hinblick darauf frage ich mich: Was bringen eigentlich die GRÜNEN, wenn sie mitregieren und nicht bereit sind, das zu verhindern, was hier Jahr für Jahr geschieht, nämlich dass die Gebühren laufend erhöht werden? Was bringen die GRÜNEN, wenn sie in der Koalition nicht den Mumm haben, gegen dieses Valorisierungsgesetz aufzutreten? – Die GRÜNEN bringen überhaupt nichts in der Regierung, meine sehr verehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das bringen die GRÜNEN: „Gebührenerhöhung. Yes, we can.“ Das bringen die GRÜNEN! (*Einige Gemeinderäte der FPÖ zeigen Transparente mit der Aufschrift: „Gebührenerhöhung. Yes, we can.“ – Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Das ist Ihre Politik! Sie sind bis jetzt mit all Ihren Themen umgefallen, seien es die Öffi-Tarife, sei es das Wahlrecht, seien es die Gebührenerhöhungen insgesamt. (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Sie haben es nicht geschafft, das Valorisierungsgesetz zu bekämpfen. Das ist die Regierungsbeteiligung der GRÜNEN, meine sehr geehrten Damen und Herren! Yes, we can: Gebühren erhöhen! Und die Bürger dürfen sagen: Yes, we brenn für Ihre Politik! – Das lehnen wir ab, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei*

der FPÖ. – *Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Man sieht ja, wobei die grüne Schoßhündchentruppe jetzt überall mitmacht. Sie segnet alles ab, was hier aufgeführt wird. Die Bürger werden eiskalt ausgesackelt. Was bringt Ihre Regierungsbeteiligung, außer dass Herr Van der Bellen fürs Daumendrehen 210 000 EUR bekommt und der Bürger dafür in die Tasche greifen darf? – Das ist Ihr Beitrag in der Regierung! Das hätten Sie früher als Sozialverrat bezeichnet, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ. – GR Mag Rüdiger Maresch: Schau doch einmal nach Kärnten! – GR David Ellensohn: Freiheitliche Abzocker! – Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Es stehen den Bürgern in Wien leider ein rauer Herbst und ein eiskalter Winter bevor. Aber ich kann Ihnen versprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren von Rot und Grün: Wir Freiheitliche werden dafür sorgen, dass es auch ein rauer Herbst für Sie in der Regierungskoalition wird. Dafür sorgen wir! Es werden in diesem Herbst welke Blätter fallen.

Es werden einige welke Blätter fallen, vor allem die Finanzstadträtin, die Schulden-Renate, die bei ihrem Amtsantritt 2007 noch gesagt hat, sie freue sich, vom scheidenden Finanzstadtrat Sepp Rieder ein – wörtlich – „wohl bestelltes Haus“ zu übernehmen. Innerhalb von nur vier Jahren hat sie dieses Haus aber zu einer Ruine umfunktioniert. Das ist die Politik von Frau Renate Brauner! Sie macht Wien systematisch zum Griechenland Österreichs, und das wollen wir heute mit unserem Misstrauensantrag abstellen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das muss gestoppt werden! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Deswegen bringen wir heute als einzige Oppositionspartei einen Misstrauensantrag gegen Finanzstadträtin Brauner ein. Es gibt sehr viele Gründe, die diesen Misstrauensantrag und das Misstrauen gegen sie und gegen die gesamte Stadtregierung rechtfertigen. – Ich darf drei Gründe kurz anführen.

Rekordverschuldung der Stadt: Innerhalb eines Jahres ein Schuldenanstieg von 64 Prozent – von 64 Prozent! – auf 3,1 Milliarden EUR, und dafür sind Sie, Frau Brauner, verantwortlich! Die nächsten Generationen werden durch Ihre Unfähigkeit und Ihre Unwilligkeit, Reformen durchzuführen, belastet. Die nächsten Generationen können sich nicht wehren, müssen aber das Ganze ausbaden, und das werden wir als Freiheitliche in Wien uns sicherlich nicht bieten lassen.

Frau Brauner! Räumen Sie endlich Ihren Sessel, und machen Sie den Platz frei für einen fähigen Finanzstadtrat, der die Situation im Griff hat, für einen fähigen Finanzstadtrat, der auch das Risikomanagement in Wien im Griff hat. – Es gibt in Wien kein Risikomanagement. Mehr als Hälfte, 52 Prozent, der Schulden in Wien sind in Frankenkrediten aufgenommen. Es gibt in Wien – das hat der Rechnungshof festgestellt – kein Risikomanagement. Wie kann denn das sein? Das hat der Rechnungshof mehrmals festgestellt. Aber Frau Renate Brauner wehrt sich, die Empfehlungen des Rechnungshofes umzusetzen. Es gibt kein Risikomanagement in Wien. Allein deswegen ist das Misstrauen gegen Finanzstadträ-

tin Brauner gerechtfertigt. Deswegen wollen wir ihr das Misstrauen heute aussprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Nächster Grund: Es wurden nicht nur Schulden gemacht, sondern es wurde schamlos gezockt, es wurde mit den Steuergeldern der Wienerinnen und Wiener gezockt. Zocken ist anscheinend eine Lieblingsbeschäftigung der Stadtregierung und vor allem der Finanzstadträtin Brauner. Sie hat mit dem Geld der Wienerinnen und Wiener im Casino gespielt. Sie hat auf Rot gesetzt. Aber wir wissen: Wer auf Rot setzt, verliert. Wer auf Rot setzt, verliert, und sie hat verloren. Schwarz gibt es ja nicht mehr, und die grüne Null interessiert sowieso keinen mehr. Sie hat auf Rot gesetzt und das Vermögen der Wienerinnen und Wiener verspielt.

Nur ein Beispiel: 52 Prozent der Schulden sind in Franken spekuliert. Dabei handelt es sich um nichts anderes als um Spielsucht mit den Steuergeldern der Wienerinnen und Wiener. Das zeigen wir heute mit unserer Sondersitzung auf. Im Endeffekt ist diese Gebührenerhöhung nichts anderes als der Versuch, das Spielgeld der Spielerin Brauner wieder hereinzubringen. Das ist Beschaffungskriminalität, und das werden wir uns sicherlich nicht bieten lassen, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich darf abschließend den Misstrauensantrag gegen Frau Renate Brauner einbringen und fordere Sie auf: Wer für ein soziales, sicheres Wien ist, der stimme für diesen Misstrauensantrag! Wer für ein weiteres Runterwirtschaften in Wien ist, der stimme gegen diesen Misstrauensantrag! – Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich habe am Anfang darauf hingewiesen, dass mit den Worten vorsichtig umzugehen ist, und wer eine Steuer- oder Gebührenerhöhung als „Beschaffungskriminalität“ bezeichnet, der verdient zu Recht einen Ordnungsruf, den ich somit erteile. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Für die nun folgenden Wortmeldungen möchte ich bemerken, dass die Redezeit für die erste Runde, nach der Begründung des Verlangens, 30 Minuten beträgt. Die Redezeit jedes weiteren Redners ist mit 15 Minuten begrenzt. Als nächster Redner hat sich Herr StR DDR Schock zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

StR DDR Eduard **Schock**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Die Freiheitliche Fraktion wird im Rahmen dieser Diskussion eine Sonderprüfung durch den Rechnungshof beantragen, mit der das gesamte Ressort Brauner durchleuchtet werden soll. Wir wollen wissen, wo Frau Brauner all das Geld hinausgeschmissen hat, das jetzt durch Gebührenerhöhungen wieder hereingebracht werden muss. Wir werden diese Prüfung durchsetzen, und der Rechnungshof wird ganz genau aufzeigen, wo Frau Brauner Mittel des Steuerzahlers aus Unfähigkeit verwirtschaftet und verspekuliert hat oder auch zur Versorgung von Parteigünstlingen missbraucht hat. Es ist sicher, dass wir für diesen Antrag – das ist ja ein Oppositionsrecht – genügend Unterschriften zusammenbringen. Wir haben auch bereits die Zusagen dafür. Der Rechnungshof wird ans Licht bringen, warum StRin Brauner

nicht länger haltbar ist, warum Frau Brauner endlich zurücktreten muss, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der jüngste Fall betrifft die Gesiba und ist wiederum ganz zufällig im Ressort Brauner angesiedelt, meine Damen und Herren. Frau Brauner hat keine Ausschreibung durchgeführt. Sie ist bei der Wiederbestellung des Gesiba-Vorstandes rechtswidrig vorgegangen, weil sie entgegen dem gültigen Recht keine Ausschreibung durchgeführt hat. Aber der Rechnungshof hat auch festgestellt, dass die Manager der Gesiba weit überhöhte Bezüge und weit überhöhte Pensionen erhalten. Und wenn man nachfragt, wie sich denn das mit den erhöhten Bezügen verhält, dann erhält man von den Sozialisten die Antwort: Erstklassige Manager brauchen auch erstklassige Bezüge! *(GR Ernst Woller: Wie ist denn das mit Herrn Hochegger?)*

Meine Damen und Herren! Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen! Gleichzeitig legt der Rechnungshof einen Bericht – wiederum aus dem Ressort Brauner – über die Gesiba vor, in dem das gesamte wirtschaftliche Unvermögen der Gesiba sowie das Missmanagement der Frau Brauner und der Manager dort aufgezeigt werden. Da frage ich mich schon: Das sollen erstklassige Manager sein? Damit werden diese erstklassigen Gagen begründet? Auch dieser Bericht beweist nämlich, meine Damen und Herren, dass das Management der Frau Brauner eben nicht erstklassig, sondern letztklassig ist und dass durch dieses Missmanagement der Stadträtin, wie man am Beispiel der Gesiba sieht, 7 Millionen EUR Schaden entstanden sind. Auf diese Weise wurden 7 Millionen EUR dem sozialen Wohnbau in Wien entzogen.

Meine Damen und Herren! Die Freiheitliche Fraktion hat vor drei Jahren bereits einmal eine solche Sonderprüfung des Rechnungshofes durchgesetzt, und die Ergebnisse waren desaströs, wie der Bericht dann gezeigt hat: Frau Brauner hat Kosten falsch zugeordnet, Erlöse fälschlich überhaupt nicht berücksichtigt, eine Kostenrechnung fehlt überhaupt, beim Cross Border Leasing wurde falsch verbucht, und durch diese Fehlbuchungen wurde der Gebührenzahler doppelt belastet.

Meine Damen und Herren! Wissen Sie, was das ist? Das sind eigentlich Tricks! Das sind nichts anderes als buchhalterische Tricks, mit denen Frau Brauner hier arbeitet. Wenn man Kosten und Erlöse falsch zuordnet, dann nennt man so etwas bei uns ganz einfach einen Taschenspielertrick, meine Damen und Herren! Das wird die erste Prüfungsaufgabe des Rechnungshofes sein. Wir wollen diesbezüglich eine Nachprüfung, meine Damen und Herren. Wir wollen wissen: Hat sie die Empfehlungen umgesetzt? Hat Frau Brauner endlich dazugelernt, oder aber legt Frau Brauner dem Gemeinderat weiterhin falsche Zahlen vor? Wendet sie weiterhin Taschenspielertricks an, um diesen Gemeinderat zu täuschen? – Allein das wäre schon ein Rücktrittsgrund, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die zweite Prüfungsaufgabe des Rechnungshofes wird die Schweizer-Franken-Verschuldung sein. Wir wollen wissen: Wie hoch sind die Verluste? Wie hoch

sind auch die Buchverluste? Wann werden die Buchverluste schlagend? Meine Damen und Herren! Nachdem die Schweizer Nationalbank ihre Währung jetzt in einem fixen Kurs an den Euro gekoppelt hat, ist ganz eindeutig ausrechenbar, wie hoch die Verluste sind, die Wien hat

Außerdem wollen wir wissen: Warum hat die Stadträtin keine Risikobewertung durchgeführt? Warum gibt es in Wien keine Risikolimits, wie das bei jedem professionellen Schuldenmanagement der Fall ist? Warum gibt es keine Limits? Warum hat Frau Brauner hier mit Millionen ohne jedes Risikomanagement spekuliert? Und wir wollen wissen, wie hoch daher der Verlust ist. Der Rechnungshof soll auf Heller und Pfennig nachweisen, wie hoch der Schaden ist, den Frau Brauner durch diese Fremdwährungsspekulation angerichtet hat.

Meine Damen und Herren! Die dritte Prüfungsaufgabe des Rechnungshofes wird den Skylink betreffen. Über den Skylink haben wir ja bereits einen Bericht aus dem Vorjahr, und wir wollen auch diesbezüglich eine Nachprüfung. Wir wollen wissen, ob Frau Brauner in diesem Bereich wenigstens lernfähig ist und Konsequenzen gezogen hat. Wir haben ja noch in frischer Erinnerung, dass der Rechnungshof nachgewiesen hat, dass sich die Bauzeit verdoppelt hat und dass sich die Kosten beim Skylink – wie zum Hohn der Steuerzahler – verdoppelt haben. Wir alle haben das noch in frischer Erinnerung, meine Damen und Herren! Das muss man sich einmal vorstellen!

Der Aufsichtsrat dieses Flughafens hat mit Duldung durch Frau Brauner noch Prämien für den Vorstand beschlossen. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen! Es wurden Prämien für die fristgerechte Fertigstellung beschlossen, nachdem der Rechnungshof genau das Gegenteil nachgewiesen hat!

Außerdem wollen wir wissen, wie Frau Brauner ihre Parteigünstlinge versorgt hat, wie sie Herrn Schmid und Herrn Kaufmann mit Konsulentenverträgen, mit einer Doppelpension und mit Erfolgsboni für erfolglose Manager versorgt hat. Wir wollen auch den diesbezüglichen Schaden für die Stadt wissen, auch das soll der Rechnungshof penibel auf Heller und Pfennig nachweisen, denn wir wissen ja, dass der Flughafen seine Dividende auf Grund dieses Skylink-Skandals kürzen muss.

Meine Damen und Herren! Wir wollen auch wissen, ob Frau Brauner hier betreffend die letzte Vorstandsbestellung die Wahrheit gesagt hat. Wir wissen, dass im Juli des heurigen Jahres dieser Vorstand neu bestellt wurde, wobei Frau Brauner hier gemeint hat, dass sie erstmals ihre Rechte nicht ausüben und keinen politischen Einfluss nehmen wird.

Meine Damen und Herren! Genau diese Frage hat der Rechnungshof bisher ausgeklammert. Er hat nur das Projekt selbst, den Skylink, geprüft. Das haben die Beamten im Ausschuss auf Nachfrage ganz deutlich klar gestellt. Der Rechnungshof hat aber nicht die politische Verantwortung, die Eigentümervertretung durch die Stadt, geprüft. Und genau das wollen wir vom Rechnungshof jetzt wissen. Ist Herr Jäger ganz zufällig Direktor des Flughafens geworden, weil er wirklich der Beste war? Er hat noch nie ein anderes Unternehmen gese-

hen, er hat noch nie Erfahrung in der Privatwirtschaft beziehungsweise im internationalen Flugbetrieb gesammelt, ist dafür aber Befehlsempfänger des Wiener Rathauses. (*GR Heinz Hufnagl: Er war jahrelang Direktor in Malta!*) Er ist als Vasall der Stadt Wien bekannt, und er war, Herr Kollege, roter Bezirksrat im 2. Bezirk! Und das ist offenbar genug, um Direktor des Flughafens zu werden!

Wir wollen wissen, ob Frau Brauner selbst für ihren Bezirksrat interveniert hat oder ob es Beamte waren. Wir wollen vom Rechnungshof ganz dezidiert wissen: Hat Frau Brauner hier ihr Versprechen gebrochen? Hat sie in der Öffentlichkeit die Unwahrheit gesagt? Hat sie damit auch dieses Haus, diesen Gemeinderat hintergangen? Und ist sie schon aus diesem Grund nicht mehr haltbar, Herr Kollege? (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Es gibt aber noch einen Punkt, warum wir diese Sondersitzung heute einberufen haben, nämlich die ungeheuerere Doppelbödigkeit beziehungsweise Doppelzüngigkeit. Es gibt eine Fraktion in diesem Haus, die vor Wahlen immer von Gerechtigkeit und Fairness spricht und sich dann wundert, dass sie bei den Wahlen immer Stimmen verliert. Diese Partei sagt immer, dass man die Oberen zur Kassa bitten und die sozial Schwachen schützen muss. Diese Partei macht im ganzen Land Werbung mit dem Versprechen: Fairness ist die Voraussetzung für soziale Politik.

Meine Damen und Herren! Schauen wir uns doch einmal an, was diese Partei in Wirklichkeit tut, und zwar dort, wo sie Verantwortung trägt, also auch im Parlament. Schauen wir uns das einmal an! – Herr Faymann hat die Mineralölsteuer, die Autosteuer, die Normverbrauchsabgabe, die Tabaksteuer erhöht. Meine Damen und Herren! Wen trifft denn das? Trifft das die Reichen in diesem Land? Oder wenn Herr Faymann eine Flugticketsteuer oder eine Bankensteuer einführt: Trifft das wirklich die reichen Banker, meine Damen und Herren? – Das pfeifen ja die Spatzen vom Dach, dass das eine Massensteuer geworden ist, die die Banken natürlich überwälzen!

Meine Damen und Herren! Das ist die Realität gegenüber Ihren Wahlversprechen: Wenn Herr Faymann bei den Familien kürzt, wenn er den Alleinverdienerabsetzbetrag abschafft, die Familienbeihilfe kürzt, den Zuschlag senkt oder für manche Empfänger überhaupt streicht. Oder wenn Herr Faymann im heurigen Jahr die Pensionen kürzt beziehungsweise unter der Inflation anpasst und die Sonderzahlungen für die Pensionisten, für die alten Menschen in diesem Land, kürzt, wenn Herr Faymann die Invaliditätspensionen kürzt und beim Pflegegeld, bei den Pflegestufen 1 und 2 kürzt.

Meine Damen und Herren! Trifft das die Reichen? Sind das wirklich die Menschen in diesem Land, die Sie treffen wollen?

Meine Damen und Herren! Wer glaubt Ihnen denn noch? Wer glaubt Ihnen denn noch, wenn Sie vor der Wahl Wasser predigen, aber wenn Sie nach der Wahl Wein trinken, wenn Sie Wahlversprechen machen und nachher überhaupt nichts mehr davon wissen wollen?

Meine Damen und Herren! Ihre Schmähs glaubt Ih-

nen doch niemand mehr! Niemand glaubt, dass Sie heute noch für die kleinen Leute und für soziale Gerechtigkeit in diesem Land stehen! Und wir werden den Menschen im Hinblick auf die nächsten Wahlen auch ganz deutlich sagen, dass Sie mit gespaltener Zunge sprechen, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Im Hinblick auf die Maßnahmen, die Sie demnächst hier gemeinsam mit Ihrem grünen Steigbügelhalter beschließen wollen, müssen Sie sich gefallen lassen, dass Sie auch diesbezüglich den Maßstab angelegt bekommen, den Ihr eigener Vorsitzender in ganz Österreich verkündet, nämlich Fairness und soziale Gerechtigkeit. – Schauen wir uns das einmal an!

Welche Maßnahmen waren denn das? – Diese rot-grüne Koalition hat am 1. Jänner die Pflegegebühren erhöht, die Ambulatoriumsbeiträge, den Spitalskostenbeitrag, den Rettungstarif. Wen trifft denn das, meine Damen und Herren? Trifft das die Reichen in Wien?

Schauen wir uns das weiter an! Sie haben den Taxitarif angehoben, Sie haben die Gebühren für die Büchereien um 22 Prozent und die Friedhofsgebühren um 46 Prozent erhöht. Wen wollen Sie denn damit treffen, meine Damen und Herren? Glauben Sie, dass Sie damit die Reichen in dieser Stadt wirklich treffen?

Ich gehe in dieser rot-grünen Liste weiter: Sie haben die Musikschulgebühren, die Marktgebühren und per 1. April die Gebühren für die ambulante Pflege erhöht. Meine Damen und Herren! Es hat nicht nur Faymann auf Bundesebene das Pflegegeld für die Ärmsten in dieser Stadt gekürzt. Sie haben auch für die ambulante Pflege in Ihrem Verantwortungsbereich, im Verantwortungsbereich von Frau Brauner, die Kostenbeiträge um 5,5 Prozent für die ärmsten Menschen erhöht, die zu Hause liegen und auf ambulante Pflege angewiesen sind.

Herr Klubobmann! Wen trifft denn das? Glauben Sie wirklich, dass Sie mit all diesen Maßnahmen die reichen Menschen in dieser Stadt treffen? Oder wenn Sie jetzt die Kosten für die Kurzparkscheine und die Abschleppgebühren um 26 Prozent erhöhen: Glauben Sie, dass Sie damit die reichen Autofahrer erwischen? Oder wenn Sie die Tarife der Wiener Linien jetzt erhöhen werden, anstatt diese zu senken, wie die GRÜNEN, wie wir alle noch in lebhafter Erinnerung haben, sogar auf Plakaten in ganz Wien versprochen haben.

Glauben Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, dass Ihnen Ihre Slogans noch irgendjemand abnimmt, wenn Sie zum Beispiel Vorsitzenden Faymann im ganzen Land mit der Unterschrift plakatieren: „Zeit für Gerechtigkeit“, wenn Sie gleichzeitig in Wien heuer die Gastarife in nur einem Jahr um 15 Prozent anheben? In den letzten 5 Jahren, meine Damen und Herren, waren es 50 Prozent, und dazu muss man wissen, dass mehr als die Hälfte der Wienerinnen und Wiener mit Gas heizen müssen. Wen trifft denn das, meine Damen und Herren, wenn Sie den Fernwärmetarif anheben? Das trifft niemals die Reichen in dieser Stadt! Das trifft gerade die Menschen, die sich jetzt schon ihre Wohnung nicht mehr leisten können, die jetzt schon am Ersten den Euro zwei Mal umdrehen müssen!

Meine Damen und Herren! Wenn Sie die Gebühren jetzt um 6 Prozent beim Müll und beim Kanal und um 33 Prozent beim Wasser hinaufschnalzen wollen: Wen trifft denn das, wenn Sie die Betriebskosten fürs Wohnen wie etwa beim Wasser um 33 Prozent und beim Gas um 50 Prozent erhöht haben? Trifft das wirklich die Reichen in dieser Stadt, meine Damen und Herren?

Die Menschen wissen, dass das Gegenteil der Fall ist! Sie treffen damit die sozial Schwächsten. Sie treffen damit die Ärmsten, etwa bei den Lebenshaltungskosten und bei der Wohnung, wo es keine soziale Staffelung gibt. Meine Damen und Herren von Rot und Grün! Das ist ja das immens Unsoziale an diesem rot-grünen Belastungspaket, das Sie für diesen Herbst planen. Mit diesen 200 EUR, mit denen Sie einen Haushalt pro Jahr belasten, belasten sie natürlich einen Haushalt an der Armutsgrenze viel mehr, um ein Vielfaches mehr als einen reichen Haushalt, der diese 200 EUR nur so aus der Tasche beuteln kann.

Meine Damen und Herren! Herr Klubobmann! Die Menschen spüren, dass „faire Verteilung“ und „soziale Ausgewogenheit“ nur mehr Worthülsen sind! Und Sie bringen heute zur Ablenkung wieder einen solchen Pseudoantrag mit Worthülsen wie „soziale Ausgewogenheit“ und „faire Verteilung“ ein.

Meine Damen und Herren! Die Menschen spüren, dass Ihre Politik heute geradezu das Gegenteil von sozialer Gerechtigkeit und von fairen Chancen ist! Und ich frage mich wirklich langsam, meine Damen und Herren von der SPÖ: Halten Sie die Menschen, die Wählerinnen und Wähler in dieser Stadt wirklich für dumm?

Ich sage es Ihnen: Kein Mensch glaubt Ihnen diesen Wahlschmäh mehr, meine Damen und Herren! Und wir werden es den Menschen in Wien im Hinblick auf die nächsten Nationalratswahlen auch ganz deutlich sagen: Dieses Belastungspaket ist der größte Wahlschwindel aller Zeiten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dkfm Dr Aichinger. Ich erteile es ihm.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Damen und Herren von der rot-grünen Regierung!

Es wird Ihnen nicht gelingen, die Gebührenerhöhung zu verheimlichen, sozusagen en passant verschwinden zu lassen und den Bürgern Sand in die Augen zu streuen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir werden darauf hinweisen, meine Damen und Herren, dass es in letzter Zeit zu massiven Erhöhungen gekommen ist und jetzt eine weitere Epoche ansteht. Sie haben in den letzten Jahren die Gebühren erhöht, die Abwasser- und Kanalgebühr um 34 Prozent, die Müllgebühr um 26 Prozent, den Gaspreis um 42 Prozent und den Strompreis um 20 Prozent. Allein diese Gebührenerhöhungen haben in den letzten Jahren für jeden durchschnittlichen Haushalt in Wien 400 EUR ausgemacht, und das sind aber noch nicht jene, die in Zukunft kommen werden.

Meine Damen und Herren! Wien ist unter den Haupt-

städten der EU-15 die fünftteuerste Stadt betreffend Stromkosten und die viertteuerste Stadt betreffend Gaspreise. Und daran ist nicht nur – das möchte ich betonen – der Einstandspreis schuld, meine Damen und Herren, sondern daran sind auch andere Gestehungskosten schuld, die auch mit einbezogen werden müssen.

Meine Damen und Herren! Jetzt kommen aber weitere Erhöhungen nach dem Valorisierungsgesetz. Sie haben 2007 ein Valorisierungsgesetz mit der absoluten Mehrheit beschlossen. Die Opposition, und vor allem auch die Grüne Fraktion, war damals strikt dagegen, denn es geht nicht an, dass Gebühren und Preise ganz einfach automatisch erhöht werden, ohne dass man sie sozusagen argumentiert und belegt, warum verteuert wird, ohne dass nachgedacht wird, ob es den einen oder anderen Reformschritt oder die eine oder andere Effizienzsteigerung geben kann, damit wir zu vernünftigen Preisen kommen und uns darum kümmern können, für die Wienerinnen und Wiener attraktive und gute Preise zu erreichen.

Gerade auch die GRÜNEN haben damals hier von Sozialverrat gesprochen und gesagt, dass das nicht sein darf. Jetzt sind sie hier aber der kleine Steigbügelhalter, wenn es darum geht, diese Gebühren automatisch in die Höhe zu schnalzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Erstmals kam es 2009 zu dieser automatischen Gebührenschaube, und jetzt haben wir wieder eine solche Schraube, weil die Wassergebühren vor den Wahlen nicht angehoben wurden. Jetzt erfolgt jedoch nicht nur eine inflationsbedingte Erhöhung, sondern die Wassergebühren werden sogar um 33 Prozent erhöht. Und Sie glauben, meine Damen und Herren, dass der Bürger und die Wirtschaft das nicht merken, weil das sowieso in den Betriebskosten untergeht, aber das stimmt nicht! – Im Endeffekt zahlen die Wienerinnen und Wiener um 33 Prozent mehr für Wasser in dieser Stadt.

Die Rolle der GRÜNEN ist diesfalls – wie gesagt – sehr problematisch. Sie haben damals von unsozialem Abkassieren gesprochen, sie haben damals den unsozialen Meilenstein, den diese absolute Alleinregierung gesetzt hat, kritisiert. Aber nun wollen die GRÜNEN noch weiterhin Gebühren erhöhen, meine Damen und Herren! Sie sind nicht einverstanden damit, dass die Parkscheine um nur 8 Prozent erhöht werden, sondern sie wollen weiter erhöhen! Anscheinend geht es dieser Fraktion überhaupt nur darum, wie man dem Bürger mehr Geld aus der Tasche ziehen und mehr Einnahmen lukrieren kann! In jeder Begründung auch der heutigen Anträge steht wieder, dass sie zusätzliche Mittel wollen. Es wird überhaupt nie nachgedacht, meine Damen und Herren, ob es auch einmal Einsparungen geben und irgendetwas billiger werden könnte.

Meine Damen und Herren! Jetzt droht uns ein neuer Anschlag – und das ist ja auch im Koalitionsabkommen mit eingebaut – im Zusammenhang mit den Wiener Linien. Wo bleibt die Tarifreform bei den Wiener Linien? Sie sind angetreten mit der Forderung nach einer Jahreskarte zum Preis von 100 EUR. – Nichts ist mehr davon zu hören! Im Gegenteil: Man hört von der Geschäfts-

leitung der Wiener Linien, meine Damen und Herren, dass im Fall, dass die Tarife zu billig werden würden, zu viele fahren würden und das gar nicht erwünscht sei, denn dann würde man mehr rollendes Material brauchen. – Das ist ja fast ein Kundenvertreibungsprogramm! Das kann es, glaube ich, wirklich nicht sein! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Fazit, meine Damen und Herren: Die rot-grüne Koalition war für die SPÖ billig, ist aber für die Wienerinnen und Wiener eine sehr teure Koalition. Und sagen Sie ja nicht, wir hätten das nicht anders gemacht, wenn wir in der Regierung wären! – Als wir in dieser Stadt von 1996 bis 2001 in der Regierung waren, hat es einen Gebührenstopp gegeben und sind die Gebühren nicht erhöht worden. Es hat bei den Jahresgebühren der Wiener Linien einen Stopp gegeben, meine Damen und Herren. Auch das wäre jetzt notwendig.

Daher muss dieses Valorisierungsgesetz abgeschafft werden. Es darf nicht ganz einfach automatisch erhöht werden, sondern man muss genau kalkulieren. Und in dieser Meinung gibt uns auch der Rechnungshof recht. Sie liefern zwar jedes Jahr einen Gebührenspiegel, und es wird alles aufgelistet. Die Berechnungsbasis des Gebührenspiegels ist aber sehr undurchsichtig, und vor allem basiert der Rechnungsspiegel auf den sogenannten Soll-Zahlen, also auf den Voranschlagszahlen, und nie auf den Ist-Zahlen oder auf den Rechnungsabschlussdaten.

Meine Damen und Herren! Sie haben nachweislich in den letzten Jahren sehr, sehr viel mehr eingenommen. Wir haben eine Überdeckung bei den großen Gebühren von 100 Millionen, und das hat in 10 Jahren bewirkt, dass zusätzlich über 1 Milliarde EUR eingenommen wurde, anstatt dass sie den Bürgern und Bürgerinnen zur Verfügung gestellt worden wäre beziehungsweise die Gebühren ermäßigt worden wären, um die Kaufkraft zu stärken und den Wienerinnen und Wienern wirklich mehr Möglichkeiten zu geben, ihre finanziellen Mittel im eigenen Haushalt zu verwenden.

Meine Damen und Herren! Wie kommen wir auf diese Berechnung der 400 EUR von den 200 EUR in den letzten Jahren? – Ganz einfach! Sie erhöhen die Gebühr für Wasser um zirka 20 EUR pro Person, das macht bei einem 3-Personen-Haushalt 60 EUR. Sie erhöhen die Müllgebühren um zirka 20 EUR, das Parken wird um 5 EUR teurer, und bei Gas und Strom gibt es eine Erhöhung um zirka 116 EUR, wobei der Gaspreis heuer zwei Mal erhöht wird. Somit werden jetzt im Jahr insgesamt 200 EUR dazukommen, sie werden ganz einfach dazugeschlagen. Dabei ist noch nicht einkalkuliert, was sich beim Strom abspielen wird, da wir doch wissen, dass eine Stromerhöhung kommt, und wie die Tarifreform der Wiener Linien aussehen wird.

Diese Überdeckung, meine Damen und Herren, haben Sie jahrelang in das normale Budget hineingegeben und nicht sozusagen den Wiener Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt. Daher wird es unser Wichtigstes sein, auch immer wieder den Gebührenspiegel anzuschauen, zu kontrollieren und in Frage zu stellen.

Meine Damen und Herren! Derzeit macht es sich die

SPÖ zu leicht. Sie zimmert sich die Argumente für eine Erhöhung zurecht, denkt aber überhaupt nicht nach, wo es eine Effizienzsteigerung geben und wo besser gewirtschaftet werden könnte, wo entsprechende Maßnahmen gesetzt werden könnten, um die Preise einzudämmen. – Das ist unredlich und auch unsozial, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Fazit: Wir Wienerinnen und Wiener müssen schauen, dass die Gebühren nicht erhöht werden, dass unsere Bürgerinnen und Bürger nicht zur Melkkuh von Rot-Grün werden. Wir fordern daher einen sofortigen Gebührenstopp und das Aussetzen des Valorisierungsgesetzes in Wien, wie das auch die GRÜNEN als Oppositionspartei immer vehement gefordert haben. Wir fordern eine transparente Gebührenkalkulation und ein Ernstnehmen der Rechnungshofkritik; der Rechnungshof hat das sehr genau geprüft.

Zudem fordern wir ein ernsthaftes Angehen von ausgabenseitigen Reformmaßnahmen. Man darf nicht immer nur einnahmenseitig operieren, sondern muss auch ausgabenseitig Reformmaßnahmen durchsetzen. Das ist sehr wichtig, um das Wiener Budget in den Griff zu bekommen. Auch das ist heute schon erwähnt worden. Wir haben in den letzten Jahren einen massiven Anstieg der Schulden. Die Gemeinde Wien hat insgesamt fünf Milliarden Schulden, wenn man Wiener Wohnen dazurechnet. Das ist, glaube ich, eine sehr hohe Zahl, und das müssen die zukünftigen Generationen zahlen.

Denken Sie einmal nach! Was könnte man bei der Verwaltungsreform tun? Nehmen Sie sich ein Beispiel an Oberösterreich und der Steiermark! Schauen Sie sich an, was die Steiermark und Oberösterreich durchgeführt haben! Wie schaut es mit der Spitalsverwaltung aus? Auch dort ist sehr viel drin! Wie schaut es mit dem Subventionsdschungel in Wien aus, der hier viele Blüten trägt? Oder: Wie verhält es sich mit dem Sonderbeauftragten für Universitätsfragen, meine Damen und Herren? Auch davon hört man überhaupt nichts, aber es wird sehr viel Geld ausgegeben. Es darf daher kein Tabu geben, es muss vieles in Frage gestellt werden, und es muss effizienter gearbeitet werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die ÖVP steht für Entlastung und nicht für Belastung, meine Damen und Herren. Es kann keine weiteren Steuerbelastungen auch im Bund geben. Im Zusammenhang mit Eigentumssteuern, die den Mittelstand belasten, wird von verschiedenen Zahlen gesprochen. Erst war es eine Million, jetzt sind wir schon herunter bei 500 000, wo ganz einfach eingegriffen werden soll. Das kann es nicht sein! Es geht nicht an, dass alle jene, die in Österreich und in Wien Leistungsträger sind und brav Steuer zahlen, noch einmal zur Kasse gebeten werden! Wir sind für ein einfaches und gerechteres Steuersystem, meine Damen und Herren. Wir sind dafür, eine gerechte Belastung vorzunehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Insbesondere sagen wir auch Ja zu einer Schuldenbremse. Wir alle mussten in den letzten Jahren auf Grund der Finanz- und Wirtschaftskrise sicherlich da und dort mehr Schulden machen, aber wir müssen diese Schulden auch in den Griff bekommen. Wir müssen die Schulden rückführen, denn wir können diesen Rucksack

der nächsten Generation meiner Ansicht nach nicht aufhalsen. Das wäre im Generationenvertrag sehr unsozial und ungerecht, meine Damen und Herren!

Meine Damen und Herren! Ich kann jemanden zitieren, der sicherlich sehr unverdächtig ist und sicherlich nicht der ÖVP, sondern eher der SPÖ nahesteht, nämlich Budgetsektionschef Dr Steger im Finanzministerium. Er sagt immer wieder: „Die Verschuldung ist eine Umverteilung von unten nach oben.“ Was meint er damit? – Es müssen ganz einfach die unteren Schichten die Zinsen zahlen, während die oberen Schichten davon profitieren. – Ich glaube, diese Aussage sollten Sie sich auch ins Stammbuch schreiben, meine Damen und Herren, um zu sehen, dass es so nicht weitergeht!

Wie Sie sehen, stehen wir einer konstruktiven Sachargumentation positiv gegenüber. Wir wollen dabei mitreden, wie es in diesem Land budgetmäßig weitergeht. Jedenfalls sind wir aber nicht für eine Belastungspolitik für die Wienerinnen und Wiener, denn das haben sie sich nicht verdient. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl-Ing Margulies. Ich erteile es ihm.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe mir kurz überlegt, mit der Aussage zu beginnen, dass knapp 80 Prozent aller österreichischen Bürgermeister und Bürgermeisterinnen vollkommen unfähig sind, weil es in knapp 80 Prozent aller Gemeinden Defizite gibt. Stimmt das? – Das stimmt natürlich nicht! Und ich füge ganz bewusst hinzu: Dabei ist es ganz egal, ob dort ein ÖVP-Bürgermeister oder eine ÖVP-Bürgermeisterin regiert, ein SPÖ-Bürgermeister oder eine SPÖ-Bürgermeisterin oder möglicherweise auch irgendwo ein FPÖler oder eine FPÖlerin.

Woran liegt das also? Woran liegt es, dass Österreichs Gemeinden durch die Bank verschuldet sind? Liegt es daran, dass alle handelnden Politiker und Politikerinnen, gleich welcher Fraktion sie angehören, keine Ahnung haben? Oder liegt es daran, dass wir entgegen den wirtschaftspolitischen Ausführungen meiner VorrednerInnen die schwerste Krise der letzten 50 Jahre durchmachen? Diese Krise bewirkte Einnahmenschwünge auf Gemeindeebene und Länderebene, und es gab Ausgabenexplosionen insbesondere im Sozialbereich und im Bildungsbereich.

Reden wir einmal – nur vorweg – darüber: Mit der Steuer- und Abgabenquote, die unter der blau-schwarzen Bundesregierung geherrscht hat, bräuchten wir in Wien keine Gebührenerhöhung. Das sagt noch nichts darüber aus, wer die Steuern zahlt. Aber mit derselben Steuer- und Abgabenquote wie unter Blau-Schwarz bräuchten wir keine Gebührenerhöhung. Das würde für Wien jährlich 500 Millionen EUR mehr bedeuten. Das sage ich nur, um die Sache wieder ins richtige Licht zu rücken.

Die Situation bei den Gemeinden ist dramatisch, das wissen Sie, und zwar in allen Gemeinden mit ganz, ganz

wenigen Ausnahmen. Ich nehme an, Sie lesen dieselben Zeitungen wie ich, und Sie bilden sich fort. Sie erkennen, dass die Einnahmen aus den Ertragsanteilen erst jetzt wieder die reale Größenordnung von 2008 erreichen. Gleichzeitig schlagen Sie in den unterschiedlichsten Anträgen, die es gibt, vor, die Stadt Wien möge zusammengerechnet auf mehrere 100 Millionen EUR verzichten. *(GR Mag Wolfgang Jung: Rechnen Sie Ihre Anträge vom Vorjahr einmal zusammen!)*

Ich habe aus der Opposition heraus oft genug auch die Sozialdemokratie kritisiert, in manchen Bereichen für Verschwendung, in manchen Bereichen für Freunderlwirtschaft, wofür auch immer. Etwas habe ich der Sozialdemokratie jedoch nie vorgeworfen, nämlich dass sie hunderte Millionen Euro verschwenden würde, weil das nicht gestimmt hat. Und es stimmt auch jetzt nicht! Wer der Meinung ist, die Stadt Wien möge hunderte Millionen Euro einsparen, der richtet das Sozialsystem in Wien zugrunde. Dafür stehen wir als GRÜNE mit Sicherheit nicht zur Verfügung! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Zwischenruf von GR Johann Herzog.)* Ich komme noch darauf zu sprechen!

Sie sagen nicht, dass Sie bei der Gesundheit einsparen wollen. Selbstverständlich nicht! Wir alle miteinander wissen, dass im Wiener Gesundheitssystem und fraglos auch im österreichischen Gesundheitssystem Reformbedarf gegeben ist. Aber gerade vom Gesundheitssystem wissen wir, dass es unmöglich ist, eine große Reform innerhalb eines Jahres über die Bühne zu bringen. Darüber muss man hoffentlich mit Menschen, die von Wirtschaftspolitik, von Budgetpolitik, von öffentlichen Finanzen und von der Führung von öffentlichen Unternehmen eine Ahnung haben, nicht lange diskutieren!

Dazu kommt noch, dass im Gesundheitsbereich ungefähr die Hälfte aller Beschäftigten in Wien arbeitet, und wie wir wissen, stehen zum Beispiel jetzt Gehaltsverhandlungen an. Sind Sie der Meinung, dass man – so wie es dramatischer Weise in Griechenland geschieht – den Beschäftigten Geld wegnehmen soll? – Ich hoffe nicht! Eine Erhöhung wird also Geld kosten. Und ich sage es ganz offen: Ich würde mir wünschen, dass die Gehaltserhöhung in Wien zumindest bei allen Einkommen, die unter 2 000 EUR brutto liegen, zumindest die Inflationsrate abdeckt. Ich sage aber jetzt schon: Das wird sich wahrscheinlich auf Grund der Situation der öffentlichen Finanzen nicht ausgehen. Das ist bedauerlich. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: In der Wirtschaft geht es sich aus!)* Wir werden erst einmal sehen, was in der Wirtschaft herauskommt! Aber auf die Wirtschaft komme ich auch noch zu sprechen.

Wollen Sie im Bereich der Kindergärten sparen? Sie wollen so wie wir die besten Kindergartenplätze. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Bei den linken Vereinen können Sie einsparen!)* Kollege Gudenus! Wir können unterschiedlicher Meinung sein. Sie sagen: Linke Vereine kann man einsparen. – Ja! Man kann in Summe ... *(Zwischenruf von GR Johann Herzog.)*

Ganz kurz: Bei den Vereinen, von denen Sie reden, geht es in Summe um Beträge in einer Größenordnung von 6 bis 7 Millionen EUR. Das ist eine schöne Summe.

Darüber kann man politisch diskutieren. Und ich weiß nicht, ob es Ihnen bereits aufgefallen ist: Bei den Inseraten hat es schon heuer weniger Eigenwerbung gegeben. Und Sie können überzeugt sein: Nächstes Jahr wird weiter reduziert, und nächstes Jahr wird das auch erheblich transparenter. Wir können nicht innerhalb eines Jahres alles verändern. Aber das ist uns ein Anliegen, insbesondere weil wir die Budgetknappheit sehen.

Aber Sie wollen im Kindergartenbereich sparen, und Sie wollen bei der Schule sparen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie wollen Containerklassen!)* Sie wollen bei den Wohnungen sparen. Aber dann können Sie doch nicht der Gemeinde Wien ständig das Geld wegnehmen!

Jetzt komme ich zu einer ganz wesentlichen Frage, die wir auch heute einmal erörtern sollten, und ich würde mir wünschen, dass da die vereinigten Oppositionsparteien vielleicht einmal lauter aufschreien. – Wer sind die Abzocker in diesem Land? Und jetzt kommen nicht die Banken, die kommen vielleicht nebenbei. *(GR Johann Herzog: Die kassieren sehr wohl ab!)* Wer sind in Österreich die Parteien der Hausbesitzer? – Die ÖVP und die FPÖ! *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Sie sind ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Wohnen Sie in einer Gemeindewohnung?)*

Die Kosten für die Wohnungen der Gemeinde Wien steigen im Großen und Ganzen um die Inflationsrate. Bei den Wohnungen auf dem privaten Wohnungsmarkt explodieren die Mietkosten. Sie sind diejenigen, die die Mieter und Mieterinnen abzocken und jede Mieterhöhung auf dem privaten Wohnungsmarkt ist schlimmer als jede Gebührenerhöhung von Gemeinden!

Reden wir tatsächlich übers Wasser und über andere Gebühren, bei denen es etwa 5-prozentige Erhöhungen gibt. – Wie Sie wissen, sind die Preise auf dem privaten Wohnungsmarkt in den letzten 3 Jahren in Wien um ungefähr 20 Prozent gestiegen. Jede Mieterhöhung der privaten Hausbesitzer kostet jeden einzelnen Mieter im Schnitt 1 400 EUR im Jahr. Das ist Geld, das nur ins Säckel der Hausbesitzerparteien ÖVP und FPÖ läuft! Und dann stellen Sie sich heraus und spielen Robin Hood, obwohl Sie die Menschen permanent abzocken! Das ist tatsächlich verwerflich. Ihnen ist die soziale Situation in Wien vollkommen egal! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Dann reden wir doch tatsächlich über die Steuer- und Budgetpolitik. Ich habe es vorhin schon kurz erwähnt: Wir haben momentan eine Steuer- und Abgabenquote von knapp 42 Prozent. Wie Sie wissen, lag diese unter Blau-Schwarz bei über 44 Prozent, und über den Daumen gerechnet sind 2 Prozent des BIP Steuereinnahmen für den Staat – die dann wieder dem Finanzausgleich unterliegen – von 6 Milliarden EUR mehr. Das österreichische Budgetdefizit wäre dann entsprechend geringer und die Situation der Gemeinden um ein Vielfaches leichter. Es geht immer darum, wer Steuern bezahlt. Sie haben zu Recht beide angemerkt, dass man nicht eine Situation herbeiführen darf, in der vorwiegend die unteren Einkommensschichten belastet werden. Wenn aber eine Rechnung präsentiert wird und auch bezahlt werden

muss: Sollen in dieser Situation tatsächlich diejenigen, die große Vermögen und große Vermögenszuwächse haben, geschont werden?

Schauen Sie sich doch an, wie die Entwicklung der letzten Jahre trotz Krise war! – Wir haben es in den vergangenen Sitzungen, aber auch öffentlich wirksam gehört, ich erwähne etwa den Valluga-Report oder den Global-Wealth-Report et cetera. Wessen Einkommen sind gestiegen? Wessen Vermögen sind gestiegen? – Diejenigen der obersten 10 Prozent, unter anderem die Vermögen der „Was ist meine Leistung?-Leistungsträger“, etwa eines Martin Graf, der Abfertigungen kassiert hat und so weiter. Die Vermögen der angeblichen Leistungsträger sind gestiegen, die spekulieren und damit die Welt an den Abgrund führen.

Daneben gibt es wirklich Leistungsträger – das stimmt –, und zwar sowohl unter den oberen 10 Prozent und vorwiegend bei den unteren 90 Prozent, die tagtäglich ihre Leistung bringen, zum Beispiel im Supermarkt, wo sie arbeiten und ihre Leistung bringen, in handwerklichen Berufen oder als Lehrer und Lehrerinnen. Das sind die Leistungsträger dieser Gesellschaft!

Wir haben jetzt die Möglichkeit, diese Rechnung, die uns präsentiert wird, aufzuteilen. *(GR Johann Herzog: Alle müssen Gebühren zahlen!)* Die entscheidende Frage ist: Zahlen den Großteil dieser Rechnung die 90 Prozent oder die 10 Prozent? *(GR Johann Herzog: Sie belasten die Massen und nicht Wlaschek!)* Ich sage es ganz offen: Ich stehe dazu, dass die 10 Prozent diese Rechnung zahlen! *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Zweifelsfrei!

Kommen wir jetzt zu Wien. Was ist der Unterschied zwischen 2008 vor der Krise und heute? *(GR David Lasar: Wir sind um zwei Jahre älter geworden!)* Ja! Von 2008 bis 2011 sind es zwei Jahre! Das ist auch die Wirtschaftspolitik der FPÖ, ungefähr so wird gerechnet. Das stimmt, aber macht nichts, Kollege Lasar. Jung geblieben, ja.

Nichtsdestoweniger ist es Fakt, dass in dieser Zeit die Einnahmen weggebröckelt sind, und Fakt ist weiter – das müssten Sie aber eigentlich alle wissen –, dass Gemeinden wie die Gemeinde Wien keine eigene Steuerkompetenz haben. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: O ja, laut Rechnungshof schon!)* Kollege Gudenus! Machen Sie sich nicht dümmer! Das ist nicht notwendig! Sie wissen, dass die Stadt Wien keine eigene Steuerkompetenz hat. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: De facto schon!)*

Sie wissen, dass sich die Stadt Wien prinzipiell zu rund 80 Prozent oder – wenn man alle Transferleistungen, Ertragsanteile et cetera zusammenzählt, abgesehen von den Posten, die nicht Durchlaufposten sind – zu 70 Prozent vom Bund her finanziert. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wer ist denn seit zwei Jahren Kanzler?)* Sie wissen, dass die Stadt Wien die Möglichkeit hat, Gebühren zu erhöhen, um eigene Einnahmen zu lukrieren beziehungsweise Leistungen zu verkaufen. Viel mehr Möglichkeiten hat eine Gemeinde nicht. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Gebühren sind selbstverständlich Steuern?)*

Kollege Aichinger! *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS:*

Über Begrifflichkeiten lässt sich trefflich streiten!) Noch einmal: Die Stadt Wien hat als einzige Einnahmequelle im Großen und Ganzen Gebühren. Gebühren sind die einzige relevante Einnahmequelle von Gemeinden. Das heißt: Wenn der andere Anteil real beständig sinkt, können nicht gleichzeitig Leistungen aufrechterhalten und ausgebaut werden. Entschuldigung! Sie haben, so wie wir, den Gratiskindergarten gefordert. Der Gratiskindergarten hat seit 2008 jährlich 200 Millionen EUR gekostet. Wollen Sie den Gratiskindergarten wieder abschaffen? – Wenn nein: Irgendjemand muss die finanziellen Mittel dafür aufbringen!

Sie wollen – so wie wir –, dass nicht im Bereich der Bildung gespart wird. Wir alle wollen das. Wir wollen für unsere Kinder wirklich angenehme, schöne Schulen mit Freiräumen, mit Nachmittagsbetreuung et cetera. Das kostet Geld! Und Sie wollen der Gemeinde Wien genau dieses Geld wegnehmen! *(GR Mag Dr Alfred Wansch: Was ist mit Van der Bellen? Van der Bellen kostet Geld!)*

Eine Dummheit wird nicht wahrer, auch wenn sie wiederholt wird. Van der Bellen bekommt keinen einzigen Euro! Es gibt ein Büro, welches wie viele andere politische Tätigkeiten von Gemeinden, Ländern und Bund finanziert wird. Für dieses Büro stehen 210 000 EUR zur Verfügung. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wo ist die Leistung?)* Alexander van der Bellen hat im Gegensatz zu so manchem FPÖ-Politiker und zu manchem ÖVP-Politiker keinen Cent erhalten und viel Leistung erbracht, während die Meischbergers, die Grassers, und wie sie alle heißen, dieses Land nur abgezockt haben. Das ist die Wahrheit in diesem Land! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist uralt!)*

Aber nachdem Sie wirtschaftspolitisch tatsächlich auf der Nudelsuppe dahergeschwommen sind, weil Sie glauben, das mathematische Problem der Quadratur des Kreises gelöst zu haben, muss ich Ihnen leider sagen: Es ist tatsächlich schwierig, mit Ihnen zu diskutieren, wenn Sie glauben, die Stadt Wien könnte einfach die Gelddruckmaschine anwerfen. Das ist uns nämlich verboten! *(GR Johann Herzog: Wie sieht Ihr Lösungsansatz aus außer Erhöhungen?)*

Trotzdem haben wir unsere Ausgaben, etwa um weitere Wohnungen zu bauen. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Und wissen Sie, warum der Wohnungsbau in Wien wichtig ist? Damit nicht die privaten Hausbesitzer von FPÖ und ÖVP die Menschen in diesem Land noch mehr abzocken! Wenn nämlich weniger Wohnungen gebaut werden, dann verdienen Sie sich noch mehr dumm und dämlich am Geld der Wiener und Wienerinnen! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Schauen wir uns doch die Städte und Gemeinden an! Was geschieht, wenn man den Gemeinden das Geld wegnimmt und alles privatisiert? Überall, wo die Wasserversorgung privat ist, wo der Kanal privat ist, wo Bildung privat ist, wo Gesundheit privat ist, ist es schlechter. Überall! *(GR Johann Herzog: Wer gliedert denn alles aus? – Weitere lebhaftes Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Ich sage Ihnen noch etwas: Reden wir – als schönes Beispiel – heute über die ÖBB. *(Zwischenruf von GR*

Johann Herzog.) Nein, nur als Beispiel! Sie haben unter Blau-Schwarz die ÖBB bewusst so zerstört, dass sie ein Privatisierungskandidat wurde. Sie haben von 2002 weg bis 2006 die ÖBB filetiert. Sie haben hunderte Einzelgesellschaften gegründet, wo überall einer Ihrer Abzocker drinnen gesessen ist, keine Leistung erbracht hat, aber mit kassiert hat. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wie Van der Bellen!)* Und dann haben Sie letztlich bei den ÖBB einen Trümmerhaufen hinterlassen. – Kollege Gudenus! Ich sage es in aller Schärfe von hier oben: Hören Sie mit Ihrer dummen Lüge auf! Zu behaupten, Van der Bellen würde auch nur einen Cent erhalten, ist dumm, dreist und gelogen! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Aber ich möchte mich – und ich sage das ganz bewusst – eigentlich nicht zu lange mit ÖVP und FPÖ aufhalten, weil ich tatsächlich ob der Wortmeldungen das Gefühl habe, dass Sie an einer ernsthaften Diskussion über Wien nicht interessiert sind. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Eine ernsthafte Diskussion würde etwa folgende Fragen umfassen: Wie stellt sich Wien im Verhältnis zum Bund? Wie können wir gemeinsam unsere Einnahmen sichern?

Auch betreffend höchste Arbeitslosigkeit tue ich mir Gott sei Dank leicht. In Opposition habe ich gesagt, hören wir doch mit diesem dümmlichen Spiel auf, zu fragen: Wer ist schuld? Ist Wien schuld? Ist der Bund schuld? Ich tue mir auch jetzt leicht: Uns muss bewusst sein, dass Arbeitsmarktpolitik auch ganz entscheidend auf Bundesebene gemacht wird, und zwar über die Wirtschaftspolitik, über die Arbeitsmarktpolitik und über die Sozialpolitik. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wieso geht es in anderen Bundesländern?)*

Und natürlich brauchen wir auch von Wien aus Investitionen. Darüber muss ich nicht streiten. Diese Investitionen kann es aber nur geben, wenn es Geld dafür gibt, und daher kann man nicht irgendwie einen Investitionsstopp durch die Art und Weise, wie Ihre Budgetpolitik wäre, hervorrufen. Nein! Wir wollen weiter investieren, und das ist auch notwendig.

In diesem Sinne gibt es auch eine Initiative von unterschiedlichen Gewerkschaften, der ich mich sehr gerne angeschlossen habe, und nicht nur ich, sondern die gesamte SPÖ und die gesamten GRÜNEN bekennen sich zu öffentlichen Dienstleistungen. Sie sehen aber auch, dass insbesondere die Gemeinden zusätzliche finanzielle Mittel benötigen. – Ich hoffe, dass Sie dem zustimmen können!

Deshalb spricht sich der Wiener Gemeinderat im vorliegenden Antrag dafür aus, dass eine fairere Mittelverteilung durch einen aufgabenorientierten Finanzausgleich und eine klare Kompetenzaufteilung zwischen den Gebietskörperschaften erfolgt.

Kurzer Einschub: Auch hier wird es nicht von einem Tag auf den anderen gehen. Auch hier soll man einmal aufhören, zu glauben, dass bei einem Budget von knapp 120 Milliarden EUR – wobei es beim Bund knapp 60 Milliarden EUR sind, der Rest geht an Sozialversicherungen und Länder – binnen kürzester Zeit 10 Milliarden

EUR einzusparen wären! Ich höre immer wieder Zahlen und die Feststellung, die Verwaltungsreform könnte unendlich viel bewirken. Ich wäre schon froh – und ich sage das ganz offen –, wenn eine Verwaltungsreform dazu führen würde, dass wir, obwohl wir noch besser im Interesse der Bürger und Bürgerinnen arbeiten, keine weiteren Kostenexplosionen haben. Das würde mir schon reichen!

Wirklich ein hehres Ziel einer Verwaltungsreform wäre es, dass wir gemeinsam versuchen, zwischen Bund, Ländern und Gemeinden besser zu arbeiten. Zu diesem Zweck müssen die unterschiedlichen Ebenen zusammenarbeiten und kooperativ sein. Aber zusätzlich brauchen wir natürlich auch Geld aus dem Bundesbudget, um die öffentlichen Dienstleistungen und kommunale Investitionen in der öffentlichen Daseinsvorsorge sicherzustellen.

Höchst an der Zeit ist eine Modernisierung der gemeindeeigenen Abgaben, etwa der Bemessungsgrundlage der Grundsteuer. Man muss sich überlegen, dass die Grundsteuer, ebenso wie die Dienstgeberabgabe, ihren prozentuellen Anteil am Wiener Gemeindebudget langsam aber sicher verliert. Selbstverständlich sollen diejenigen die Rechnung bezahlen, die auch am meisten haben. Das heißt, der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass Vermögen, Vermögenseinkommen wie Zinsen, Dividenden, Kursgewinne, Fondserträge grundsätzlich nicht niedriger besteuert werden sollen als Arbeitseinkommen.

In einer Zeit, in der die Reichen immer reicher werden und bei den Armen gespart werden soll, ist das mehr als notwendig. Mit den daraus resultierenden Einnahmen könnten die Gemeinden tatsächlich wieder sinnvoll und zukunftsorientiert investieren.

Ich komme langsam zum Schluss und erlaube mir, auch ein Wort zum heute vorliegenden Misstrauensantrag zu sagen. – Ich war, glaube ich, hier im Haus der schärfste Kritiker von Cross-Border-Leasing-Transaktionen. Ich bin es noch immer. Und ich bin sehr froh darüber, dass bislang nichts passiert ist. Das Risiko ist noch nicht vorbei, es ist aber schwer auszusteigen. Es sind noch zweieinhalb Verträge offen, das Risiko ist noch nicht endgültig vorbei. Aber ich bin bei all meiner Kritik froh, dass ich sagen kann, dass die bislang wieder aufgelösten Cross-Border-Leasing-Transaktionen kein Verlustgeschäft waren. Darüber bin ich froh, glauben Sie mir das! Natürlich wäre mir lieber, die noch offenen Cross-Border-Leasing-Transaktionen würden von einem Tag auf den anderen aufgelöst werden. Aber das geht nicht. Das würde Millionenverluste für die Stadt Wien bedeuten, und das wollen Sie doch auch nicht! Allerdings wurden diese Transaktionen im Jahr 2003 abgeschlossen und nicht unter StRin Brauner, und es werden auch weiter keine abgeschlossen.

Kommen wir zu den Fremdwährungskrediten. Auch Sie, Kollege Schock, sind etwas falsch gelegen mit der Interpretation der Schweizer Nationalbank. Die Schweizer Nationalbank hat keinen fixen Wechselkurs zum Euro festgelegt. Sie hat einen Mindestkurs zum Euro festgelegt. Das ist ein Unterschied! Der Mindestkurs liegt bei

1,20. Heute in der Früh habe ich geschaut, da waren es 1,225. Das bedeutet, dass sich die Buchverluste der Fremdwährungskredite seit Jahresbeginn nur sehr gering ausgeweitet haben.

Ich gehe davon aus, dass die Schweiz massives Interesse daran hat, ihre Exportwirtschaft nicht gänzlich zum Erliegen zu bringen. Ich gehe davon aus, dass in der jetzigen Situation auf absehbare Zeit sichergestellt ist, dass der Kurs nicht weiter sinkt.

Ich erinnere aber auch an unsere letzte Diskussion, bei der auch Kollegin Kappel genickt hat, als ich gesagt habe, dass jetzt zurückzahlen beim besten Willen das Dummste wäre. Und seit dieser Diskussion ist der Schweizer Franken gegenüber dem Euro wenn auch wenig, aber doch um 2 Prozent gefallen.

Was ist geschehen, seit die GRÜNEN regieren? (*GR Johann Herzog: Schönreden, Schönfärben, Steigbügelhalten!*)

Es gab keinen einzigen neu abgeschlossenen Fremdwährungskredit. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Ich denke, Kollege Schock und auch andere werden sich bei den GRÜNEN entschuldigen, wenn sie sehen, dass die Tarife bei den Wiener Linien ordentlich sinken werden. (*GR Mag Wolfgang Jung: So ein Holler!*) Sie werden sich hoffentlich für diese beleidigenden Bemerkungen entschuldigen, die wir von Ihnen an und für sich schon gewohnt sind.

Ich glaube nichtsdestoweniger, dass sich in diesem Jahr der gemeinsamen Zusammenarbeit sowohl die GRÜNEN als auch die SPÖ unter den schwierigsten Rahmenbedingungen massiv bemüht haben, die Finanzen der Stadt bestmöglich zu organisieren, und aus diesem Grund gibt es heute absolut keinen Grund, einem Misstrauensantrag gegen Renate Brauner zuzustimmen. – Ich danke sehr. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bevor ich als nächsten Redner Dr Aigner aufrufe, möchte ich auf etwas hinweisen. In diesem Fall hat Martin Margulies appelliert, Kollege Gudenus solle mit seinen dummen Lügen aufhören. – Lügen ist an und für sich dumm, aber der Begriff „Lüge“ verdient einen Ordnungsruf, und diesen erteile ich dir hiermit.

Am Wort ist nun Kollege Dr Aigner.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Es ist dies eine etwas neue Situation auch für mich, und ich möchte, bevor ich zum Thema spreche, vor allem Vorsitzendem Godwin Schuster und auch allen Fraktionen, die die Fraktionsvereinbarung gemeinsam beschlossen haben, herzlichen Dank dafür sagen, dass Sie mir die Gelegenheit geben, meine Rechte in einem Maß auszuüben, mit dem ich selbst gar nicht gerechnet habe. – Vielen Dank! (*Allgemeiner Beifall.*)

Meine Damen und Herren! Der Überraschungseffekt der Worte des Kollegen Margulies hält sich natürlich in engen Grenzen, aber er hat irgendwie die Katze aus dem Sack gelassen.

Es wird nur gesprochen von Einnahmensteigerungen und wie man noch mehr Geld aus allen möglichen Quel-

len schöpfen kann. Es wird jedoch mit keinem Wort ein offenkundig verpönte Terminus in den Mund genommen, nämlich dass man vielleicht auch einmal sparen kann. Es geht nur um Geldbeschaffung, und ich habe jetzt genau zugehört: Sie reden jetzt bei der Vermögenssteuer von den Top 10 Prozent, die noch mehr zahlen müssen.

40 Prozent der Menschen bei uns zahlen gar keine Einkommenssteuer, und der ganze Schuldenrucksack und Steuerrucksack lastet daher auf den anderen. – Wenn man Bundeskanzler Faymann zuhört, dann glaubt man, es handelt sich um eine Milliardärssteuer. Wenn man Ihre Rechnung weiter nachvollzieht – und das ist ja die Vermutung, die viele im Hinblick auf Ihre Steuerpläne haben –, dann müssten bei uns in etwa 800 000 Mateschitzs herumrennen. – Ich kenne nur einen Mateschitz, es gibt einen Flick, und es gibt vielleicht ein paar andere echte Millionäre und Milliardäre. Aber wenn Sie von 10 Prozent der Menschen sprechen, dann sind Sie bei mittlerweile 800 000 Menschen, und dann sind Sie genau dort, wo Sie eigentlich hinwollen, bei denen, die eine Eigentumswohnung haben, bei denen, die ein Haus im Grünen haben, bei denen, die sich aus ihrem versteuerten Einkommen Eigentum geschaffen haben. Die wollen Sie abzocken! (GR Dipl-Ing Martin Margulies: Nein! – GR David Ellensohn: Nein!)

Selbstverständlich! Sonst kommen Sie nicht auf 10 Prozent der Bevölkerung. Sie wissen ganz genau, wie die amerikanische Hypothekenkrise zustande gekommen ist: Auf dem Papier sind das Eigentum und der Wert der Grundstücke immer größer geworden, die Menschen haben zwar nichts davon gehabt, doch sie haben immer mehr Kredit bekommen, und dann ist man draufgekommen, dass diese Werte überhaupt nicht stimmen.

Sie wollen aus versteuertem Einkommen geschaffenes Eigentum ein weiteres Mal besteuern, und dafür gibt es eine eindeutige Ausdrucksweise: Das ist schlichtweg Enteignung! (Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

Wozu brauchen Sie dieses zusätzliche Geld? – Um einen ineffizienten Apparat weiter durchzufüttern! Zur Stadt Wien komme ich gleich. Aber denken Sie nur an die ÖBB! Der Zuschussbedarf steigt immer mehr, immer weitere Milliarden Euro müssen in ein immer kleiner werdendes Streckennetz gesteckt werden. Der Dank, den die Steuerzahler und die potenziellen oder tatsächlichen Bahnfahrer erhalten, ist der, dass es immer weniger Zugverbindungen und immer weniger Streckennetze gibt. Ich frage mich wirklich: Wohin fließt das ganze Geld? Wir bauen Tunnels auf Strecken, auf denen in ein paar Jahren keine Züge mehr fahren werden. Wir renovieren Bahnhöfe, um sie kurz nachdem sie fertig und schön renoviert sind, zu reinen Regionalbahnhöfen „downzugraden“. Das ist ein System, das sich nur mehr selbst erhält, und ich sage ganz ehrlich: In ein solches System darf man keinen einzigen Euro mehr hineinschießen!

Zur jetzigen Gebührenlawine: Es ist ganz interessant, dass Sie immer vorgeben, die armen Menschen zu vertreten. Wer zahlt denn die Gebühren der Stadt Wien? Wer zahlt denn die Wassergebühren? Das zahlen auch

und vor allem die kleinen Leute.

Und wo kommt das Ganze hinein? – Es wird in die Miete hineingepackt, denn Ihre Betriebskosten werden in der Regel gar nicht extra ausgewiesen, sondern dann heißt es: Die Miete wird teurer. Das ist die monatliche Zahlung dafür, dass man in seiner Wohnung wohnen kann. Sie zeigen dann dauernd auf die bösen Hauseigentümer, in Wirklichkeit sorgen aber Sie dafür, dass das Wohnen teurer und teurer wird. (Beifall bei ÖVP und FPÖ. – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Wo sind denn die höheren Mieten?)

Die Kategoriemieten werden auch bei der Gemeinde Wien angehoben. (GR Dipl-Ing Martin Margulies: Aber wo sind denn die höheren Mieten?) Jemand, der ein bisschen mehr verdient, zahlt für eine Gemeindewohnung auch eine ordentliche Miete! Das muss man auch sagen. So billig sind diese neuen Mieten bei der Gemeinde bei Gott nicht! Aber wer keinen Zuschuss, keine Beihilfe, keine Mindestsicherung und keine Wohnbeihilfe bekommt, der zahlt einen Mietpreis, der durchaus marktconform ist. (Zwischenruf von GR David Ellensohn.) Billig sind Ihre Wohnungen bei Gott nicht! (GR Dipl-Ing Martin Margulies: Wenn man einen Zuschuss bekommt, ist es etwas niedriger: Welch eine Weisheit!) Punkto Volkswirtschaftslehre, Herr Kollege Margulies, kann ich mit Ihnen durchaus mithalten! (Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

Wenn Sie dauernd das Wort von den bösen Zockern im Mund führen, frage ich mich wirklich: Hat nicht die Stadt Linz vor ein paar Jahren eine reine Kurswette abgeschlossen, wie hoch der Frankenkurs sein wird? Meine Damen und Herren! Das ist Zocken! Die Zocker, die Sie wahrscheinlich immer meinen, zocken teilweise mit ihrem eigenen Geld, aber hier wurde mit Steuergeld gezockt, und jetzt weiß man nicht, wie man aus diesem Geschäft herauskommen soll! (Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

Wenn man dazusagt, dass der damalige Chef der BAWAG der heutige Notenbankpräsident ist, dann wirft das auch ein Licht darauf, dass die Zockermentalität offenkundig nicht nur bei den bösen Kapitalisten zu Hause ist, sondern auch bei den Staatskapitalisten der linken Reichshälfte. (Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

Dass das Valorisierungsgesetz eine Inflationsautomatik auslöst, können Sie in allen Fachpublikationen nachlesen. Die Inflation entsteht aus vielen verschiedenen Gründen wie etwa erhöhte Geldmenge und Rohstoffpreissteigerungen: Und die öffentliche Hand bewirkt hier einen Schwungmechanismus: Wenn das eine teurer wird, dann wird das andere teurer, und das Ganze geht hinauf. Zu dieser Inflationsautomatik leisten Sie einen maßgeblichen Beitrag, denn die öffentlichen Gebühren, die eigentlich nur Kostendeckung bedeuten sollen, tragen eben nicht unwesentlich dazu bei. Das Einzige, was natürlich nicht mitsteigen kann, sind die Löhne und Gehälter. Diese steigen weder für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten noch für die in der Privatwirtschaft Beschäftigten, denn man weiß ja, dass höhere Preise nicht automatisch auch eine höhere Gewinnspanne bedeuten.

Und was uns von Ihrer Seite schon ins Haus steht, ist ja letztendlich nichts anderes, als dass eine Lohn- und

Gehaltssteigerung im öffentlichen Dienst in der Stadt Wien sozusagen auch von den Gebühren- und Steuerzahlern zu bezahlen ist, durch weiter steigende Gebühren. Dass man vielleicht irgendwo Effizienz ohne Leistungseinschränkungen steigern kann, auf diese Idee kommen Sie nicht. Und weil Sie nicht auf diese Idee kommen, vielleicht ein paar kleine Hinweise:

Es stellt sich schon die Frage, ob eine Stadtverwaltung, auch wenn sie sich bewusst modern gibt, wirklich permanent die eigenen Leistungen bewerben muss. Ist nicht die beste Werbung für die öffentlichen Dienstleistungen - und ich bekenne mich wirklich zu den öffentlichen Dienstleistungen, ich schätze auch deren Qualität in Wien, dagegen gibt es nichts zu sagen - deren Qualität? Ist es wirklich notwendig, dass man von einer Leistungsschau in die nächste kommt? Muss man wirklich in einem Sarg der städtischen Bestattung, die ja mittlerweile wieder ein De-facto-Monopol hat, am Rathausplatz probeliegen können, eingebettet in ein großes Fest? Lange Nächte aller Provenienz, wo zufälligerweise in der Bewerbung und in der nachträglichen Aufbereitung die Stadträte ins richtige Licht gerückt werden, ist das eigentlich wirklich notwendig? Muss man das machen, wenn man ein Monopol hat? - Ich glaube, wenn man dort die Millionen Euro, die da hineinfließen, beiseite lässt, inklusive der Inseratenkampagnen, dann hat man allein dadurch schon wieder einen entsprechenden Spielraum, den man dem Gebührenzahler zumindest zurückgeben kann.

Und weil es geheißsen hat, die Länder haben keine eigenen Steuerkompetenzen: Finanzministerin Fekter hat vor Kurzem den Vorschlag gemacht, dass der Bund nur mehr jene Steuern einhebt, die er selbst braucht, und die Bundesländer können, auch im Sinne eines Steuerwettbewerbes, sozusagen dann einen Zuschlag zu den entsprechenden Steuern einheben. Dann würde man sich vielleicht auch an etwas effizienteren Bundesländern orientieren können. - Die Begeisterung, nicht zuletzt auch aus Wien, über diesen Steuervorschlag war enden wollend. Das heißt, Sie verstecken sich sehr gerne und sehr ausgiebig hinter dem Bund, verhandeln den Finanzausgleich, mit jeder Steuererhöhung fließt mehr Geld in die Länder- und Gemeindekassen, aber eine eigene Steuerverantwortung scheuen Sie so wie der Teufel das Weihwasser. Insofern glaube ich, dass Sie da auch einigermaßen Krokodilstränen vergießen.

Zu den teuren Doppelgleisigkeiten darf ich eine weitere hinzufügen: Wenn es um die Arbeitslosenquote geht, dann heißt es, Arbeitsmarktpolitik ist Bundessache. Dann weiß ich nicht, warum man sich in Wien neben dem Bundes-AMS auch noch den Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds leistet, der auch Jahr für Jahr zig Millionen Euro bekommt. Dass dort nichts geschieht, will ich nicht sagen, aber dann gibt es auch eine Mitverantwortung der Stadt und des Landes Wien für die Arbeitslosenquote, wenn man Wiener Steuergeld noch zusätzlich in die Arbeitsmarktpolitik fließen lässt.

Meine Damen und Herren, die weltpolitische Lage insgesamt ist eine sehr bedenklich stimmende. Ich glaube, es ist an der Zeit, aus den Klischees auszubrechen

und dafür zu sorgen, dass ein totaler Absturz, der uns alle massiv betreffen würde, nicht stattfindet. Ich darf Ihnen nur sagen, dass die Rezepte, die Sie auf den Tisch legen, nämlich nicht zu sparen, aufgeblähte Apparate mit immer noch mehr Geld sozusagen durchzufüttern, geradewegs dorthin führen, wo Griechenland jetzt schon ist. Auch dort ist ein völlig aufgeblähter Apparat, der durch alle möglichen äußeren Zuschüsse nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Hören Sie daher auf, Belastungspakete zu schnüren, sondern machen Sie Ihre Sparhausaufgaben! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Strobl. Ich erteile ihm das Wort.

GR Friedrich **Strobl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich eingangs ganz kurz auf den Beginn der heutigen Sitzung eingehen, denn, Herr Klubobmann Gudenus, ich kann Ihnen das nicht schenken: Ihre Ausführungen hier zu Beginn - und ich nehme da noch Ihre Pressekonferenz von gestern dazu - waren wirklich skandalös und widerlich. Mir fällt nichts anderes dazu ein: skandalös und widerlich. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Hier Vergleiche anzustellen mit einem Stadtregierungsmitglied, mit unserer Vizebürgermeisterin Mag Renate Brauner - ich möchte diese Vergleiche nicht wiederholen -, ist wirklich letztklassig. Und ich darf Ihnen eines sagen: Wenn jemand rücktrittsreif ist, dann sind Sie es. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum heutigen Thema kommen. Ich möchte bei diesem Thema mit einer Frage beginnen: Was glauben Sie, warum hat Wien eine derart hohe Lebensqualität? Was glauben Sie, warum gehört Wien zu den lebenswertesten Städten auf dieser Welt?

Jetzt könnte man sagen - Sie werden das wahrscheinlich nicht tun, aber mir fallen da schon einige Dinge ein, und ich bin überzeugt, nicht nur den Damen und Herren, den Kolleginnen und Kollegen im Saal, sondern auch den Wienerinnen und Wienern würde das einfallen -: Weil Wien sicher ist, weil Wien tolerant ist, weil Wien weltoffen ist, weil Wien wirtschaftlich top ist, weil Wien historisch ist, aber auch gleichzeitig modern ist. Man könnte sagen, Wien ist dynamisch und gleichzeitig auch gemütlich. Man könnte sagen, Wien ist sportlich und gesund. Und man könnte sagen, Wien ist ganz einfach eine Metropole, ist eine Weltstadt und trotzdem sauber - der Vergleich macht uns, glaube ich, alle sicher. Ich könnte diese Liste fortsetzen und mir würden sicher noch einige Dinge dazu einfallen: zum Beispiel auch, weil Wien rot ist und ein bisschen grün ist (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Wien ist sehr grün! - GRin Dr Sigrid Pilz: Sehr grün!*) und weil Wien ganz einfach eines macht und eines hat - es gibt einen entscheidenden Punkt: Wien funktioniert! In Wien funktionieren unsere Dienstleistungen. Die öffentlichen Dienstleistungen funktionieren wie kaum in

einer anderen Stadt auf der ganzen Welt - nicht nur in Österreich oder in Europa, sondern auf der ganzen Welt! Und Wien funktioniert auf höchster Qualitätsebene und auf höchstem Niveau; nicht zuletzt auch, weil wir engagierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Stadt beschäftigt haben und natürlich auch - und das ist mir sehr wichtig, weil Sie das immer wieder in Abrede stellen - weil Wien laufend investiert!

Und ich sage Ihnen das noch einmal - ich glaube, ich habe es von dieser Stelle aus schon mindestens fünf Mal gesagt, abwechselnd dem Herrn Kollegen Schock, dem Herrn Gudenus und so weiter und so fort -: Wir haben keine Überdeckung bei den Gebühren! Jährlich werden 600 Millionen EUR zusätzlich ausgegeben, in den letzten 5 Jahren 3 Milliarden EUR! (GR Johann Herzog: Lesen Sie den Rechnungshofbericht! Das ist doch einfach nicht wahr!) - Im Rechnungshofbericht sind die Investitionen nicht mitberücksichtigt. Lesen Sie das doch genau und passen Sie doch bitte auf bei den Sitzungen! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich kann Ihnen schon eines sagen, und ich verstehe das ja – also, verstehen tue ich es nicht, da muss ich mich gleich selbst korrigieren, aber wir haben ja eine Situation, die allseits bekannt ist, nämlich das System Schwarz-Blau. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das „haben wir“, ja! – GR Johann Herzog: Was ist seitdem geschehen?) Was ist das System Schwarz-Blau, wie schaut denn das aus?

Das System Schwarz-Blau - und wir haben dieses System Schwarz-Blau auf Bundesebene schon erleben müssen (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Die Wiener Schule: Der Inserate-Faymann!) - schaut so aus: Erstens, die Gebühreneinnahmen versucht man zu verhindern - wenn man die Möglichkeit hat, verhindert man sie. Also: Erstens, Gebühren senken. Nächster Punkt: Kürzungen bei Sanierungsarbeiten, bei Erhaltungsarbeiten; Anpassungen verhindern. - Nächster Punkt: Dann die schlechter werdende Qualität lautstark kritisieren. - Der nächste Punkt ist dann der laute Ruf nach der Privatisierung. Ganz laut rufen wir nach der Privatisierung. Und das ist auch hier in diesem Haus schon passiert. (GR Johann Herzog: Ausgliedern tut aber ihr!) Auch in diesem Haus ist das schon passiert, die Forderung nach der Privatisierung. (GR Johann Herzog: Ihr habt alles ausgegliedert! Da ist nichts mehr übrig geblieben! Die Gemeinde hat keine Rechte mehr! Ihr habt alles draußen) - Dann wird privatisiert (GR Johann Herzog: Staatskapitalismus!), und dann wird von Ihnen kassiert! Das ist das System Schwarz-Blau: In die eigenen Taschen wirtschaften auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger. Und das lassen wir uns nicht gefallen! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Und, wissen Sie, ich baue da und wir bauen da auf das Verständnis und auf die Akzeptanz und auch auf das Erinnerungsvermögen der Wienerinnen und Wiener. Die wissen, was Sie gemacht haben! Die haben das nicht vergessen, die erinnern sich ganz genau, was unter Schwarz-Blau passiert ist, und ich komme dann noch darauf zurück.

Aber eines sage ich schon auch, und das ist ja wohl

klar, das geht uns allen so: Natürlich hat niemand eine Freude damit, wenn es bei Gebühren, bei Abgaben zu Erhöhungen kommt. Aber - da gibt es ein großes Aber -: Die Wienerinnen und Wiener, die Menschen in dieser Stadt wissen sehr wohl, was mit diesen Gebühren und Abgaben in dieser Stadt passiert. Sie wissen, dass in die Topqualität investiert wird. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Von Inseraten zum Beispiel! In die Qualität der Inserate!) Und ganz egal, ob wir uns unterhalten über die Müllentsorgung, über den Winterdienst, über die Straßenreinigung, über die Energieversorgung, über den öffentlichen Verkehr, über die Wasserversorgung oder über die Wasserqualität, über den Gesundheits- und Pflegebereich oder über die Kanalgebühren und über die Abwasserentsorgung: Die Menschen können sich auf uns verlassen, dass wir weiterhin, auch in Zukunft, Topqualität für die Menschen in dieser Stadt anbieten werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir schon über die Gebühren hier sprechen, dann lassen Sie mich das auch einmal klarstellen - denn Sie stellen ja hier in den Raum, dass es um Milliarden gehen würde -: Wir reden beispielsweise bei der Wassergebühr von 1,70 EUR pro Monat und pro Person, wir reden bei der Müllentsorgung von 25 Cent pro Entleerung, und wir reden bei der Abwasserentsorgung von 85 Cent pro Haushalt. (GR Mag Wolfgang Jung: Kleinvieh macht auch Mist!) Und die Wienerinnen und Wiener wissen, dass das gut investiertes Geld ist. Das ist gut investiertes Geld und das ist etwas, was wir auch in Zukunft machen werden und was die Wienerinnen und Wiener von uns auch zu Recht erwarten und verlangen - und wir kommen diesen Wünschen der Wienerinnen und Wiener nach.

Und es sind nicht nur die Touristen und die internationalen Manager, wie Sie immer sagen, die unsere Stadt so loben (GR Mag Wolfgang Jung: Natürlich!), sondern die Wienerinnen und Wiener sind zufrieden mit dem Leben und der Qualität in unserer Stadt, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ. – Widerspruch der GR Mag Wolfgang Jung und Johann Herzog.)

Und ich sage Ihnen noch eines ganz, ganz klar: Mit uns wird es das schwarz-blaue System in Wien nicht geben! (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Noch schlechter: das rote System! Noch schlechter!) Dafür werden wir sorgen, und deshalb bringe ich auch einen Antrag ein. Ich habe die Begründung schon dargelegt, aber lassen Sie mich den Antragstext kurz vortragen:

„Der Wiener Gemeinderat bekennt sich ausdrücklich zum Schutz umfassender kommunaler Dienstleistungen, dem Recht der Kommunen in Europa auf eigenverantwortliche Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge und damit zu ihrem Schutz vor Liberalisierung und Privatisierung.“ (GR Johann Herzog: Warum macht ihr es nicht? Ihr macht ja die Privatisierung! Ihr macht das!)

„Der Wiener Gemeinderat bekennt sich zu Investitionen in öffentliche Dienste, um einen gleichbleibend hohen Qualitätsstandard dieser Angebote sicherzustellen. Derartige Investitionen sind gerade in Zeiten konjunktureller Schwäche auch wichtige Impulse für die Wirtschaft

sowie zur Sicherung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen."

Und, letzter Absatz: „Der Wiener Gemeinderat bekennt sich dazu, dass insbesondere auch Menschen mit kleineren Einkommen weiter uneingeschränkter Zugang zu solchen Dienstleistungen haben sollen, weshalb die Gestaltung von Gebühren und Tarifen mit Umsicht und Verantwortungsbewusstsein für die wirtschaftlichen und sozialen Erfordernisse vorgenommen werden muss.“

In formeller Hinsicht verlangen wir die sofortige Abstimmung.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt aber, wenn wir über das System Schwarz-Blau reden, noch einen anderen Punkt, auf den ich eingehen möchte und auf den man eigentlich auch eingehen muss, gerade wenn man die Ausführungen der Vorredner vor allem der Freiheitlichen Partei gehört hat:

In den Jahren 2000 bis 2006 – nein, es war sogar länger – waren wir im zweifelhaften Genuss einer Regierung unter dem Bundeskanzler Schüssel, und das ist wirklich eines der dunkelsten Kapitel in der Geschichte unserer Republik. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Die letzten fünf Jahre sind dunkler!)* Es ist, wenn wir uns im Rückblick die Bilanz von Schwarz-Blau ansehen, wirklich eine Auflistung von Skandalen und Missständen, die ihresgleichen sucht. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Jetzt lenken Sie von den Wiener Skandalen ab! Das ist eine Taktik! – GR Johann Herzog: Sie reden ja gar nichts über Wien! Drei Sätze haben Sie über Wien gesprochen!)* – Sie waren wahrscheinlich sehr unkonzentriert, Herr Kollege Herzog: Ich habe jetzt die ganze Zeit über Wien gesprochen, über die Wienerinnen und Wiener und über die Lebensqualität in Wien, die eine sehr hohe ist. Dass Ihnen das nicht passt, Herr Kollege Herzog und Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ, das kann ich mir schon vorstellen, denn Sie wollen nicht, dass das so ist, Sie haben ein System Schwarz-Blau, gegen das wir auftreten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Aber lassen Sie mich doch ganz kurz darauf eingehen: Wie schaut denn die Bilanz von Schwarz-Blau aus? – Hypo-Alpe-Adria-Skandal hab ich schon genannt, BUWOG-Skandal, dubiose Eurofighter-Vergabe, Telekom-Skandal, fünf Minister im Visier der Justiz. – Das kommt nicht von mir, das können Sie auch nachlesen. *(GR Johann Herzog: Der Bundeskanzler! Sein Staatssekretär!)* Sie kommen ja so gern mit Taferln und mit Zeitungsberichten. Das können Sie auch nachlesen! Schauen Sie sich einmal an, wo diese ganzen Minister hingehören, welchen Fraktionen diese Minister angehört haben und zum Teil noch angehören! *(GR Johann Herzog: Na, der SPÖ natürlich!)* Und wenn ich mir die anderen Schlagzeilen anschau: „BUWOG, Eurofighter, Telekom, Hypo, Blaulicht: der Sumpf“ – das sind alles Artikel, die können Sie oder wollen Sie anscheinend nicht nachlesen.

Noch einmal zurück zur Bilanz der Regierung 2000 bis 2006: Diese Bilanz zählt – ich habe es schon erwähnt – zu den niederschmetterndsten Kapiteln der österreichischen Nachkriegsgeschichte. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Nach Faymann! Nach Faymann aber! Zuerst*

Faymann und dann das!) Sie, Ihre Partei und einige von Ihnen, wenn nicht sogar sehr viele von Ihnen, waren da dabei. Sie versuchen sich ja jetzt immer zu distanzieren – aber Sie waren dabei. *(StR DDr Eduard Schock: Sie ... beim 10-Millionen-Deal von Faymann!)* Sie haben ein Plus von 80 000 Arbeitslosen zu verantworten! Sie haben plus 10 000 jugendliche Arbeitslose zu verantworten! Sie haben doppelt so viele junge Menschen auf Lehrstellensuche wie in der Zeit davor zu verantworten! Sie haben ein reales Nullwachstum der Löhne bei gleichzeitiger Erhöhung der Lohnsteuern um unglaubliche 2 Milliarden EUR zu verantworten, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(GR Johann Herzog: Bei euch genauso wenig! Null! Null Lohnzuwachs!)* Sie haben einen realen Kaufkraftverlust bei den Pensionisten um 11 Prozent zu verantworten! Sie haben massive Verschlechterungen im Pensionsrecht zu verantworten! Sie haben massive Verschlechterungen bei den Leistungen der Krankenkassen zu verantworten! Sie haben massive Erhöhungen von Selbstbehalten, Spitalskostenbeiträgen, Rezeptgebühren und so weiter zu verantworten! *(StR DDr Eduard Schock: Das glaubt Ihnen kein Mensch, Herr Strobl! Das glaubt Ihnen kein Mensch! – GR Mag Wolfgang Jung hält eine Tafel mit der Aufschrift „Gebührenerhöhung – Yes, we can!“ in die Höhe.)*

Sie haben insgesamt 58 Belastungsmaßnahmen in nur 6 Jahren zu verantworten! Das gibt es nirgends auf der Welt *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Oh ja, bei Faymann!)*, das hat es nur unter Schwarz-Blau in diesem Land gegeben. Und das werden wir weiter bekämpfen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sie haben zu verantworten, dass Österreich in den internationalen Bildungsvergleichen zurückgefallen ist! *(Ironische Heiterkeit bei GR Mag Johann Gudenus, MAIS.)* Sie haben zu verantworten, dass es eine deutliche Erschwerung betreffend den Hochschulzugang gegeben hat. Sie haben einen Pflegenotstand zu verantworten. – Können Sie sich nicht mehr erinnern? *(GR Johann Herzog: Was habt ihr gemacht seither?)* Sie, die immer von der Sicherheit reden, haben 3 000 Polizistinnen und Polizisten weniger auf die Straße geschickt und haben damit auch einen Anstieg der Kriminalität zu verantworten! Sie haben einen Postenschacher in nie gekanntem Ausmaß zu verantworten! Und es gibt eine lange Liste *(GR Mag Wolfgang Jung: Die Erbsünde haben Sie vergessen!)* – ich hab es Ihnen schon gesagt, aber nur einen Teil davon *(GRin Nurten Yilmaz: Der Scheibner fehlt auf dem Bild noch!)* – von Korruption und Skandalen im Umfeld von Blau-Schwarz, in erster Linie von Blau.

Und bis heute ist die Situation so, dass damals und bis heute aktive Personen ihre Beteiligung in Abrede stellen, diese Beteiligung leugnen und damit auch ihre Mitverantwortung für dieses System leugnen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie in Wien! Aktuell!)* Ich erinnere nur beispielsweise an Uwe Scheuch: ab 2002 Abgeordneter der FPÖ, ab 2004 bis 2005 FPÖ-Generalsekretär, heute verurteilter Freiheitlicher Landeshauptmann-Stellvertreter in Kärnten.

Oder: Martin Graf, seit 1994 mit kurzer Unterbrechung Nationalratsabgeordneter für die Wiener FPÖ. Gegen ihn laufen Ermittlungen wegen seiner Funktion im Forschungszentrum Seibersdorf. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Und gegen Faymann! Faymann, Ostermayer und Genossen!)*

Oder, Harald Vilimsky: seit 2000 in führenden Funktionen der FPÖ-Wien, heute Generalsekretär - rechtskräftig wegen Beschimpfung verurteilt. *(Ironische Heiterkeit bei GR Johann Herzog.)*

Johann Gudenus: ab 2003 Obmann der freiheitlichen Parteijugend.

Und vor allem der heutige FPÖ-Bundesparteiohmann Heinz-Christian Strache *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Was ist da? – GR Johann Herzog: Was ist da jetzt wieder?)*, seit 2003 Mitglied im FPÖ-Bundesparteivorstand. *(GR Mag Wolfgang Jung: Na und? Ist das ein Verbrechen?)*

Sie haben das mitzuverantworten! Die 56 Maßnahmen, die ich Ihnen vorher genannt habe, haben sie mitzuverantworten! *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Tragen Sie dazu bei, dass die Frau Brauner zurücktritt!)*

Und heute distanziert sich Strache öffentlich von Schwarz-Blau in dieser Zeit, obwohl er damals mittendrin war! *(GR Johann Herzog: Wo denn?)* Mittendrin statt nur dabei war er, der Herr Strache! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Und am 26.9.2002 hat er hier in diesem Haus in einer Gemeinderatssitzung die schwarz-blaue Regierung noch leidenschaftlich verteidigt und gelobt: Die „beliebteste Regierung ist ... Schwarz-Blau.“ „... es gibt nur eine Chance für Wien, nämlich dass Schwarz-Blau ... wieder in einer Bundesregierung vorhanden sein wird ...“ „Wir haben eine soziale Treffsicherheitspolitik gemacht ...“ „Ich könnte hier wochen- und stundenlang stehen und all das aufzählen,“ hat er gesagt, „was diese Reformregierung und wir Freiheitlichen als Reformmotor in nur zweieinhalb Jahren für die Österreicherinnen und Österreicher durchgesetzt haben.“

Strache hat nicht nur schlechte Politik für die österreichische Bevölkerung mitgetragen und verteidigt, auch seine wiederholten Kontakte zu rechtsextremistischen Szenen im In- und Ausland schaden dem Ansehen der österreichischen Republik, meine sehr geehrten Damen und Herren. Deshalb bringe ich hier einen weiteren Antrag ein, nämlich:

„Der Wiener Gemeinderat fordert die FPÖ auf, öffentlich zu ihrer Mitverantwortung für das System Schwarz-Blau zu stehen, *(Ironische Heiterkeit bei GR Mag Johann Gudenus, MAIS und GR Johann Herzog)* zu den politischen Verfehlungen zu stehen, die sie mitverantwortet und lange hindurch verteidigt hat, und insbesondere auch die Ermittlungen der Justiz bei der Aufklärung der vielen Fälle *(StR DDR Eduard Schock: Gegen den Herrn Faymann und den Herrn Ostermayer!)* von offensichtlicher Korruption unter Schwarz-Blau aktiv zu unterstützen, *(StR DDR Eduard Schock: Wenn ich so im Glashaus sitzen würde, dann wär ich sooo klein!)* und, zweitens, sich unmissverständlich von rechtsextremistischen Parteien und Personen im In- und Ausland klar zu distanzie-

ren und im Interesse Österreichs und Wiens eine Politik des Miteinander und des Füreinander zu unterstützen.

Auch hier verlangen wir die sofortige Abstimmung.“ *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ! Weil Sie jetzt ununterbrochen in Ihren Zwischenrufen auf Inserate und Faymann und so weiter hingewiesen haben, *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Laufendes Verfahren! Ermittlungen gegen Faymann!)* glauben Sie nicht auch, dass die Menschen in dieser Stadt, in diesem Land intelligent genug sind, zu unterscheiden *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist Ihr roter Faymann! Die Wiener Schule! Die Wiener Schule der Inserate! Die hohe Kunst der Inserate ist das!)*, ob es – auf der einen Seite - um Inserate geht, die rechtlich einwandfrei in Ordnung sind, oder ob es - auf der anderen Seite - um Korruption und um Amtsmissbrauch geht? Die Wienerinnen und Wiener und die Österreicherinnen und Österreicher wissen sehr wohl zu unterscheiden! Dass Ihnen das nicht gefällt, ist doch ganz klar, und dass Sie alles versuchen, von Ihren eigenen Missständen abzulenken, das wissen wir auch alle. Und das wissen auch die Menschen in dieser Stadt, in diesem Land, und sie fallen nicht mehr auf Sie herein. Sie werden das schon sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und glauben Sie mir, wir gehen all diesen Auseinandersetzungen, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen werden, sehr gelassen und mit sehr viel Motivation entgegen *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das werden Sie auch nötig haben!)*, denn ich bin überzeugt davon, dass die Menschen in diesem Land sehr wohl unterscheiden können, wer etwas für sie tun will und wer andere nur aufhetzen will. Das können die Menschen in dieser Stadt, in diesem Land sehr wohl sehr genau. *(GRin Henriette Frank: Das haben wir bei der letzten Wahl gesehen!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluss dieser Debatte kommen. Ich möchte zum Schluss eines ganz klar sagen: Wir werden erstens dafür sorgen, dass solche Zustände wie unter Schwarz-Blau nie und nimmer in Wien herrschen können. Das ist eines unserer dringlichsten Ziele! Und wir werden zweitens dafür sorgen, dass die Daseinsvorsorge in der höchsten Qualität, so wie wir sie jetzt haben, auch in Zukunft allen Wienerinnen und Wienern zur Verfügung steht. – Ich danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr GR Strobl, ich darf Sie nur bitten, dass Sie mir die beiden vorangekündigten Anträge auch überreichen. *(Der Redner sucht in seinen Unterlagen und spricht kurz mit einem Kollegen seiner Fraktion.)* - Es gibt offensichtlich noch Unklarheit, welcher jetzt wirklich eingebracht wird. *(GR Friedrich Strobl: Kommt schon!)* Ich habe bis jetzt einen Antrag: betreffend das System Schwarz-Blau. *(Der Redner sucht weiter nach dem Antrag. - Ruf bei der FPÖ: Zählt das auf die Redezeit? – Der Redner überreicht dem Vorsitzenden den Antrag.)* Gut, jetzt habe ich auch alle vorangekündigten Anträge.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Dr Ulm zu einer tatsächlichen Berichtigung. - Sie haben eine Redezeit von drei Minuten. Bitte!

GR Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich glaube, es ist einmal an der Zeit, dem entgegenzutreten, was Herr GR Strobl hier von sich gegeben hat. Lieblingsthema der SPÖ und der GRÜNEN: die Wenderegierung, die Jahre 2000 bis 2006 und Schwarz-Blau als das dunkelste Kapitel, die dunkelsten sechs, sieben Jahre in der Nachkriegsgeschichte zu bezeichnen.

Wahr ist, dass das sieben ausgezeichnete Jahre für Österreich waren. (*Widerspruch der GRe Dipl-Ing Martin Margulies und David Ellensohn.*) Richtig ist, dass uns 30 Jahre sozialistische Bundeskanzler und Finanzminister einen unglaublichen Reformstau in diesem Land gebracht haben, eine Rekordverschuldung und Stillstand.

Richtig ist, dass in diesen sieben Jahren unglaubliche politische Meilensteine gesetzt werden konnten. Wir haben eine Pensionssicherungsreform durchsetzen können. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Die den Menschen das Geld weggenommen hat!*) Wir schafften es nach 30 Jahren SPÖ-Schuldenpolitik, erstmals ein Nulldefizit beschließen zu können. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Mit der höchsten Steuer- und Abgabenquote! – Das kann ein jeder: den Arbeitnehmern Geld wegnehmen!*) Wir hatten sozialpolitische Meilensteine wie die Abfertigung neu, wie das Kinderbetreuungsgeld, wie die Elternteilzeit, wie Familienhospizkarenz. Und auch die Privatisierungen waren eine einzige Erfolgsgeschichte! (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ist das eine Berichtigung? – Hallo!*)

Wenn es jetzt kriminelle Handlungen geben mag, bei Telekom Austria und anderswo, dann gehört das an die Oberfläche gebracht. Aber ich erinnere Sie daran, dass es hier nur eine Teilprivatisierung gegeben hat und dass all diese Machinationen, um die es jetzt in der öffentlichen Debatte geht, eigentlich ein Argument für eine weitere Privatisierung bei der Telekom Austria sein sollten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Voestalpine, Böhler-Uddeholm - einzigartige Privatisierungserfolgsgeschichten! Die ÖIAG hatte im Jahr 2000 einen Schuldenstand von 6,2 Milliarden EUR – Geld, das irgendwann einmal die österreichischen Steuerzahler hätten zahlen müssen. Es ist die Entschuldung dieser ÖIAG gelungen! (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Die drei Minuten sind auf alle Fälle schon um!*)

Wir haben eine großartige Steuerreform in diesem Lande zusammengebracht, mit einer Entlastung des Mittelstandes. Die Körperschaftssteuer wurde reduziert von 34 Prozent auf 25 Prozent. (*GR Kurt Wagner: Was haben denn die kleinen ... gehabt von der Senkung der Körperschaftssteuer? Und die Pensionen sind hinuntergegangen!*) Strom- und Gasmarkt konnten liberalisiert werden - denn sonst wären jetzt, mit Ihren Gebührenerhöhungen, die Betriebskosten noch um einiges höher. Die Abgabenquote ist nicht gestiegen, sondern hinuntergegangen: von 44,8 Prozent im Jahr 2001 auf 41,7 Prozent im Jahr 2006.

Wir hatten eine Rekordbeschäftigung mit einem Plus von 191 000 Beschäftigten, mehr Lehrverträge als je zuvor, eine Polizeireform durch Zusammenführung von Polizei und Gendarmerie, ein Fremdenrechtspaket ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Herr Kollege, Ihre Redezeit für die tatsächliche Berichtigung ist abgelaufen.

GR Dr Wolfgang **Ulm** (*fortsetzend*): ... eine Integrationsvereinbarung und vieles andere Positive mehr. Ich würde mir wünschen, dass wir wieder zu einer Regierungsphase kommen, die ähnlich erfolgreich ist ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Herr Kollege, ich darf Sie noch einmal darauf hinweisen, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

GR Dr Wolfgang **Ulm** (*fortsetzend*): ... wie Schwarz-Blau von 2000 bis 2006. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Meine Damen und Herren, ich darf darauf hinweisen, dass tatsächliche Berichtigungen in unserer Geschäftsordnung nicht wirklich weitgehend geregelt sind. Ich gehe davon aus, dass eine tatsächliche Berichtigung dazu da ist, den zu berichtigenden Sachverhalt darzubringen und dann die Berichtigung vorzunehmen. Ich glaube, in diesem Sinne können wir uns alle darauf einigen, dass das geschehen soll, und dass das sinnvoll ist.

In diesem Sinne erteile ich das Wort Herrn GR Ellensohn, der sich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet hat. Bitte schön!

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Das war ohnedies eine gute Einleitung. Das war keine tatsächliche Berichtigung vorher, das ist als Redebeitrag okay, auch wenn er inhaltlich vor Fehlern strotzt, aber so können wir es ja nicht machen, wir können nicht da herinnen sagen, ich mache einfach eine tatsächliche Berichtigung, dann gehe ich nach jeder Rede - weil es bietet sich wirklich jede Rede der FPÖ und ÖVP dafür an - hinaus und berichtige tatsächlich, indem ich hier einfach politische Inhalte sage. Was Herr Ulm gemacht hat, darf er in einer Rede machen, in einen Redebeitrag passt das wunderbar hinein, faktenfrei daherreden ist da erlaubt, ebenso falsche Fakten aufzählen und welche daraus konstruieren. Die sieben Jahre waren eine Tragödie für Österreich. Jetzt fange ich an und sage, ich berichtige tatsächlich, alles, was Herr Ulm gesagt hat, wäre umgekehrt richtig, diese sieben Jahre dürfen sich nie mehr wiederholen.

Jetzt könnte man aber was anderes machen, nämlich aufhören mit dem, und wir machen unsere RednerInnenlisten und halten uns daran. Es gibt ja manchmal einen guten Grund zu sagen, das war jetzt falsch, weil 10 Prozent halt nicht 100 sind, oder sonst was, aber das war eine normale Rede von Ihnen. Dann einigen wir uns eben darauf, dass wir keine RednerInnenliste haben, das geht auch, dann geht immer jeder nach vor und meldet sich, wann er will, aber so funktioniert es nicht. Herr Ulm ist immer sehr genau mit den Spielregeln, er ist selber Jurist, ist sehr genau mit den Spielregeln und weiß auch, dass er sie jetzt gebrochen hat. Das macht auch nichts. Es ist ja schon öfter da herinnen passiert, aber wir sollten uns darauf einigen, ob wir das machen wollen oder nicht,

ich finde nicht. Inhaltlich ist dem von Ihnen Gesagten nicht viel hinzuzufügen im Sinne von, wenn Sie finden, die erfolgreiche Zeit war, wo die BUWOG privatisiert worden ist und Leute von ÖVP und FPÖ ihre Taschen gefüllt haben, dann ist das Ihre Meinung, das ist Ihnen unbenommen. Es ist ja auch die erfolgreichste Regierungsbeteiligung von Meischberger gewesen, zum Beispiel. Das ist ja keine Frage, der hat ja nie wieder so viel Geld verdient wie unter Schwarz-Blau und viele andere von Ihren Abzockern auch. Und wenn Sie als Erfolg verstehen, wenn Sie als Erfolg verstehen, dass die ÖVPLer und die FPÖler gut aussteigen und in Seibersdorf Leute versorgen, da sitzt ja auch ein Seibersdorfer herinnen, weiß nicht, ob er dort arbeiten muss für sein Gehalt, keine Ahnung, aber wenn Sie unter Erfolg verstehen, das Verschern des Vermögens der Österreicher und Österreicherinnen, ein Enteignen der Österreicher und Österreicherinnen und schaffen das Geld in die eigenen Taschen, ja dann war es erfolgreich. Ich sehe das genau umgekehrt. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: So, Herr GR Ellensohn, der guten Ordnung halber möchte ich nur anmerken, auch das war wahrscheinlich keine tatsächliche Berichtigung, sondern Sie haben es selber gesagt, Sie hätten sich korrekterweise zur Geschäftsordnung melden müssen, dann wäre die Wortmeldung wahrscheinlich passend gewesen.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen und appelliere an die Damen und Herren des Gemeinderates, tatsächliche Berichtigungen tatsächlich im Sinne des Wortes zu verstehen und auch wirklich dementsprechend ein Vorbringen einzubringen.

Nichtsdestotrotz kommen wir zum nächsten Redner. Ab jetzt ist die Rednerzeit jedes Redners auf 15 Minuten begrenzt. Als nächster Redner hat sich Herr GR Mag Neuhuber zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Nur fürs Protokoll: Ich bin der nächste Redner in der ganz normalen Liste. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Also, damit hier keine Missverständnisse aufkommen.

Was ist, meine Damen und Herren, alt und was ist neu in der heutigen Debatte? Alt ist das Schuldenmachen, die Belastungspolitik. Ich habe in den letzten 15 Jahren hier kaum etwas anderes von SPÖ-Seite gehört. Immer wenn Sie mit Ihrem Latein am Ende sind, dann werfen Sie wieder die Belastungspolitik an, dann gibt es höhere Gebühren, am liebsten würden Sie auch noch höhere Steuern einheben, wenn Sie das in Wien könnten. Also, das ist ja wirklich nichts Neues.

Neu ist hingegen, dass jetzt noch ein kleiner grüner Turbo hinten mit anschiebt, der auch noch ein bisschen mehr Belastungen bringt für die Stadt Wien. Es ist aber zugegebenermaßen ein kleiner Turbo, wollen wir das ins rechte Licht rücken.

Neu ist, und das ist wenigstens einmal ein bisschen was, was für Heiterkeit - zumindest bei mir - sorgt, die bedingungslose Verteidigung der SPÖ-Belastungspolitik durch die GRÜNEN. Das ist schon fast amüsant, Kolle-

gen Margulies zu hören, wie er früher alles kritisiert hat und was er heute für gut befindet. Und wenn es so weitergeht, wird er in drei, vier Jahren wahrscheinlich der größte Befürworter der Cross-Border-Leasing-Verträge sein. Man entwickelt sich eben weiter. Das ist gar keine Frage. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Nicht kritisiert!)* – Ich habe schon zugehört, aber ich sage, und sage es noch immer, kritisiert, aber es ist halt so. Ich sage, in ein paar Jahren wirst du dann der Befürworter sein.

Was weder neu noch alt ist, weil es beide eint, meine Damen und Herren, ist, dass in den Wortmeldungen fast nie das Wort sparen vorkommt. Es haben auch schon Vorredner gesagt, es gäbe ja außer Belastungen auch noch die Möglichkeit zu sparen. Und dann kommt immer gleich die Frage: Nun, wo denn? Nein, stimmt schon, bei den Gratiskindergärten wollen wir nicht sparen, aber ich nehme nur zwei Beispiele, über die man sehr wohl diskutieren sollte und könnte.

Das ist zum einen das Thema Pensionsreform, Bundespension, Sicherungsreform – noch immer in Wien nicht umgesetzt. Das kostet uns, meine Damen und Herren, in 5 Jahren, also in einer Legislaturperiode, diese Frühpensionierungen der Stadt Wien und die Nichtumsetzung ungefähr 1 Milliarde EUR. Nun, das ist ja schon was, 1 Milliarde EUR, über die wir reden könnten, wo wir einsparen könnten, wo wir Einsparungspotenzial hätten, wenn wir die Bundesreform umsetzten.

Zweites Beispiel, ein bisschen ein kleineres: Ich glaube, es ist heute erschienen oder war es gestern, ein Inserat der Stadt Wien. Es passt ja zur heutigen Debatte. Wir reden über Bürgerbelastungen, und was erscheint in einer kleinformatischen Zeitung, der Kollege Schicker mit Privatisierung: „Wir sichern Versorgungsqualität.“

Ich meine, meine Damen und Herren, wenn das Ihr Geist ist, Bürger belasten und auf der anderen Seite Inserate schalten, die Millionen kosten, allein für Gratiszeitungen *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Sie erhöhen die Preise nie, nie!)* 40 Millionen EUR in 5 Jahren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber das kostet nichts. Das Inserat kostet nichts, das Inserat kostet nichts. 40 Millionen EUR, 40 Millionen EUR für Gratiszeitungen in 5 Jahren, meine Damen und Herren, das ist Ihre Auffassung von Sparen. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Und die Sachinserate gehen Sie nichts an, diese haben mit der Sache nichts zu tun!)*

Meine Damen und Herren, worüber ich wirklich besorgt bin, *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Wenn Sie nicht unterscheiden können zwischen Inseraten der Stadt Wien und denen der Partei!)* Herr Kollege, das schwimmt doch bei Ihnen. Das ist doch bitte – was ist denn auf Bundesebene - was haben wir heute gehört, was haben wir heute gehört, *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Bei Herrn Pröll schwimmt das nicht!)* – was ist beim Pröll, was ist beim Pröll? Wo hat denn der Faymann das Inserieren gelernt, was macht er denn auf Bundesebene, wo hat er es denn gelernt? *(Beifall bei der ÖVP. – GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Die Frau Fekter kann das auch!)* Das System SPÖ-Wien ist es, was er auf Bundesebene

fortgesetzt hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und es mag, meine Damen und Herren, wenn wir schon bei dem Thema bleiben, wenn wir schon beim Thema bleiben, so sage ich Ihnen noch ein Beispiel: Faymann – ÖBB-Inserate. Okay, weiß ich nicht, ob das ein strafrechtlich relevanter Tatbestand ist, wenn ein Minister einem Unternehmen wie den ÖBB anschafft, dass es inserieren soll und dass er damit gut wegkommt. Weiß ich nicht, ob das strafrechtlich beachtlich ist, aber moralisch ist es auf jeden Fall verwerflich, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Dipl-Ing Rudi Schicker: 2008 war das schon im „profil“, Sie bringen es wieder, weil Sie was zu verstecken haben.)* ich habe gar nichts zum Verstecken. Seien Sie unbesorgt, seien Sie unbesorgt, ich habe gar nichts zu verstecken. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Die ÖVP hat was zu verstecken!)*

Aber worüber ich besorgt bin, ich möchte noch auf ein andres Thema kommen, meine Damen und Herren. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Das wird gescheit sein!)* Das ist sicher gescheit. Worüber ich wirklich besorgt bin, ist die Kluft, dieser Keil, der in die Bevölkerung getrieben wird, und zwar von allen Seiten.

Kollege Margulies, der wirklich versucht, auseinanderzuidividieren, wie er es immer sagt, die besten 10 Prozent der Einkommensverdiener und die anderen 90 Prozent. Das ist eine ganz gefährliche Tendenz, meine Damen und Herren, da bewegen wir uns auf einem sehr dünnen Eis.

Und, meine Damen und Herren von der SPÖ, über Ihren Antrag, der heute hier wohl noch eingebracht werden wird, da bin ich wirklich erstaunt über einen Teil des Beschluss- und Resolutionsantrages, betreffend das System Schwarz-Blau.

Also nicht über große Teile des Textes - die Schmutzkübelkampagne ist ja nichts Neues - aber der Beschluss- und Resolutionsantrag dann selber. Ich lese Ihnen den noch einmal vor, er ist ja von allen SPÖ-GemeinderätInnen unterschrieben und ich weiß nicht, ob wirklich alle den Text gelesen haben.

„Der Wiener Gemeinderat distanziert sich von einer Politik für Wohlhabende, Aktionäre und Spekulanten, von einer Politik, die jene Menschen benachteiligt, die mit ihren verschiedenen Arbeitsleistungen die Wirtschaft und Gesellschaft unseres Landes tragen.“

Meine Damen und Herren, Sie distanzieren sich von den Wohlhabenden. Da könnte ich einmal fragen, was ist denn überhaupt wohlhabend.

Wenn wir davon ausgehen, dass es die 10 Prozent der besser Verdienenden sind, die Margulies immer in den Mund nimmt, meine Damen und Herren, dann distanzieren Sie sich vom österreichischen Mittelstand. *(Beifall bei der ÖVP. - GR Christian Deutsch: Wo ist der Antrag!)* Nun, woher habe ich den, den müsst Ihr in der Früh geschickt haben.

Dann sage ich, wenn Sie ihn eingebracht hätten mit diesem Text, *(GR Christian Deutsch: Das ist falsch!)* na, wenn Sie ihn eingebracht hätten. Es war ja einmal eine Überlegung, lieber Christian. Dann sage ich es Ihnen für das nächste Mal. *(GR Christian Deutsch: Was ist mit der Inseratenkampagne, das ist kein Inserat der Stadt Wien!)*

Das Inserat war gar nicht falsch, aber geschaltet ist es worden, erschienen ist es. *(GR Christian Deutsch: Ja, aber nicht von der SPÖ! – GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Ich kann Ihnen das präsentieren!)* Na ja, also ich bleibe bei den Wohlhabenden, die Kritik bleibt ja trotzdem, meine Damen und Herren.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** *(unterbrechend)*: Meine Herrn Gemeinderäte, ich bitte, keine Zwiegespräche zu führen, sondern die Rede an den Gemeinderat als Gesamtes zu halten.

GR Mag Alexander **Neuhuber** *(fortsetzend)*: Ich bleibe wirklich bei dem. Verfolgen Sie jetzt diese 10 Prozent, die Leistungsträger, das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft? Das verstehe ich nun wirklich nicht mehr, meine Damen und Herren! *(GR Christian Deutsch: Das ist die falsche Rede zum falschen Zeitpunkt!)* Warum ist das die falsche Rede. Willst du nicht über Verteilungsgerechtigkeit reden? Der Antrag ist falsch zitiert. Können wir jederzeit reden, wenn Sie auf Wohlhabende losgehen, auf Aktionäre, *(GR Christian Deutsch: Sie schützen die 10 Prozent!)* die 10 Prozent. Sie sind gegen die Leistungsträger. Sind Sie gegen die Leistungsträger? Gegen die kleinen Unternehmer, die zwei Angestellte haben? 3 Angestellte, vielleicht 200. Die schufteten, dass sie am Monatsende die Gehälter zahlen können, meine Damen und Herren, *(Beifall bei der ÖVP.)* gegen die polemisieren Sie hier die ganze Zeit, denn nichts anderes ist es. Sie werfen alles in einen Topf. Wohlhabende, Aktionäre, Kuponschneider, heute sind es wieder einmal die Hausbesitzer gewesen. Meine Damen und Herren, Sie machen einen neuen Klassenkampf, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn du schon immer sagst, ich zitiere das Falsche, lieber Kollege, dann zitiere ich dir vielleicht etwas Richtiges, du kannst ja auch gleich rauskommen und sagen, das stimmt nicht. Es hat euer ehemaliger, jetzt ist er ja ehemaliger, Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Bruck an der Mur gesagt: „Jeder wird verstehen, dass die Reichen bald ihr Ende sehen. Angesicht zu Angesicht werden sie geschlachtet und ihre Gründe an Obdachlose verpachtet.“ Nun, das gefällt Ihnen? Das ist die neue Art von Politik, die Sie machen wollen? Wenn Sie wirklich die Wohlhabenden und Aktionäre aus dem Antrag streichen, dann kommen Sie heraus, meine Damen und Herren, und distanzieren sich von diesem Anspruch. Das erwarte ich mir von Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: So, meine Damen und Herren, um jetzt noch aufzuklären, welcher Beschlussantrag tatsächlich eingebracht wurde, lese ich Ihnen jetzt zur Klarstellung das vor, was hier abgegeben wurde. Ich lese nur den Beschluss- und Resolutionsantrag vor: „Der Wiener Gemeinderat distanziert sich von einer Politik für Reiche, Superreiche und Spekulanten, von einer Politik, die jene Menschen benachteiligt, die mit ihren verschiedenen Arbeitsleistungen die Wirtschaft und Gesellschaft unseres Landes tragen. Der Wiener Gemeinderat distanziert sich zudem von PolitikerInnen, die im dringenden Verdacht stehen, auf Kosten der Allgemeinheit für sich beziehungsweise Vertraute, persönli-

chen finanziellen Profit aus ihren Funktionen geschlagen zu haben, von einer Politik, die offensichtlich keine klaren Grenzen zwischen Recht und Unrecht sieht.“

Das ist der Antrag, der eingebracht wurde und ich appelliere an die Fraktionen beziehungsweise an den Antragsteller, dass das von Anfang gleich klar ist. (*GR Mag Wolfgang Jung: Nur wegen des Textes, der Wiener Gemeinderat ...*) Herr Kollege, Sie können sich zum Wort melden zur Geschäftsordnung. (*GR Mag Wolfgang Jung: Wir haben da etwas anderes bekommen!*) Bitte heraufzukommen und das nachzulesen. Ich bin hier heroben mit der Geschäftsführung betraut.

Als nächste Rednerin ist Frau Kollegin Hebein gemeldet. Ich erteile ihr das Wort. Bitte schön, 15 Minuten.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Haben Sie es geklärt? Ja, lesen müssen Sie ihn selber.

Werter Herr Vorsitzender! Werte Abgeordnete! (*Unruhe bei der FPÖ.*) Gut, beruhigen Sie sich wieder ein bisschen.

Um auf das eigentliche Thema zurückzukommen. Das eigentliche Thema für heute sind die Gebührenerhöhungen in Wien, und die Gespräche, die ich in den letzten Wochen geführt habe, waren vor allem das Gespräch, wie schaut es aus mit dem Wasser, was passiert mit der Erhöhung, was machen wir mit den Gebühren, und ich glaube, es ist besonders wichtig, den Menschen klar zu machen, dass wir hier einiges investieren, um die Qualität des Wassers aufrechtzuerhalten. Deshalb beginne ich einmal mit den Fakten:

Die Wiener Wasserwerke investieren jährlich 140 Millionen EUR in die Trinkwasserversorgung. Die Stadt Wien hat auch 40 000 Hektar im Eigentum, das sie nachhaltig bewirtschaften muss, nämlich Quellschutzwälder im Gebiet von Hirschwang, Nasswald und Wildalpen. Das kostet uns 15 Millionen EUR im Jahr. 30 Millionen EUR werden für die Sanierungen des Wasserrohrnetzwerkes in Wien ausgegeben, da wird investiert. Kürzlich hat man das bei der Triester Straße gemacht. Zukünftig geplant - und das halte ich für sehr wichtig, das transparent zu machen, das sehe ich als Auftrag - sind mehrere Projekte, und ein paar darf ich hier aufzählen:

Es wird eine Rohrnetzsanierung am Gürtel geben über die nächsten zehn Jahre. Der erste Abschnitt ist der Äußere Gürtel, vom Liechtenwerder Platz bis zur Kreuzgasse. Das kostet ab 2012 5 Millionen EUR, es gibt eine Rohrnetzsanierung in der Grinzinger Allee 2012/2013, die kostet 5 Millionen EUR. Behältersanierungen, Neubau, Teilsanierungen, Aquädukte in Liesing, in Baden, kosten 4,5 Millionen EUR. Was ich damit sagen will, ist, dass die Menschen, mit denen ich gesprochen habe, wissen wollen, was mit dem Geld passiert, was mit der Gebührenerhöhung passiert in dieser Stadt, wo wir das investieren, wo wir die Qualität des Wassers aufrechterhalten und ich sehe es als unsere Aufgabe, hier bestmöglich zu informieren, dass das eine Zukunftsinvestition ist.

Gleichzeitig muss man dazusagen - und da bitte ich auch die Oppositionsparteien, um eine Spur korrekter mit den Zahlen umzugehen: Wir erhöhen die Wassergebühr von 1,3 auf 1,73 EUR pro Kubikmeter. Was bedeutet das

konkret? Wenn wir durchschnittlich laut ExpertInnen 130 Liter am Tag verbrauchen, heißt das, wir haben eine Gebührenerhöhung von 1,7 EUR pro Person im Monat beschlossen, was das Wasser anlangt. Das sind wichtige Fakten, und man kann nicht hergehen, so wie die ÖVP das tut, und sagen, wir verdoppeln jetzt je nach Personenanzahl, sondern die Gebühren werden errechnet auch auf Grund der Quadratmeterzahlen in den Wohnungen. Das heißt, die Gebührenerhöhung trifft jemanden, der eine 300-m²-Wohnung hat, mehr als Familien, die auf engerem Raum miteinander leben. Das sind einmal die Fakten, und das ist der Job, das klarzumachen, dass wir hier investieren wollen. Natürlich wäre es mir lieber gewesen, einer Familie keine 3 bis 6 EUR Mehrkosten im Monat zuzumuten, das ist unbestritten. Darunter verstehe ich auch nicht Sozialpolitik. Nur sind wir jetzt in einer Situation, wo wir in Wien die Wirtschafts- und Finanzkrise abfedern müssen und gleichzeitig den Anspruch haben zu investieren. Das ist definitiv ein Faktum. Das ändert nichts daran, dass ich mir wünsche, dass die Grundversorgung für alle Menschen kostenlos ist. Jeder soll Wasser trinken, jeder soll eine Wohnung haben, einfach auf Grund dessen, dass er ein Mensch ist. Dort wäre ich gerne, die Realität ist hier eine andere. Warum es aber nicht unbedeutend ist, ob eine Familie mit einem geringen Einkommen 3 bis 6 EUR mehr im Monat für Wasser ausgeben muss, das muss man sich genauer anschauen, und da weigert sich auch die ÖVP, hier Mitverantwortung zu tragen.

Wie schaut es denn aus, wo werden die Menschen jetzt gerade belastet? Erstens einmal haben wir Juli, August eine Inflationsrate von 3,4, 3,5 Prozent. Das hat gravierende Auswirkungen auf die Lebensmittelpreise. Wir wissen zum Beispiel, dass Zucker eine Steigerung von plus 35,3 Prozent aufweist, Kaffee von 30 Prozent, Margarine von 24,7 Prozent. Was ich damit sagen will, ist, dass die Leute ganz klar das spüren, vor allem die Leute, die wenig Einkommen haben. Da frage ich mich aber schon, wo hier die Verantwortung der ÖVP ist, herzugehen und im Wettbewerbsgesetz endlich gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen für Wettbewerbsmonitoring. Wo ist da die ÖVP, wo ist der Wirtschaftsminister, der Verantwortung übernehmen soll - dafür wird er ja bezahlt, das ist sein Job - genau hinzuschauen, warum es und ob es zu einem sogenannten Österreichaufschlag kommt bei den Preiserhöhungen, warum Österreich über den Durchschnitt der EU über 1 Prozent mehr an Inflationsrate hat.

Das heißt, wir haben hier Verantwortlichkeiten für diese massiven Steigerungen bei Nahrungsmitteln und Energie. Gleichzeitig muss man auch festhalten, wenn man über das eigentliche Thema einmal zur Abwechslung spricht, hier hat die Bundesregierung im letzten Jahr einiges dazu beigetragen, dass kleinere Einkommen besonders belastet werden. Wir haben den Wegfall der 13. Familienbeihilfe, wir haben Familienbeihilfe nur mehr bis zum 24. Lebensjahr, der Alleinverdienerabsetzbetrag ist gestrichen worden, der Mehrkindzuschlag ab dem 3. Kind ist gestrichen worden. Das sind massive Verschlechterungen für Menschen, wo Sie sich angeblich

jetzt da herstellen und den Retter spielen wollen. Das ist einfach - höflich bleiben, höflich bleiben - außerordentlich unkorrekt, dass Sie hier keinerlei Verantwortung übernehmen wollen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite ist, was Menschen auch sehr belastet - reden Sie ein bisschen mit den Leuten - sind jetzt die steigenden Wohnpreise. Wir wissen, dass Menschen bereits 22 Prozent für ihre Wohnkosten ausgeben. Bei Menschen mit geringerem Einkommen sind die Ausgaben für die Wohnung bereits 40 Prozent. Und was passiert, wir haben noch immer kein neues Mietrechtsgesetz, wir haben noch immer keine Mietobergrenzen. Hier ist die ÖVP ebenfalls säumig. Wenn Sie Verantwortung übernehmen wollen, dann arbeiten Sie, um einmal Ihre Leistung bewerten zu können.

Der nächste Punkt ist, was fällt mir zur FPÖ ein? Ich sage Ihnen ganz ehrlich, es sind zwei Zeilen, und die lese ich Ihnen vor. Prinzhorn, Reichhold, Meischberger, Gorbach, Rumpold, Graf, Plech, Muhr, Wittauer, Scheuch und ein Stück weit Grasser. Das sind die Menschen, die jetzt in Korruptionsskandale verwickelt sind, das sind Menschen Ihrer Partei. Sie sackeln Geld ein (*GR Johann Herzog: Was sind das für Vorwürfe!*) und stellen sich jetzt hier her, um gegen die Armut zu kämpfen. Sie haben jeglichen Respekt verloren, nur ansatzweise glaubwürdig zu sein. Machen Sie einmal, ein einziges Mal, was Sinnvolles für die Wiener und Wienerinnen, klären Sie Ihre Gschäftln, tragen Sie dazu bei, dass die Justiz das aufklären kann, dass man zumindest vielleicht ein Stück weit dieses Geld zurückbekommen kann. Das wäre einmal zur Abwechslung eine sinnvolle Tätigkeit, die Sie hier für die Wiener und Wienerinnen leisten könnten. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Ich komme zu einem letzten Punkt, der, ich gebe es zu, mir persönlich sehr wichtig ist, um ein Stückweit aufzuzeigen, wo wir hier jetzt gerade stehen, wo wir hier die politischen Diskussionen führen, auf welcher Ebene wir sie führen, wenn wir von reich und arm sprechen. Abgesehen davon, dass die obersten 10 Prozent jetzt neuerdings der Mittelstand sind, aber das müssen Sie, von der ÖVP, den restlichen 90 Prozent der Menschen hier wirklich einmal erklären. Jetzt möchte ich Ihnen was vorlesen, damit Sie sehen, auf welchem Niveau wir in der Politik über Gerechtigkeit diskutieren, nämlich folgendes Zitat von Frau Ministerin Fekter: „... außerdem bauen wir gerade enorme Feindbilder in Europa gegen die Banken und die Vermögenden auf, so was hatten wir schon einmal, damals verbrämt gegen die Juden, aber gemeint waren ähnliche Gruppierungen, das hat zwei Mal in einem Krieg geendet.“ Das heißt, das Eintreten für Besteuerung von Reichen gleichzusetzen mit einer Judenverfolgung ist schlichtweg letztklassig, das möchte ich hier in aller Deutlichkeit betonen, weil wir sind hier nicht in einem abgeschlossenen Raum, das sind Diskussionen, die wir auf politischer Ebene führen und Zitate einer Finanzministerin Fekter, wo ich nur wieder einmal ehrlich sagen kann, wenn sie nur einen Funken von Anstand haben, dann treten Sie zurück.

Insofern kann ich nur festhalten die Bemühungen, und wir merken es auch bei den Budgetverhandlungen,

die wir zur Zeit führen, die Bemühungen, dass wir die Verantwortung übernehmen für die Wiener und Wienerinnen trotz der schwierigen finanziellen Situation, dass es nicht zu Lasten von Kleineren geht, dass wir in die Zukunft investieren können, diese Verantwortung nehmen wir wahr. Ich danke Ihnen! (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Mag Jung zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Zu den beiden Anträgen, Beschlussanträgen oder Resolutionsantrag der SPÖ: Das kann man relativ schnell abhandeln. Den ersten Antrag, nämlich mit der fairen Mittelaufteilung, dem Finanzausgleich richten Sie an Ihren Bundeskanzler, der ist dafür zuständig. Aber Sie wissen genau, dass Ihnen der nicht mehr geben wird. Zu diesem zweiten, diesem Klassenkampf Antrag werde ich vielleicht nachher noch reden. Ich habe erwartet bei diesem Gemeinderat an sich die übliche Philippika - nun vermisst habe ich sie nicht, aber erwartet - des Kollegen Ellensohn hören zu müssen, aber diesmal hat es Kollege Strobl übernommen. (*GR David Ellensohn: Da haben wir noch mehr!*) Ich auch.

Ich habe Kollegen Ellensohn damals versprochen, jedes Mal, wenn er anfängt, historisch zu werden, werde auch ich historisch beginnen. Ich mache diesmal nur einen kleinen Auszug aus dem SPÖ-Schuldenregister, Herr Kollege Strobl, aber Sie wissen ganz genau, wie viel Dreck diese Partei schon am Stecken angehäuft hat im Laufe ihrer Geschichte. Ich werde nur ein paar Auszüge machen: 1980 AKH-Skandal, 1985 ein gewisser Karl Sekanina, Gewerkschafter, Bautenminister, tritt zurück wegen Grundstückspekulationen, 85 bis 92, Lucina Udo Proksch, Tote zur Folge, Außenminister Leopold Gratz und Karl Blecha. 1986 deckt die FPÖ auf, dass der Bankmanager Vranitzky bei seinem Wechsel vom Vorstandsmitglied der CA zur Länderbank damals 800 000 Schilling Abfertigung erhalten hat. Beim Wechsel von der Länderbank ins Finanzministerium hat er weitere 3 Millionen bekommen und eine Pension von 200 000 Schilling, und dann hat er ja die berühmten Telefonberatungshonorare gehabt. Ich erinnere, 1 Million für ein Kurztelefonat. Das sind vermutlich diese Superreichen, von denen Sie sprechen, mit denen Sie sich nicht solidarisieren wollen. Oder vielleicht wollen Sie sich auch nicht mit dem Herrn Androsch solidarisieren und allen Ihren Genossen, die es in ihrer Amtszeit geschafft haben, wirklich zu den Superreichen zu stoßen. Herr Kollege Strobl, da können Sie lächeln, was Sie wollen, eigentlich müssten Sie sich genießen.

Oder bleiben wir in Wien, der Fall Helmut Braun, Umweltstadtrat: Er musste den Hut nehmen, weil er für das Berufsförderungsinstitut bestimmte Gelder in Millionenhöhe veruntreut hat. Androsch, falsche Zeugenaussage, Steuerhinterziehung 1,8 Millionen, die hat er aber aus der Westentasche gezahlt. Der Noricum-Skandal, St Magdalen, der Salzburger Wohnbauskandal, bei der der

SPÖ-Politiker und Landeshauptmann-Stellvertreter Radlecker und der Salzburger Bürgermeister Resch zurücktreten mussten, Resch wegen falscher Zeugenaussage verurteilt, alles SPÖ, die es hier gegeben hat.

Oder SPÖ-Volkshilfe, dass Gelder für die sozialistische Wohlfahrtsorganisation Volkshilfe in Höhe von 6,2 Millionen Schilling ohne ordentlichen Verrechnungsnachweis erbracht werden konnten. Der Nationalbankskandal, oder der Fall Rechberger zum Beispiel, Arbeiterkammer Steiermark, Rücktritt und Parteiausschluss, der Fall Demel, der Fall Gratz, falsche Zeugenaussage, der Fall Blecha wieder zu neun Monaten bedingt verurteilt, jetzt ist er der Chef Ihrer Pensionisten.

Und ich erinnere mich sehr gut an den letzten Untersuchungsausschuss, in dem Augenblick, in dem der Name Blecha zur Sprache kam, im Zusammenhang damit, dass er nicht fotografiert werden durfte mit iranischen Waffenhändlern, war der Ausschuss zu Ende. Vielleicht wird auch da noch weiterzubohren sein, Herr Kollege Strobl. Amag-Desaster, Konsum-Pleite, BA-CA-Problematik, Bank Burgenland, BAWAG. Oder bleiben wir wieder in Wien, Prater-Vorplatz-Skandal in der Vergabe, Skylink-Skandal, AKH-Putzauftrag.

Ja, meine Damen und Herren von den Roten vor allem, Sie müssten ganz klein und im Mauselloch sein. Diese zig Milliarden, die hier vergaunert wurden, die haben Sie zu verantworten. *(Beifall bei der FPÖ.)* Es gab eine Reihe von sehr bedauerlichen Vorfällen, die auch strafgerichtlich aufgearbeitet werden, auch in der Zeit, aber eigentlich die Masse sogar nach der schwarz-blauen Regierung, in der Zeit der orangen Regierung, ja richtig, und die auch aufgedeckt gehören. *(GR Godwin Schuster: Das wird erfolgen!)* Das ist auch richtig.

Aber eines kann ich Ihnen auch sagen, den Kollegen von den GRÜNEN, die jetzt handeln mit den Roten: Diese FPÖ hat sich genau aus diesen Gründen damals von den Leuten getrennt. Das war der Grund für Knittelfeld. *(GR Godwin Schuster: Nein, nein!)* Das war der Grund für die Trennung. Und das tut Ihnen weh, weil Sie in der heutigen FPÖ niemanden finden und das ist ganz einfach Ihr Problem. Deswegen regen Sie sich auch über die Burschenschaften so auf, weil da war keiner drunter, und das tut Ihnen weh, und das freut mich. *(Beifall bei der FPÖ. - GR Dipl.-Ing Martin Margulies: So wie der Strache!)* Der ist ein Burschenschafter, und der ist bei keiner Kärntner Partei. *(GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Wurscht, es ist so!)* Er ist keiner, Herr Kollege, nein. Ja, richtig. *(Zwischenruf: So wie der Strache, der ist auch kein Burschenschafter!)* Nun, wollen Sie jetzt vielleicht behaupten, dass er in die Skandale verwickelt war, Herr Kollege? Überlegen Sie sich das gut. *(GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Nein, wurscht!)* Sie haben hier keine Immunität. Nun, Burschenschafter ist Gott sei Dank kein Verbrechen, das ist für mich eine Ehrenfrage. *(GR Johann Herzog: Sollte das ein Vorwurf sein!)* So, aber geh, reden Sie, was Sie wollen.

Sie kommen immer mit den berühmten „Was war denn meine Leistung?“. Ich lese Ihnen eine Liste vor. Nummer 1: Heinz Hufnagl, SPÖ. Nummer 2: Peter Florianschütz, SPÖ. Marianne Klicka, *(GR Godwin Schuster:*

Na, was ist denn mit der!) Harry Kopietz., Ernst Nevriyv, Katharina Schinner, Godwin Schuster, Gerhard Spitzer, Kurt Wagner, Kathrin Gaal, Baxant, Hatzl, Hursky, Laschan, Matzka-Dojder, Niedermühlbichler, Silvia Rubik, Schubert, Strobl, Holzmann, Deutsch, Karner-Kremser, Lindenmayr, Mayer. Ich höre dann eh schon auf, weil das geht weiter, alles SPÖ. Und wissen Sie, wer die sind? Das sind Wiens faulste Politiker. Was war denn Ihre Leistung, muss ich Sie fragen, wenn Sie so groß auf den Tisch hauen. *(Beifall bei der FPÖ. - GR Godwin Schuster: Das ist aus der Zeitung „Heute“!)* Ja. Aus der Zeitung „Heute“, die Herr Faymann mit 20 Millionen in der letzten Zeit subventioniert hat. Das ist es, Herr Kollege, genau. Ich entnehme es aus der Zeitung „Heute“. Das ist keine Erfindung der FPÖ, sondern das wurde von diesem Journalisten ermittelt, Herr Kollege.

Aber ich komme auch noch zu den GRÜNEN. Und jetzt hauen Sie uns nieder mit Ihren Erhöhungen. 33 Prozent Wasser, 8 Prozent Parken, 6 Prozent Abwasser, die Mieten werden demnächst folgen. Und alles das vor dem Hintergrund, dass außer bei den Boni der Spitzenmanager in den letzten Jahren in dieser rot-schwarzen Regierung mit rotem Bundeskanzler keine angemessene Erhöhung und Anpassung der Löhne oder Renten erfolgt ist, im Gegensatz zu Wahlversprechungen, die Sie in Massen gemacht haben, auch bei der Wien-Wahl.

Und jetzt lese ich Ihnen Worte Ihres geliebten Bürgermeisters vor. „Eines der Themenfelder, in denen wir von Anfang an große Übereinstimmungen in den Verhandlungen mit den GRÜNEN gefunden haben, ist der Sozialbereich und die Bekämpfung der in der letzten Zeit zunehmenden Armut. Höchste Priorität hat die Bekämpfung dieser neuer Armut für die Gruppen, die überproportional betroffen sind.“ Und dann sagt er auch: „Für Kinder entwickeln wir weiters ein Modell für eine Aktiv-Card, die den Zugang zu Sport, Kultur und außerschulischer Bildung fördert. Alle sollen in der Stadt die gleichen Chancen haben. Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.“

Nun, was sagen wir denn jetzt dazu? Diese Erhöhung, 33 Prozent, 8 Prozent, und so weiter. Wen trifft denn das am meisten? Nicht den Herrn Wlaschek, der badet sich deswegen auch nicht öfters. Es trifft die einfachen Leute am meisten, und das wissen Sie ganz genau. Und das tut Ihnen auch weh bei den GRÜNEN, und das ist auch gut, dass es Ihnen weh tut. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Von der Kinderaktivkarte haben Sie sich ohnedies schon verabschieden müssen, die ist ohnehin schon in die Wolken geschrieben, so wie die 100-EUR-Fahrscheine, und so weiter, da werden Sie uns einen anderen Schmah verkaufen wollen. Oder, statt des Herrn Bürgermeisters, damit er nicht zu kurz kommt, der GR Ellensohn: „Selten bin ich so gern an dieses Pult gegangen wie heute, das ist ein Freudentag für die GRÜNEN.“ Und dann kommt das Regierungsübereinkommen, das „sehr ambitioniert und ein großes Programm“ ist. Gesehen haben wir von dem großen Programm, außer ein paar Strichen, weißen Strichen auf der Fahrbahn, und etwas ausgerolltem Rasen gestern, noch nichts. *(GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Und Ihre Novomatic, das Klei-ne Glücksspiel!)* Dann sagt er: „Es braucht einen Kraft-

akt, damit man das finanziert.“ Ja, wo ist denn der Kraftakt geblieben? Weniger haben wir. Viel weniger. Schauen Sie sich auch die Voranschläge bereits in den Bezirken an. Es schaut elend aus um Wien, das ist die Realität. Aber er wünscht dem lieben Michi und der lieben Maria zusammen viel Spaß. Ja, sie mögen Spaß haben, das ist drinnen. Die Wiener lachen nicht bei diesen Erhöhungen, und vor allem nicht bei diesen leeren Versprechen.

Solarcity: in Wien werden 300 000 m² Kollektorfläche gebaut. Nun, wie viel haben wir denn bis jetzt? Ein großes Fotovoltaikkraftwerk will sie, wo ist denn was, bitte! Ein Jahr ist vorbei, 20 Prozent Ihrer Regierungszeit - wenn sie so lange dauert - sind vorbei. Nun, nix ist los. Basis dafür ist wichtig da. „Zehn Parks werden pro Jahr saniert.“ Das Einzige, was Sie zusammengebracht haben, war, 27 Dohnal-Birken zu setzen, aber keine 10 Parks sanieren pro Jahr, und so geht das weiter.

Ja, wir haben einen Uni-Beauftragten. Ja, wo ist er denn, der Uni-Beauftragte, das Phantom des Rathauses. Jetzt haben wir einen Radfahr-Beauftragten auch noch dazu. Mit den Beauftragten werden Sie Wien nicht sanieren, sondern nur zusätzliche Kosten verursachen. Das ist in Wirklichkeit die Realität, meine Damen und Herren. Und das sind alles Worte, die Sie gesagt haben.

Ja, das Wahlrecht wollten Sie auch reformieren. Wo sind wir denn, was tut sich denn? Aber geh, Sie haben keine Durchsetzungskraft, Sie sind das Beiwagerl, der Appendix dieser SPÖ, (*Beifall bei der FPÖ.*) die Ihnen nichts übrig lässt, die Sie sogar bei den Beamten ausrutschen lässt, die mittlerweile über Sie lachen. Wir leisten uns das alles, haben Sie gesagt, obwohl das Geld knapp ist. Na, ich weiß nicht, was Sie sich leisten außer den Herrn Van der Bellen, der hier überflüssig herumkrest. Na, bitte wo war er denn, wo ist denn sein Bericht, wo sind denn die ganzen zugesagten und versprochenen Sachen?

Und dann war noch die Frau Vassilakou, das habe ich noch gut aus der ATV-Diskussion in Erinnerung, die gesagt hat, dass das alles zu ändern sein wird. Dann hat man sie gefragt, nun, was werden Sie denn tun als Vizebürgermeisterin. Darauf sagt sie, das ist alles leicht zu finanzieren, alle ihre Versprechungen, hat sie gesagt. Zum Beispiel das Straßenbahnfahren verbilligt, das Fahren in den Öffis verbilligt. Sie hat gesagt, Wien hat ein Riesen-, ein Milliardenbudget, und das ist zu machen.

Ja, warum tun Sie es denn nicht, wenn es so leicht ist. Leere Versprechungen auf allen Bereichen und in allen Gebieten. Sie wurde dann auch angesprochen auf die Kritik mit den Inseraten, weil wir heute so viel darüber reden. Ich werde auf keinem Inserat aufscheinen, hat sie gesagt. Na, bitte schön, was ist das? Also, das ist nicht das Einzige. Das wissen Sie ganz genau. Ja, jetzt sind Sie still in der Runde. Das wissen Sie ganz genau. Sie reden, Sie reden, aber es kommt nichts. Es kann auch nicht viel kommen, weil kein Geld da ist. Weil diese rote Stadtpolitik Wien an den Rand des Abgrundes geführt hat. Dort, wo Linz jetzt schon beinahe ist, dorthin wird man, wenn Sie so weiterwirtschaften, kommen, meine Damen und Herren von der SPÖ. Das ist in Wirklichkeit

die Realität bei uns hier in Wien. Und dann inserieren Sie: „Das wollen ÖVP und FPÖ verkaufen, die Stromversorgung, das Wiener Wasser, Gemeindebau, Müllabfuhr.“ Ich weiß nicht, woher Sie das haben. Aber ich meine, in den Raum gestellt ist schnell etwas, so wie es Herr Kollege Strobl heute versucht hat zu tun. Das nimmt Ihnen ohnehin niemand ab, genauso wie Ihren unbegründeten Optimismus, dass die Wiener Sie wählen werden, Ihnen schon lange niemand mehr abnimmt.

Wissen Sie, wer es wirklich verkauft hat? Cross Border Leasing, SPÖ. Die SPÖ ist diejenige, die in Wirklichkeit, das muss ich Ihnen sagen, Wien verkauft hat. (*GR Heinz Hufnagl: Wenn man Kauf und Miete nicht unterscheidet!*) Der Herr Bürgermeister ist heute nicht da, weil er die Worte der Vertreter dieser Stadt nicht hören kann und nicht hören will. Er will die Worte der Vertreter der Bürger nicht hören, er will das nicht hören, was die Bürger sagen. Er wollte nicht einmal hören, was ihm seine Funktionäre sagen.

Jetzt sind wir beim Kleinen Glücksspiel, man hat es ihm aber aufs Auge gedrückt, obwohl der Herr Klubobmann was anderes gesagt hat und gemeint hat, ja, das ist ganz was anderes, was der Parteitag hier sagt, das zählt hier nicht, und obwohl der Herr Bürgermeister was anderes gesagt hat und die Frau StRin Brauner was anderes gesagt hat. Und dann kam es plötzlich anders. Ihr habt im Hinterkopf, wir haben noch vier Jahre Zeit, oder noch zwei Jahre Zeit, da können wir vielleicht noch was mauscheln.

Es wird ihnen wahrscheinlich nicht gelingen. (*GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Ihr wollt das Kleine Glücksspiel!*) Aber eines zeigt es: Dieser Riss, dieser Riss im angeblichen Denkmal des Herrn Bürgermeisters, zeigt den Zustand der SPÖ, sie bröseln und bröckeln an allen Enden und das Denkmal Häupl wird stürzen, und zwar bald. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Hufnagl zum Wort gemeldet, ich erteile es ihm.

GR Heinz **Hufnagl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

Wir wurden soeben mit zwei freiheitlichen Wortspenden bedacht, die ich wie folgt zusammenfassen und reflektieren möchte:

Der Klubvorsitzende hat bereits gestern sein Niveau ausreichend dokumentiert, indem er der Zeitung „Heute“ ein Interview gegeben hat, Überschrift: „Eklat! FPÖ vergleicht Brauner mit einer Drogensüchtigen.“ Im Text - und es soll hier in aller Schande durchaus nicht verborgen bleiben: „Was Brauner da macht, ist Beschaffungskriminalität eines Drogensüchtigen oder Spielers.“ wettet Klubobmann Gudenus und weiter: „diese gemeingefährliche Frau muss gestoppt werden.“ Dazu kann ich nur sagen, tief, tiefer, Gudenus.

Nächster Punkt: Kollege Jung ist sich in gewohnter Manier treu geblieben. Mit der schrillherben Schamhaftigkeit eines Kasernenhofes hat er uns hier an und unter der Grenze der Wahrheit wiederum seine Standpunkte

kommuniziert und dabei jegliche selbstkritische Reflexion der Freiheitlichen, für die es in diesen Tagen Stoff ohne Ende gäbe, konsequent ausgeklammert. Ich werde in meinen Ausführungen dazu noch ausreichend Stellung beziehen. *(GR Johann Herzog: Sind Sie überrascht!)*

Meine Damen und Herren, in der auf Verlangen der ÖVP stattgefundenen Sondersitzung des Umweltausschusses vom 9. September befasste sich die schwarzblaue Opposition ausschließlich mit der angekündigten Erhöhung der Wassergebühr. Alle anderen angedachten Valorierungen sind offensichtlich von einer Wertigkeit, dass sie nicht einmal einer Stellungnahme in einer Sondersitzung seitens ÖVP oder FPÖ wert waren. Lassen sie mich daher zur Versachlichung der Diskussion einige Daten und Fakten zu eben dieser kritisierten Wasserversorgung und ihrer finanziellen Sicherstellung ansprechen:

Die MA 31, die Wiener Wasserwerke, sind dafür verantwortlich, mehr als 3 000 km Rohrnetz allein in Wien zu servicieren, des Weiteren 330 km zubringende Hochquellleitungen, 800 km Anschlussleitungen zu den 102 000 Wiener Wasserzählern und sie sind zuständig für 70 Wasser – und Quelfassungen, allein im steirisch-niederösterreichischen Kalkalpengebiet, 20 weitere davon im Bereich von Wien, Moosbrunn, Lobau und Nußdorf seien hier nur angeführt, 82 km Gebirgsstollen mit allen ihren ökologischen Schwierigkeiten sind zu betreuen, 19 Talquerungen, 24 Pumpwerke, 31 Wasserbehälter, 130 Aquädukte mit hohen denkmalpflegerischen Auflagen und nicht zuletzt 12 000 Hydranten im gesamten Wiener Stadtgebiet, die nicht nur zur Straßenreinigung der 48er, sondern auch zur Arbeit der Berufsfeuerwehr eine entsprechende Dienstleistung erbringen. Diese weltweit einzigartige Versorgung Wiens mit bestem Hochgebirgsquellwasser wäre jedoch ohne behutsame Pflege der größtenteils im Besitz der Stadt Wien befindlichen Quellschutzwälder im Gebiet Rax, Schneeberg, Schneealpe und Hochschwab völlig unmöglich. Erst der kongeniale Zusammenhalt, dieses Zusammenwirken der Wasserwerke mit den dortigen Revieren des Forstamtes der Stadt, sichert und schützt nachhaltig die gleichermaßen legendäre wie konstante Wiener Wasserqualität. Und der ständige Versuch der Opposition - und jetzt schau ich in die Richtung der Österreichischen Volkspartei und ihrer diesbezüglichen Presseaussendungen - die Wassergebühr in Wien ausschließlich mit einer simplen Einnahmen- Ausgabenrechnung des Wasserwerkes zu definieren, ist daher bewusste Irreführung, entbehrt jeder Sachlichkeit, ist vorsätzlich unvollständig und muss als politischer Unfug strikt zurückgewiesen werden. In Ansehung der bestens funktionierenden Zusammenarbeit der Magistratsabteilungen 31 und 49 ist es wohl angezeigt, den rund 600 Beschäftigten der Wiener Wasserwerke und den zahlreichen Mitarbeitern des Forstamtes, auch namens der Wiener Bevölkerung, den Dank des Gemeinderates für ihre exzellente Arbeit zum Ausdruck zu bringen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren, wie wir wissen, ist die Wassergebühr seit 16 Jahren nicht angehoben worden, die Personal- und Verwaltungskosten, aber leider auch

die Erhaltungs- und Investitionsausgaben sind zwischenzeitlich um fast 40 Prozent gestiegen. Daher nimmt sich die angekündigte Erhöhung der Wassergebühr auf den ersten Blick in Prozenten relativ hoch aus. Was jedoch die Bürgerinnen und Bürger in Wien interessiert und was zählt, sind nicht Prozentsätze, sondern die tatsächliche Auswirkung auf die Brieftasche der Menschen. Die Statistik Austria hat penibel und seriös errechnet, dass die Erhöhung durchschnittlich 1,70 EUR pro Monat und Kunde ausmachen wird, wobei Konsumenten in Mehrpersonenhaushalten deutlich geringer belastet werden als Singles in Einfamilienhäusern. Und diese, bereits jetzt im System implizierte soziale Staffelung ist gewollt, ist vorsätzlich und sie wird auch von der rot-grünen Stadtregierung so weitergelebt.

Auf den Punkt gebracht: Für den Preis einer einzigen Flasche Mineralwasser, etwa an der Tankstelle oder in der Gastronomie erworben, werden die Einrichtungen der Wiener Wasserversorgung ertüchtigt, um auch in Zukunft den Wienerinnen und Wienern bestes Hochgebirgsquellwasser nachhaltig servicieren zu können. Ein Preis oder ein Umstand, der dem Verständnis der Menschen dieser Stadt, erst recht unserer Gäste, aber offensichtlich nicht der kleingeistigen Opposition dieses Hauses entspricht. *(Beifall bei der SPÖ. - GR Mag Wolfgang Jung: Oh!)*

Wie gehen nun ÖVP und FPÖ mit dieser unausweichlich notwendigen Valorisierung um? Die Volkspartei kündigte durch ihre wegen fulminanter Erfolglosigkeit schon wieder in die Bundespolitik verschwundene Partei- und Klubvorsitzende Christine Marek einen Misstrauensantrag gegen Frau StRin Ulli Sima an, bis heute ist diese Ankündigung jedenfalls von keinem ÖVP-Politiker widerrufen worden. Wie gerechtfertigt ist oder wäre möglicherweise ein Misstrauen als stärkste Waffe dieser Opposition, gegen eine Umweltstadträtin, die Wiens Rolle als Umweltmusterstadt bei Luft, Wasser, Boden und Abfallwirtschaft weiterentwickelt, die vielfache Erziehungsarbeit in Sachen Umweltschutz auf Schiene gebracht hat, die Wiens Vorreiterrolle gegen die Atomenergie geradezu persönlich verkörpert, gegen eine Stadträtin, die bei der Formulierung des umfangreichen Klimaschutzprogramms II politisch federführend war und deren Umsetzung jetzt ausreichend unterstützt und begleitet, gegen eine Stadträtin, die nicht zuletzt auch, wie uns einige Statistiken zeigen, einen erfolgreichen Kampf gegen Feinstaub führt.

Lassen sie mich diese eher rhetorische Frage durch internationale Experten beantworten: Sehr zum Missfallen der Opposition hat die weltweit tätige Beratungs- und Rating-Agentur William M Mercer 2009 und 2010 Wien unter 214 erhobenen Großstädten weltweit zum Weltmeister der Lebensqualität erklärt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Der heilige Mercer hat sich sehr gefreut!)*

So, Kollege Jung, als ob diese 34 angewendeten Kriterien ausschließlich für die Lebensbereiche von Managern und Vorstandsdirektoren wären, versuchen Sie seit Jahr und Tag, diese Mercer-Erkenntnisse kleinzureden und damit eine hochseriöse Erhebung zu bagatellisieren. Aber, welch ein Pech für die Opposition, kaum haben die

notorischen Schlechtredner Wiens den Mercer-Brocken einigermaßen schlecht verdaut, landet im August die nächste renommierte Studie auf unseren Tischen. Die in London ansässige Organisation Economic Intelligence Unit hat bei ihrer kritischen Analyse von 140 Metropolen vor allem Umwelt- und Kulturaspekte berücksichtigt. Die New York Times meint dazu kritisch, bei dieser Studie seien vor allem Englisch sprechende Großstädte bevorzugt worden, dennoch landet Wien mit 97,5 von 100 möglichen Punkten, nur einen Zehntel-Punkt hinter Melbourne, auf Platz 2.

Und zu allem Überdross für die vereinigte Opposition in diesem Rathaus haben vier deutsche Umweltorganisationen die erfolgten Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität gemessen. Dabei wird uns bestätigt, dass wir auf hohem Level beginnen und die notwendigen Maßnahmen zu 80 Prozent verwirklicht haben, während das ÖVP-geführte Graz nur einen Umsetzungsgrad von 64 Prozent erreicht hat. Dass Wien für sein nachhaltiges Beschaffungswesen, genannt ÖkoKauf Wien, erst kürzlich den United Nations Habitat Dubai Award erhalten hat, nämlich als innovativstes großstädtisches Programm, rundet das Bild nur ab.

Fazit von alledem: Wien wäre völlig falsch beraten, im Widerspruch zu all diesen ausgewiesenen Erfolgen auf seine Umweltstadträtin zu verzichten, vielmehr könnten sich viele österreichische Städte, aber erst recht zahllose internationale Metropolen glücklich schätzen, für ihre Umweltbelange eine fachlich derartig versierte und vielfach erfolgreiche Stadträtin von der Marke der Frau Mag Ulli Sima zu besitzen.

Was immer die in ihrem absoluten Selbsterstörungs- und Zerfalltrip befindliche Wiener ÖVP angekündigt hat oder vielleicht auch heute noch einbringt, Frau StRin Sima hat genauso wie Frau StRin Renate Brauner und die übrigen Mitarbeiter der rot-grünen Stadtregierung das uneingeschränkte Vertrauen der Sozialdemokratie, und jeder Oppositionspolitiker, der sein Beurteilungsvermögen einigermaßen objektiv bewahrt hat, müsste dies fairerweise genauso sehen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜ-NEN.)*

Einige wenige Sätze, meine Damen und Herren, zum leicht vorhersehbaren Reflex der FPÖ: Während die Gemeinderats- und Umweltneulinge Guggenbichler und Unger in ihrer Aussendung vom 6. September die Wassergebühr von Klagenfurt - ich sag einmal - bewusst falsch darstellen, indem Sie auf die dortige, von den Konsumenten überhaupt nicht beeinflussbare Grundgebühr einfach vergessen, spricht Kollege Guggenbichler am 8. September, also nach der Umweltausschusssitzung, in treudeutscher Kampfgemeinschaft mit seinem Klubobmann Gudenus bereits von Sittenwidrigkeit, Abzocke und Abkassieren.

Jawohl, meine Damen und Herren von der FPÖ, ich muss Ihnen partiell recht geben. In der Tat gibt es in der österreichischen Innenpolitik massive, ja geradezu unfassbare Formen von Sittenwidrigkeit und Abkassieren in Österreich, und ich will Ihnen auch die Handlungsfelder dafür nicht vorenthalten: Eurofighter-Kauf, Privatisierung von 60 000 Bundeswohnungen, - genannt BUWOG-

Skandal - Gefälligkeiten bei der Telekom vor und nach deren Mehrheitsprivatisierung, und als vorläufiges, letztes unfassbares Handlungsfeld die Bestellung des digitalen Blaulichtfunknetzes. Und die dabei ins moralische Zwielfeld geratenen und auch bereits in gerichtliche Untersuchungen verwickelten Hauptpersonen will ich Ihnen nicht vorenthalten: FPÖ-Generalsekretär, Nationalratsabgeordneter und mittlerweile sattem bekannter „Was war mei Leistung“-Titan Walter Meischberger, FPÖ-Werbeagenturchef und millionenfacher Geldbezieher Gernot Rumpold, FPÖ-Immobilienexperte und Multi-aufsichtsrat Ernst Karl Plech, FPÖ-Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, getreu seiner Devise „Die Beschten aus dem Weschten, für die Poschten im Oschten“, oder, Kollege Ellensohn, der mir mein schlechtes Vorarlbergerisch ein bisschen nachsehen wird, vielleicht hat er gesagt, ein bischerl a Geld von der Tölekom, kaun für an Ex-Vizekanzler durchaus ordentlich sein, FPÖ-Bundesminister Herbert Scheibner, mittlerweile nur mehr als Selbstverteidigungsminister unterwegs, FPÖ-Kurzzeitminister, Biobauer und trotzdem exzellenter Telekomberater Mathias Reichhold, FPÖ-Nationalratsabgeordneter und Schlangenlinienfahrer auf der Kärntner Autobahn, Reinhard Gaugg, FPÖ-Nationalratsabgeordneter Klaus Wittauer. Nun, der hat es überhaupt am unverschämtesten gemacht. Während andere noch versucht haben, durch irgendwelche Zwischenschaltungen, Firmenverschachtelungen, verdeckte Geldströme, ihre Nehmerqualitäten zu kaschieren, hat sich Herr Wittauer, der zwar nur 6 Jahre im Nationalrat war, gleich einmal 18 000 EUR, also die Gage von drei Wiener Landtagsabgeordneten, von der Telekom Austria unverschämterweise monatlich auf sein Konto überweisen lassen. Herzlichen Dank dafür und last but not least, wir wollen ja nicht ungerecht und unvollständig sein, der Rekordhalter der Unschuldsvormutung in Österreich ist der vormalige FPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter, Vizekanzler und Finanzminister Karl-Heinz Grasser.

Meine Damen und Herren von der FPÖ, und das sage ich als einer, der nahezu drei Jahrzehnte gelebte Politik in diesem Haus erlebt hat: Wenn Sie jemals wieder gegen Sittenwidrigkeit und Abkassieren einigermaßen glaubhaft auftreten wollen, dann ändern sie das Rekrutierung ihrer Partei radikalst, denn ein Kapperl tragen und einen Degen dazu oder beim Turnerbund sein, ist noch keine Qualifizierung für einen korrekten, für einen sauberen Politiker. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Kehren Sie den Mist vor Ihrer Parteitür. Ich glaube, die MA 48 wird dafür ein spezielles Sonderprogramm zur Entsorgung entwickeln müssen. Als Letztes ein gut gemeinter Tipp. *(GR Mag Wolfgang Jung: Braun, Androsch! GR Johann Herzog: Der Bundeskanzler!)*

Ich bewege mich in der jüngsten österreichischen Innenpolitik. *(GR Johann Herzog: Ja, Faymann!)* Wenn Sie sich einigermaßen in Ansehen Ihrer gloriosen Parteifreunde beruhigt haben, gebe ich Ihnen einen letzten, ernstgemeinten Tipp: Was Sie in Kärnten geschafft haben - und bleiben Sie ganz ruhig, ich meine nicht die Bankrotterklärung unseres südlichsten Bundeslandes, ich meine nicht die Zahlungsunfähigkeit der dortigen

Hypobank, sondern ich sage, was Ihnen in Kärnten geglückt ist, die Zusammenführung von Blau und Orange, der Unterschied war ohnedies nur marginal, und historisch begründet ist es immer eine Einheit gewesen. Was Ihnen in Kärnten geglückt ist, sollten Sie auch österreichweit angehen. Machen Sie einen Wiedervereinigungsparteitag von der FPÖ mit dem BZÖ, mieten sie dafür den größten Wartesaal der neuen Korruptions- und Wirtschaftsstaatsanwaltschaft, denn das hätte zwei Vorteile. Sie brauchen für den Parteitag keine Saalmiete zahlen und die Staatsanwälte hätten die komprimierteste Form, zeitökonomisch alle dubiosen Fälle der jungen Vergangenheit befragen zu können. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

So schaut's aus im blauen Haus. In dem Sinn danke ich der FPÖ sehr, sehr herzlich für die heutige Sondersitzung und bevor ich zu meinem Schlusssatz komme, sei abschließend festgehalten: Alle Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, alle in dieser Stadt von einer international einmaligen Qualität erbrachten Serviceleistungen für die Wienerinnen und Wiener und die Gäste dieser Stadt, die von Jahr zu Jahr mehr werden, ob es der öffentliche Verkehr, die Ver- und Entsorgung mit Gütern und mit Dienstleistungen ist, ob es ein vorbildliches Schulsystem ist, wo Ihre reaktionären Freunde im Bund noch immer im Zusammenwirken mit der ÖVP blockieren, ob es um eine ökologische Kreislaufwirtschaft geht, oder ob es um eine Wasserversorgung geht, um die uns alle Welt beneidet, wir werden mit Augenmaß für die soziale Symmetrie die notwendige Mittelbeschaffung sicherstellen, Sie können dabei bleiben, die Menschen zu spalten, Hass zu säen, penetrant zu sein, Politiker zu beleidigen ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** *(unterbrechend)*: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen, ich bitte um dem Schlusssatz.

GR Heinz **Hufnagl** *(fortsetzend)*: Danke, Herr Vorsitzender. Das ist die Rollenteilung in diesem Haus, die wir gerne erleben. Verantwortung auf dieser Seite, Polemik und Hass auf der anderen. Ich danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Walter zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Norbert **Walter**, MAS *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Damen und Herren!

Wenn Kollege Hufnagl sagt, die Polemik ist auf dieser Seite und die Arbeit ist auf dieser Seite, dann frage ich mich, wieso Sie sagen, die Besten aus dem Westen für die Posten im Osten. Ich denke, die Herkunft, und Sie sind ja immer so stolz drauf, dass Wien so vielfältig ist, so viele Nationen in Wien leben und so weiter, dann frage ich Sie, wieso sie etwas anziehen. *(GR Heinz Hufnagl: Das war ein Originalzitat!)* Das ist aber wurscht, das ist wahre Polemik und das ist in Wahrheit genau, was ihr in der Politik macht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wann Holy Mercer permanent bedient wird. Ich glaube, wir werden den Holy Mercer statt des Rathausmanns aufhängen oder aufstellen. Ich glaube, das wäre

so die beste Art, auf den Holy Mercer auch gebührend einzugehen. Seien wir uns doch ehrlich, ja, wir leben in einer schönen Stadt, aber dazu tragen nicht nur Sie bei, sondern die Menschen in dieser Stadt, die für diese Stadt arbeiten. *(Beifall bei der ÖVP. - GRin Nurten Yilmaz: Ja, das stimmt!)*

Wenn Frau StRin Sima angesprochen worden ist, ich glaube, sie hätte auch mindestens einen Orden verdient. Vielleicht könnte man sie neben den Holy Mercer hinstellen, weil in Wahrheit, weil Sie das so betont haben, Herr Hufnagl, dann glaube ich, sie macht alles superrichtig. Und keine Sorge, ich schätze das, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MA 31, der MA 49 und so weiter, tun. Das ist keine Frage, aber Sie wissen auch, es gibt genügend Berichte, dass uns allein die Quellschutzbewirtschaftung und so weiter, sehr viel Geld kostet, mehr als in anderen Gebieten Österreichs. Aber es wird auch in anderen Gebieten Österreichs gemacht und da kostet es ein bisschen weniger, im Vergleich dazu. Und jetzt frage ich mich, wo ist die Differenz hingegangen. *(GR Heinz Hufnagl: Die Quellen und die Nutzung liegen weiter auseinander als in Tirol!)* Das ist auch richtig, aber Sie wissen ganz genau, Kollege Hufnagl, Sie wissen ganz genau, dass wir ja fast 45 Millionen EUR Überdeckung haben. Und jetzt frage ich Sie, was ist eine Gebühr. Eine Gebühr bezahlt man für das, was man bekommt. Es ist ja keine Steuer in dem Sinn, sollte man glauben. Aber vielleicht ist das deshalb notwendig, weil man ja das Kleine Glücksspiel abschafft, haben wir jetzt gehört und gelesen in der Zeitung - es macht in etwa die 50 Millionen EUR aus im Jahr - sodass man da dann Mindereinnahmen haben wird. Jetzt denk ich mir, vielleicht müssen wir es über diese Art einheben. Aber seid mir nicht böse, allein wenn der Rechnungshof kritisiert, dass hinter diesen Gebührenanhebungen keine echte Kostenkalkulation steht. Auch wenn der Rechnungshof die Kameralistik heranzieht, aber betriebswirtschaftlich nachvollziehbar ist das Ganze nicht.

Und jetzt sagt mir bitte einen Grund dafür: In einer Zeit, in der sowieso alle nervös sind - ob das die Aktienmärkte sind, ob das die wirtschaftlichen Daten sind -, in der die Menschen, wie Sie immer behaupten, ohnedies nichts haben, gehen Sie her und ziehen ihnen noch einmal das Geld aus dem Taschl. Bei einer Wohnung mit in etwa 80 m² bedeuten all die Gebührenerhöhungen 100 EUR im Jahr an Mehrkosten. Für diejenigen, die es nicht haben, ist das viel Geld! Bei denen, die es haben, ist es ohnedies egal.

Und jetzt erklärt mir, bitte schön, warum das notwendig ist! Bringen Sie einmal dieses Argument vor – anstatt nur über Schwarz-Blau zu polemisieren und zu sagen, von 2000 bis 2006 ist sowieso alles schlecht gewesen! Ich frage mich ja nur, warum man nicht auch einmal die Kreisky-Zeit schlechtredet, denn da gab es genug Skandale - es wurden heute ohnedies schon ein paar Minister genannt, die verurteilt worden sind. Bis jetzt ist noch keiner von jenen aus der schwarz-blauen Regierung, die Minister waren, verurteilt worden! Das schauen wir uns einmal an. Lassen wir die Gerichtsverfahren kommen, aber ziehen wir nicht immer Dinge heran, die nicht wahr

sind! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Manchmal kommt mir das ein bisschen so vor, wie Jean-Baptiste Colbert einmal gesagt hat: „Steuern oder Gebühren einzuheben heißt, die Gans so zu rupfen, dass man möglichst viele Federn mit möglichst wenig Gezisch bekommt.“ Aber ich glaube, gerade wir in der Opposition sind auch dazu da, aufzuzeigen, dass man manche Dinge so nicht machen kann.

Wenn ich mir heute ein paar der ausgelagerten Firmen der Stadt Wien anschau, wenn ich mir manche Fonds anschau, dann gibt es da neue Geschäftsführungen, die plötzlich mit Dienstautos fahren. Ich habe kein Problem mit einem Dienstauto, aber warum ein Fondsgeschäftsführer mit einem Dienstauto fahren muss, das frage ich mich. Das ist bisher nicht der Fall gewesen. Ich frage mich, wieso man das tut in Zeiten, in denen wir alle den Gürtel ein bisschen enger schnallen müssen. Da sagt keiner was! - Aber ist ja egal. Wir nehmen es ohnedies den Bürgern wieder aus der Tasche. Das geht schon.

Lassen Sie mich zum Thema Wohnen noch Folgendes sagen: Auch in den 220 000 Gemeindewohnungen – Kollege Ellensohn ist gerade nicht im Saal anwesend – werden die Mieten jetzt erhöht, das ist richtig. Aber wissen Sie, was dort mittlerweile das meiste ausmacht und wo die Kurve am stärksten nach oben geht? Das ist bei den Betriebskosten! Und es ist nicht allein das Wasser, sondern die Müllgebühren und, und, und: das Gas, der Strom. Der Gaspreis wurde in diesem Jahr schon zwei Mal erhöht. Und jetzt frage ich Sie: Wo bleibt da Ihr soziales Gewissen? Wo bleibt es? Wo bleibt der große Aufschrei? – Na, es ist verdammt ruhig. Ich denke, meine Bemerkung wird passen.

Ich glaube jedenfalls, wenn wir es ernst meinen und auch die Diskussion halbwegs ernst nehmen, dann sollten wir an eines denken, an etwas, was ich, aus einem Dorf kommend, wo Krisen stattgefunden haben, gelernt habe: Dort sind die Menschen nicht auseinandergerückt, sondern sie sind zusammengerückt. Und ich glaube, das ist auch die Aufgabe gerade einer Regierungspartei: Dinge so zu handhaben und wegzukommen von der Polemik und nicht zu behaupten, die Opposition mache nur Polemik. Wir sind dazu da, um die Dinge auch aufzuzeigen und zu kontrollieren. Aber wenn ihr ein bisschen mehr Herzblut und ein bisschen mehr Mumm habt, dann geht auf die Opposition zu! Da geht man auf die Argumente ein und versucht, das Beste daraus zu machen. Das wäre Ihre Aufgabe - und nicht, dazustehen und zu sagen, die sind ohnedies wurscht, die brauchen wir in Wahrheit ohnedies nicht, die sind ohnedies nur polemisch. Das ist nicht der Stil, mit dem ich hier gerne Politik machen möchte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn wir den Holy Mercer noch einmal bedienen und die Holy Ulli Sima, dann sage ich Ihnen auch eines: Ja, es geht uns noch gut in dieser Stadt, vielleicht dem Einzelnen da und dort nicht so gut, und in Summe wird es schon passen, aber wenn wir uns nicht bald mehr anstrengen, vor allem Sie von den Regierungsfractionen und gerade auch die grünen Kolleginnen und Kollegen, dann könnte sich das bald ändern. Ich meine, ich kann

mich erinnern, was Maria Vassilakou gesagt hat: Nein, das ist ein Witz und das ist unsozial, und das Valorisierungsgesetz gehört abgeschafft! – Heute aber verteidigt ihr von den GRÜNEN es in hohem Maße und als Allererstes! Ihr wisst ganz genau, dass das mit dem nichts zu tun hat. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Der Unterschied war: Wir haben 350 Millionen EUR Überschuss gehabt!)* – Und was haben wir jetzt? Was haben wir jetzt beim Wasser und beim Müll? *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Die Stadt Wien muss sich doch irgendwie finanzieren!)* Aber dann geht her und sagt, ihr braucht das Geld für das allgemeine Budget und nicht für die Investitionen im Wasserbereich! Das ist Heuchelei! Das ist nicht wahr! *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.)* Was passiert denn sonst? Ins allgemeine Budget geht es, na sicher! Lest den Rechnungshofbericht! Lest ihn! *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das ist eine Frage der Kostendeckung! Und nicht: Wir brauchen Geld fürs allgemeine Budget! - Das ist für die Investitionen!)* Das ist ja nicht wahr! Lies bitte den Rechnungshofbericht! Ich glaube, du hast ihn nicht einmal angeschaut, denn da steht genau das drinnen. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sollen wir sanieren und austauschen oder nicht?)* Na geh, komm!

Sei mir nicht böse! Schau, es ist ja einfach: Wenn ich die Kuh melken will - solange sie Milch gibt, kann ich sie ohnedies melken, aber wenn sie keine mehr gibt, dann ist sie auf gut Deutsch „Gold“. Und dann wünsche ich dir viel Glück. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was macht ihr mit dem Geld? Wo bleiben die Investitionen für die Zukunft? Wo sind die Betriebsansiedlungen, die Arbeitsplatzgeschichten? Wo ist das? Zeig her! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man liegt im Faulbett und lehnt sich zurück, und ihr tut so, als sei alles super. Das ist nicht wahr! *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Alles leeres Gewäsch von Ihnen!)* Ja, ja, genau, „leeres Gewäsch“. Was ist leeres Gewäsch? - Lies bitte den Rechnungshofbericht und erkläre mir das! Weißt du, was da drinnen steht? *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ein Rechnungshofbericht ist ein Bericht über die Vergangenheit, kein Zukunftsbericht! Einigen wir uns darauf?)* - Nein, nichts! Nein, nein, nein! *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Na, was steht drinnen?)* – Na, was? *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Er beschreibt, wie die Situation war, und nicht ...)*

Und glaubst du, jetzt ist es besser? Was habt ihr denn schon geändert daran? Was habt ihr konkret geändert auf Grund der Empfehlungen aus dem Rechnungshofbericht? - Ich kenne bis heute keine Kostenkalkulation, weder beim Wasser noch beim Müll noch bei sonstigen Dingen. Zeigt mir diese! Legt sie vor, zeigt sie her! Und dann können wir darüber reden. Aber so geht es nicht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jetzt noch ein Letztes, und damit komme ich schon zum Schluss. Jetzt muss ich noch einen Spruch bedienen: Bei der Schafschur und bei den Steuern sollte man aufhören, sobald man die Haut erreicht. - Das merkt euch! - Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Ing Guggenbichler.

Ich erteile ihm das Wort.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich hätte mir gewünscht, auch den Bürgermeister und die Stadträte heute begrüßen zu dürfen, aber leider ist uns das nicht vergönnt. Der Herr Bürgermeister hat im letzten Jahr noch einen schönen Satz gesagt - da haben wir noch etwas von ihm gehört, das war ja noch vor der Wahl -, nämlich: „Wir müssen aus der Krise hinausinvestieren und dürfen nicht in die Krise hineinsparen.“ – Zitat Häupl, 2010.

Ein Motto eines Bürgermeisters, das für vieles gilt, nur nicht für seinen eigenen Einflussbereich! Das Motto manifestiert sich etwa in einer Reduktion im sozialen Bereich, wo zum Beispiel der Bus für die Ausflugsreisen - wir haben das schon angesprochen - für Kinder mit Einschränkungen eingespart wurde. Dieser Bus wurde vom Stadtrat mit dem kalten Herzen Oxonitsch eingespart, und ich darf Ihnen mitteilen: Gestern wurde in Währing in der Bezirksvertretungssitzung ein Antrag von den Freiheitlichen eingebracht, dass dieser Bus wieder in Betrieb genommen wird - und dieser Antrag hat gestern einstimmige Zustimmung gefunden, meine Damen und Herren.

Da bitte ich den Herrn Oxonitsch schon, sich das zu überlegen, wenn auch seine eigene Fraktion in Währing der Meinung ist, dass es nicht möglich ist, mit solcher sozialer Kälte über die Bürger drüberzufahren. Sie sagen die ganze Zeit, Sie brauchen die Gebührenerhöhung, um die Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Aber was tun Sie? Sie sparen bei den Ärmsten der Armen. Sie sparen bei denen, die sich selbst nicht helfen können. Sie sparen bei denjenigen, wo Sie einfach die Möglichkeit haben zu sparen - und das ist schäbig und das finde ich nicht in Ordnung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ein zweites Beispiel ist der Wiener Pferdeschutzverband, gegenüber dem Wien ja eine besondere Verpflichtung hat, da von ihm die Pferde übernommen wurden, mit denen die Stadt Wien nicht mehr zu Rande gekommen ist. Denen haben Sie auch die beantragten Förderungen auf die Hälfte reduziert.

Oder, wie schon hin und wieder von mir angesprochen, die Reduktion der Investitionen in den U-Bahn-Bereich! Sie sprechen die ganze Zeit vom Ausbau der sozialen Infrastruktur und der Infrastruktur in dieser Stadt. Sie haben im Jahr 2011 um 20 Millionen EUR weniger für die Investitionen im U-Bahn-Bereich veranschlagt. Hier gilt das Motto, dass die Stadt sich aus der Krise hinausinvestiert?! - Das Motto gilt nicht für die Stadt! Dieses Motto gilt für die 300 000 Ärmsten der Armen, die an oder unter der Armutsgrenze liegen. Das ist das rote Herz, das kalte rote Herz, das wir in dieser Stadt erleben dürfen! Denn diese Armen dürfen in Ihre Misswirtschaft hineininvestieren. Das machen Sie gnadenlos!

Ich darf es Ihnen kurz erläutern: Eine Erhöhung des Wasserpreises um 33 Prozent - Sie haben heute versucht, es mit Eurobeträgen herunterzuspielen - bei einem Arbeitsplatzmangel, dank Michael Häupl. Denn man

bedenke: Seitdem Michael Häupl seine Regierungsfunktion inne hat, gibt es 35 000 Arbeitsplätze weniger in dieser Stadt. Wenn man es mit anderen Bundesländern in Vergleich setzt: Dort wurden 175 000 geschaffen! Frei nach dem Motto: Je weniger Arbeit, desto mehr Gebühren! - Das ist das Motto der Wiener Roten.

Ist das in Zukunft der sozialistische Ansatz für die Gesellschaft in Wien? Liest man einen Rechnungshofbericht, so ist dieser in mehreren Bereichen sehr aufschlussreich. Ich weiß, die Zahlen gefallen Ihnen nicht sehr. Da steht nämlich drinnen - und Sie behaupten die ganze Zeit, Sie haben in diesem Bereich keine Gewinne gemacht -, dass Sie dort hunderte Millionen von Gewinnen gemacht haben, die im Zentralbudget versunken sind und in linker Klientelpolitik und in Spekulationsverlusten. Wir haben Ihnen das heute schon ein bisschen dargelegt.

Frau StRin Brauner, nur zur Aufklärung: Sie spekulieren nicht mit Ihrem Privatgeld, sondern Sie spekulieren mit den Geldern der Wienerinnen und Wiener! Die sollten Sie aber sinnvoll einsetzen für ihre Anliegen und Bedürfnisse. Sagen Sie uns, Frau StRin Brauner - sie ist leider nicht da, aber Sie können es ihr vielleicht ausrichten -: Wo sind diese hunderten Millionen, die Sie an Gewinnen erwirtschaftet haben, in den letzten Jahren geblieben? Sie sind nicht bei den Wienerinnen und Wienern angekommen. Aber Sie haben sie von ihnen kassiert. Und jetzt wollen Sie noch mehr kassieren. Eine reine Gewinnmaximierungsmaßnahme ist diese Gebührenerhöhung, und sie hat nichts mit dem Ausbau der Infrastruktur und der sozialen Infrastruktur in dieser Stadt zu tun. Aber die Wiener wollen es wissen - ich habe ja einen Nachredner von der sozialistischen Fraktion, vielleicht kann er es uns erklären -, wo die Millionen der letzten Jahre geblieben sind, die Sie den Wienern aus der Tasche gezogen haben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber wie agieren Sie? Wenn man Sie fragt, wie viel Sie in Inserate investiert haben, bekommt man die lapidare Antwort: Es ist zu kompliziert, das alles aufzuschlüsseln. - Inserate sind in der SPÖ sehr bekannt und sehr beliebt. Da sollen Sie sich schon auch überlegen, wenn das alles so kompliziert ist, wie Sie hier agieren, wie Sie hier in diesem Haus mit den demokratischen Rechten umgehen. Überlegen Sie sich, wie Sie mit den Bürgerrechten in dieser Stadt umgehen!

Sie stellen sich auch hin und sagen, Sie haben 500 Millionen EUR Mindereinnahmen. Das ist gelebte Sozialdemokratie, denn Sie wissen ganz genau, dass wir zwar eine Inflation hatten, aber auch einen massiven Kaufkraftverlust, weil keiner der Bürger diese Inflation in seinen Gehältern wieder bekommen hat. Sie drehen an dieser Schraube der Kaufkraftminimierung. Das ist nicht in Ordnung! Sie gehen hinaus und machen die Armen noch ärmer. Das ist sozialistische Politik in dieser Stadt - und das ist nicht zu akzeptieren. Gehen Sie auf die Straße und fragen Sie die Arbeitnehmer! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Herr Strobl hat es ja heute schon angesprochen: Fragen Sie die Arbeitnehmer, ob sie das Gefühl haben, dass sie sich diese Gebührenerhöhungen leisten kön-

nen! - Aber Sie verstecken sich ja vor den Bürgern. Sie verstecken sich vor den Bürgern hinter Ihrem Machtapparat. Sie wissen gar nicht mehr, was auf der Straße gesprochen wird, weil Sie mit den Bürgern nichts mehr am Hut haben. Wenn sich Herr Strobl hier herausstellt und sagt, die Wiener Bürger wünschen sich die Gebührenerhöhung - danke, Herr Strobl! -, dann ist das ja unglaublich. (GR Dipl-Ing Martin Margulies: *Das sagt er nicht!*) - Sie können das im Protokoll nachlesen. Er hat gesagt, die Wiener wollen das. (GR Heinz Vettermann: *Die Wiener wollen die guten Leistungen!*)

Die Wiener wollen Ihre ungenierte Gebührenpolitik der Gewinnmaximierung und des Löcherstopfens nicht! Das kann ich Ihnen sagen. Ich bin bei den Bürgern draußen, und das höre ich tagtäglich.

Sie sprechen von einem Valorisierungsgesetz ... (GR Mag Rüdiger Maresch: *Wo denn?*) - Herr Maresch, ich erwähne Sie jetzt nur, damit Sie auch im Protokoll vorkommen. Sie haben sich ja mit Ihrer Rede streichen lassen. Sie können ja nachher noch einmal herauskommen, und dann reden wir darüber! (GR Mag Rüdiger Maresch: *Lassen Sie sich überraschen! Lassen Sie sich über die Streichung überraschen!*) - Ja, freut mich. Oh, der „Überraschungs-Maresch“!

Sie sprechen von einem Valorisierungsgesetz, das Sie jetzt einhalten müssen, aber verheimlichen den Wiener Bürgern, dass Sie – die SPÖ nämlich - das selbst mit Ihrer eigenen absoluten Mehrheit alleine beschlossen haben. Die GRÜNEN waren damals, glaube ich, auch dagegen. Aber ich gebe den GRÜNEN heute mit einem Beschlussantrag eine Chance:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich ausdrücklich für eine Abschaffung des Wiener Valorisierungsgesetzes aus.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“

Ich gebe den GRÜNEN die Chance, sich hier im Sinne ihres alten Abstimmungsverhaltens auch für unseren Antrag zu entscheiden. (Beifall bei der FPÖ.)

Was sagt Frau StRin Sima, wenn man sie darauf anspricht, was sie mit dem Geld der Wienerinnen und Wiener gemacht hat? - Entweder gibt sie gar keine Antwort, oder sie sagt: „Wir spielen hier nicht ‚Twenty Questions!‘“ – Das sagt die Frau Stadträtin im Ausschuss: „Wir spielen hier nicht ‚20 Fragen!‘“. - 33 Prozent Gebührenerhöhung: „Wir spielen hier nicht ‚Twenty Questions!‘“ - Das ist eine Verhöhnung der Bürger und das ist eine Verhöhnung der Oppositionsrechte!

Auf Grund der Gesamtabrechnung der Betriebskosten ist es den Bürgern ja gar nicht möglich, beim Wasser zu sparen. Aber wir Freiheitlichen, die Kollegin Frank, haben ja in den letzten Jahren schon des Öfteren einen Antrag betreffend Einzelwasserzähler eingebracht. Sie haben ja immer dagegen gestimmt. Warum haben Sie dagegen gestimmt? - Damit die Menschen nicht sparen können, sondern damit Sie im großen Stil abzocken können.

Und das machen Sie jetzt. Momentan ist es ja in Wien so: Man bekommt jeden Tag einen Brief herein. Einmal kommt die Mietkostenerhöhung - könnt ihr euch

noch erinnern, Herr Maresch, an das Plakat „Mieten senken!“?; das ist jetzt ein Jahr her; jetzt haben wir einen Brief mit einer Mietkostenerhöhung bekommen -, oder Sie erhöhen Gebühren, die es früher gar nicht gegeben hat, oder Sie erfinden sie einfach: Einhebung des Entgeltes für die Durchführung der Dichtheitsprüfung und Ausstellung des Überprüfungsbeschlusses - 110 EUR pro Haushalt. Das müssen Sie den Wienerinnen und Wienern erklären. Das ist eine Politik, die nichts mit Bürgernähe zu tun hat und die wir auch nicht rechtfertigen und akzeptieren können.

Der Rechnungshof hat bei einer von den Freiheitlichen angestregten Prüfung der Wiener Gebühren allein in den Jahren 2005 bis 2007 einen Überschuss aus den Wassergebühren von 191 Millionen EUR festgestellt. Der Rechnungshof bezeichnet die Gebühren als illegale Steuer, weil keine Kostenwahrheit vorhanden ist und der Gewinn im allgemeinen Budget versickert. Und diese illegale Steuer heben Sie jetzt an.

Die Erhöhungen in den letzten Jahren nur kurz zusammengefasst: Wasser plus 33 Prozent, Kanalgebühr plus 35 Prozent, Müllgebühr plus 27 Prozent. (Ruf bei den GRÜNEN: *Wann?*) In den letzten Jahren.

Dazu kommen: Mieterhöhung, neue Kommissionsgebühren, wie schon erwähnt, die es noch nie gab, Strompreiserhöhungen, Gaspreiserhöhungen, Fernwärmerhöhungen und vieles mehr. Das sind laut Rechnungshof Ihre illegalen Steuern, die Sie den Wienerinnen und Wienern zumuten (GR Dipl-Ing Martin Margulies: *Und was schreibt der Rechnungshof tatsächlich?*) - unabhängig von sozialen Gegebenheiten, unabhängig von Krisenzeiten, unabhängig davon, dass es sich viele Wienerinnen und Wiener nicht leisten können. Das ist das kalte Herz der Roten in Wien! Das ist die soziale Bankrotterklärung dieser Stadtregierung! Und wenn Sie so weitermachen, folgt die wirtschaftliche Bankrotterklärung, denn die Wiener werden sich Ihren Gebührenwahnsinn nicht mehr leisten können.

Abschließend darf ich noch einen Antrag einbringen: Beschlussantrag:

„Der Wiener Gemeinderat fordert einen Tarifstopp bei Strom, Gas und Fernwärme, eine Senkung der Wasser-, Kanal- und Müllgebühren um 20 Prozent.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“ (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Nevriy. Ich erteile es ihm.

GR Ernst **Nevriy** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Dass ausgerechnet die Freiheitlichen von Misswirtschaft sprechen, spottet ja jeder Beschreibung. Angesichts dessen, was unter Blau-Schwarz-Orange an Korruptionsgeschichten alles gelaufen ist, sollte sich gerade die freiheitliche Nehmerpartei sehr zurücknehmen.

Zur ÖVP wollte ich eigentlich gar nichts sagen. Das habe ich mir fest vorgenommen. Denn zur ÖVP etwas zu sagen, das ist genauso, hätte ich gesagt, wie am Fußballplatz auf einen Toten hinzutreten. Und das soll man ja nicht tun. (GR Mag Wolfgang Jung: *Dann setzt euch in*

den Klub und führt Selbstgespräche!)

Aber ginge es nach der ÖVP, gäbe es wahrscheinlich gar keine Gebühreneinnahmen, denn ihr würdet ja sowieso alles verkaufen. Die Ex-Chefin wollte, bevor sie von euch geflüchtet ist, die Wien Energie verscherbeln. Der Ex-Kollege Gerstl würde überhaupt alles auf den Markt werfen: Privatisieren des hochqualitativen Wiener Wassers, der gut funktionierenden Wiener Linien sowie der Parkraumüberwachung. Ein Schelm, wer da an Provisionen denkt! (Beifall bei der SPÖ.)

Aber nun zum eigentlichen Thema, den Gebühren. Da ich im Umweltausschuss bin, möchte ich auf die Wassergebühren besonders eingehen. Beim letzten Umweltausschuss hat sich die schwarz-blaue Show bei den Wassergebühren ja bereits abgezeichnet. Von den Freiheitlichen gab es etwa zehn, zwölf Fragen, und der Reihe nach durfte oder musste sich ein jeder von euch dann melden und jeweils eine Frage stellen. Die meisten Antworten hätte man googeln können. Nichtsdestotrotz, es ist ja schön, wenn man sich mehrmals zu Wort melden kann. Das wirkt sich ja ganz gut aus in irgendwelchen Statistiken, die ihr gerne selber führt und zitiert.

Und was war der Vorwurf? - Dass wir die Wassergebühren um 43 Cent pro Kubikmeter erhöhen wollen, dass wir seit 16 Jahren die Wassergebühren nicht erhöht haben, dass die Gebühren im internationalen Vergleich mit Millionenstädten sehr niedrig sind und dass die geplante Erhöhung jeden im Schnitt mit 1,70 EUR im Monat betrifft.

Und da sage ich: Ja, wir wollen die Qualität unseres natürlichen Quellwassers durch diese Gebührenanpassung nachhaltig sichern! Ja, wir wollen auch weiter in Wien die Versorgung mit gutem Wasser sichern. Und ja, wir wollen auch weiterhin dieses hohe Niveau halten und müssen daher auch auf die Einnahmen schauen, und gerade deshalb ist die Erhöhung der Wassergebühren im Jänner 2012 notwendig.

Wir investieren das Geld der Gebührenzahler in die Lebensqualität in dieser Stadt, und gerade da unterscheiden wir uns von Ihnen ja gewaltig. Wie Sie die Gelder verwenden würden, das sehen wir gerade bei der BUWOG, bei den Eurofightern bis hin zum Telekom-Skandal. Wie titelte die Zeitschrift „News“: „Eurofighter, Telekom, BUWOG, Hypo, Blaulicht, Staatsbürgerschaft: Der Sumpf“. (GR Ing Udo Guggenbichler: Was hat das mit den Gebühren zu tun?) Das Titelblatt sollte die Freiheitliche Partei vielleicht gleich fürs nächste Parteiprogramm verwenden. (Beifall bei der SPÖ.)

Und überall dort war ein Vorsitzender Strache dabei. Bereits seit 2004 war er als stellvertretender Bundesvorsitzender der FPÖ dabei. (GR Mag Wolfgang Jung: Der Darabos hat den Eurofighter ...) Da war er in all diese Skandale eingebunden. Ich weiß schon: Dass er jetzt alles verdrängt und vergisst, ist klar. (GR Mag Wolfgang Jung: Sie verdrängen!) Er vergisst ja auch schnell genug, seine „Heil Strache!“-Postings von der Homepage zu entfernen. Und bitte mich jetzt nicht misszuverstehen (GR Mag Wolfgang Jung: Wir verstehen Sie schon!): Natürlich sind nicht alle, die ihm auf seiner Homepage zujubeln, rechte Vollkoffer. Aber wenn ein rechter Voll-

koffer einem Politiker auf Facebook zujubelt, dann sicher dem Herrn Strache. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Die Freiheitlichen haben ja inzwischen bereits mehr Verurteilte - zum Teil ehemalige Politiker -, als die ÖVP Mandate im Gemeinderat hat. (Heiterkeit bei GRin Nurtten Yilmaz.) Und da zähle ich die, gegen die derzeit ermittelt wird, noch gar nicht dazu. (GR Mag Dietbert Kowarik: Zum Beispiel gegen den Kanzler wird ermittelt!) Ein kleiner Auszug aus der Strafprozessordnung: FPÖ-Politiker wurden bereits rechtskräftig verurteilt wegen Holocaust-Leugnung, Untreue, Wiederbetätigung, Betrug und falscher Beweisaussage, Verhetzung, Beihilfe zur Steuerhinterziehung, schweren gewerbsmäßigen Betrugs, Körperverletzung. Und ich ersuche um Nachsicht, wenn ich jetzt irgendjemanden aus der Freiheitlichen Partei vergessen habe. (Beifall bei der SPÖ. – GR Mag Dietbert Kowarik: Strafprozess und strafrechtliche Verurteilung, das auseinanderzuhalten, ist nicht so einfach!) - Verurteilt seid ihr ja, genug.

Auf die derzeit laufenden staatsanwältlichen Untersuchungen gegen Grasser, Scheibner, Gorbach, Reichhold und so weiter will ich gar nicht eingehen (Zwischenrufe bei der FPÖ.) - ich bin lauter, das hört man -, aber einige freiheitliche Politiker sollten ihre Visitenkarte um den Titel „EgdU“ ergänzen, die Abkürzung für „Es gilt die Unschuldsvermutung“.

Wie hat Peter Lingens im „profil“ vom 12. September als Überschrift über seinen Artikel geschrieben: „Blau, die Farbe der Korruption: Warum die Freiheitlichen zur Korruption prädestiniert gewesen sind.“ (GR Mag Wolfgang Jung: Der fünftfaulste der Wiener Abgeordneten! Bringt nichts zusammen! Damit er ein Mal reden darf!) - Das haben Sie jetzt bereits das sechste oder siebente Mal gesagt. Es wird deswegen nicht richtiger. (GR Mag Dietbert Kowarik: Sie wissen gar nichts anderes!) - Und da gibt es halt gravierende Unterschiede zwischen Ihnen und uns: Wir investieren die Mittel der Wienerinnen und Wiener, damit wir auch weiterhin eine lebenswerte und leistungsfähige Stadt haben - Sie wollen alles verkaufen. (GR Mag Wolfgang Jung: Der Fünftfaulste redet von Leistungswillen!) Allein die Privatisierungsaufträge von 2000 bis 2003 betrafen 12 Beteiligungen, daneben wurden noch 5 Bundeswohnungsgesellschaften (GR Mag Wolfgang Jung: Das war nicht Ihre Leistung!), die Bundesimmobiliengesellschaft und über 1 600 Grundstücke der Bundesforste verkauft. (GR Mag Wolfgang Jung: Was Sie da jetzt runterlesen, ist das, was ein anderer geschrieben hat!) Wir investieren jährlich rund 140 Millionen in die Trinkwasserversorgung - Sie haben in Ihrer Regierungsperiode in mehreren Tranchen die Telekom Austria teilverkauft, die Postsparkasse verkauft, ebenso wie einige andere kleine Betriebe, wie die Austria Tabak, das Dorotheum, die Staatsdruckerei, Teile der Post und der Voestalpine und der VAI und so weiter und so weiter.

Wir bewirtschaften rund 40 000 Hektar Quellschutzwälder zur Sicherung unserer Trinkwasserversorgung - Sie haben sogar die Goldreserven auf den Markt geschmissen; heute würden sie das Fünf- bis Sechsfache des Preises erzielen. Wir sichern vorsorglich die notwendigen Investitionen in die Rohrnetzsanierung, und das

garantieren wir mit dieser notwendigen Gebührenerhöhung.

Aber diese Fakten und Notwendigkeiten sind Ihnen doch eh völlig egal. Sie behaupten und schreiben doch sowieso, was Sie wollen, egal, ob es richtig ist. Ein kleines Beispiel gefällig: zwei Presseaussendungen, beide vom 24. August 2010. Ich zitiere nur aus den Aussendungen, aber ich erspare mir die üblichen ausländerfeindlichen Beschimpfungen, die, wie in vielen, so auch in dieser freiheitlichen Aussendung erfolgen, sondern beschränke mich auf die angeblichen Fakten Ihrer Aussendung.

„FP-Mahdalik: GÖD-Wohnanlage im 22. Bezirk als Skandal-Projekt.“ Da schreibt er unter anderem: „Wenn die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst schon unbedingt Wohnungen und Häuser bauen muss,“ et cetera, „dann soll sie als Bauherr auf die ordentliche Planung und Durchführung des Projektes achten, ... Schließlich scheffeln Neugebauer & Co ja auch Millionen damit.“

„Auf der Baustelle wird Deutsch nämlich nicht einmal in Ausnahmefällen gesprochen, die GÖD lässt ihre Anlage offenbar ausschließlich von Ausländern bauen und pfeift auf einheimische Arbeitnehmer ...“

Wie „richtig“ und „korrekt“ Ihre Aussagen inhaltlich waren, konnte man nur wenige Stunden später, bei der nächsten freiheitlichen Aussendung, lesen - und ich bin sicher nicht der Verteidiger von Neugebauer; das ist eh eure Hack'n. - Da hat der Kollege Mahdalik ziemlich zurückrudern müssen. Ich zitiere ebenfalls wieder:

„Achtung: Richtigstellung zu OTS 0147: Nicht die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, sondern die WBV“ - das ist die Wohnvereinigung – „ist Bauträger ... Unrichtig ist zudem, dass ‚Neugebauer & Co mit diesem Projekt Millionen scheffeln‘. Richtig ist vielmehr, dass sie von diesem und sämtlichen anderen Projekten der WBV-GÖD keinerlei finanzielle Vorteile haben.“

Das Projekt ist überdies kein ‚Skandal-Projekt‘, ..., sondern wird ... äußerst korrekt abgewickelt. Die WBV-GÖD hat ... eine dem Ortsbild angepasste Struktur gewählt.“

„Die Tatsache, dass auf dieser wie auf vielen weiteren Baustellen anderer Unternehmen immer mehr nicht-österreichische statt heimische Arbeitnehmer zum Einsatz kommen, kann ebenfalls weder der GÖD noch der WBV angelastet werden.“

Diese Vorwürfe nimmt LABg Mahdalik mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.“

Genau so machen Sie Politik: Irgendwelche Behauptungen aufstellen, irgendwelche Unterstellungen machen, so ganz nach dem Motto: Egal, ob es stimmt oder nicht, es wird schon was hängen bleiben!

Sie wissen ganz genau, dass die Wassergebühren den Gebührenzählern zugute kommen. Sie wissen ganz genau, welche umfassende Infrastruktur notwendig ist, damit wir für die Wienerinnen und Wiener das beste Trinkwasser der Welt sicherstellen können: 675 km² Wasserschongebiet im Quellgebiet, 330 km Hochquellleitungen bis Wien (*GR Mag Wolfgang Jung: Das haben wir heute schon einmal gehört! Ihr kriegt alle die gleiche Rede, gell?*) - vielleicht verstehen Sie es, wenn Sie es

öfter hören! -, 3 000 km Rohrnetze in Wien, 12 000 Hydranten. Und das sind nur einige Bereiche dieser Infrastruktur. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das hat alles der gleiche Beamte geschrieben!*) Und das wollen wir für die künftigen Generationen sicherstellen, und dafür stehen wir.

Wofür die Freiheitlichen stehen, das konnte man am 9. September auf der Titelseite des „Kurier“ lesen. Besser kann man freiheitliche Politik gar nicht kommentieren! Daher erlaube ich mir, dass ich meine Ausführungen mit diesem Artikel schließe. „Kurier“, 9. September:

„Blunzenblau

Brauner & Vassilakou sind ja sowas von super. Sie werden aber sicher noch superer. Finanzdebakel hin, Verkehrschaos her - den zuständigen Stadträtinnen Brauner und Vassilakou ist das genau blunzen, sodass sie sich ganz entspannt den brennenden Themen der Kommunalpolitik wie etwa der Vorstellung von ‚Super-Steckdosen‘ für E-Bikes widmen können, meint FPÖ-Verkehrssprecher – ein Fehler, Toni – „LABg Toni Mahdalik.

Nein, das ist kein Scherz.“ – Das ist jetzt der Kommentar dazu – „Das ist eine Originalpresseaussendung der FPÖ-Wien, verschickt über die APA. Offenbar war man im Landtagsabgeordnetenbüro gerade in gehobener Stimmung, vielleicht hat man sich vorgestellt, wie das sein wird, wenn man einmal an der Macht ist und nach Herzenslust die eine oder andere BUWOG privatisiert.“

In Berlin wirbt eine Seitensprungagentur mit Bildern prominenter Ehebrecher, unter ihnen der Politiker Horst Seehofer. Wofür könnte man mit FPÖ-Gesichtern werben? Naturgemäß: Fürs Blausein.“

Ich danke für die Aufmerksamkeit und schließe mit: Freundschaft! (*Beifall bei der SPÖ und von GR Mag Rüdiger Maresch.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächste Rednerin ist Frau GRin Mag Feldmann zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Herr Kollege Nevriy! Ich würde Sie gerne von Ihrer Euphorie etwas runterholen, indem ich hier eine Liste der dunklen Seite der SPÖler, oder auch genannt: „the Best of Böse“, zusammengestellt habe. Ich würde hier sehr lange brauchen, ich muss mich dabei leider einschränken und das reduzieren, daher eben „The Best of Böse“.

Ich fange einmal mit den Beratern und Lobbyisten der SPÖ an: Kurt Gartlehner, SPÖ-Industrie- und Technologiesprecher, empfing tausende Euro für Beratungsdienste von Peter Hochegger. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Der Hochegger ist ein Roter!*)

Alfred Gusenbauer, in die Privatwirtschaft gegangen als Berater der Hypo-Group Alpe-Adria, bekam für 6 Monate 60 000 EUR.

Peter Schieder, ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat: tausende Euro Honorar von Peter Hochegger.

Karl Blecha: Tausende Euro Honorar von Peter Hochegger. Sein Meinungsforschungsinstitut Mitropa, eine Gesellschaft von Karl Blecha: Aufträge im Wert von

tausenden Euro - Peter Hochegger.

Ein paar rechtskräftige Verurteilungen:

Androsch, ehemaliger Finanzminister, SPÖ: Verurteilung wegen Steuerhinterziehung. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist der Bildungstyp! Der ist gescheit!*)

Karl Blecha, SPÖ, aktiver Präsident des Pensionistenverbandes: Verurteilung wegen Urkundenunterdrückung und Fälschung von Beweismitteln.

Leopold Gratz, ehemaliger SPÖ-Außenminister: falsche Zeugenaussage, musste 450 000 Schilling Strafe zahlen.

Andrea Kuntzl, aktive Nationalratsabgeordnete, damals Bundesgeschäftsführerin: rechtskräftige Verurteilung wegen übler Nachrede.

Fred Sinowatz, ehemaliger SPÖ-Bundeskanzler: falsche Zeugenaussage, mit einer Zahlung von 360 000 Schilling.

Ich gehe weiter zur Liste der heuchlerischen Haltung der SPÖ.

Die SPÖ Oberösterreich ist Nutznießer einer Privatstiftung. - Einer Privatstiftung!

AT&S: SPÖ-Wirtschaftsberater Androsch setzt Arbeiter in Massen vor die Tür und lagert Fertigung nach China aus. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist der Bildungstyp!*)

Internationale Spekulationsgeschäfte der Kommunkredit unter SPÖ-Verantwortung - Claudia Schmied.

Causa Bank Austria: Familiensilber der Wienerinnen und Wiener wird ins Ausland verscherbelt. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Da habt aber ihr zugestimmt!*)

Cross-Border-Leasing-Geschäfte, Prater-Vorplatz-Spekulantentum - Spekulantentum pur!; das kann ich nachher noch ausführen.

Der BAWAG-Skandal: SPÖ-Funktionäre verspekulieren Gewerkschaftsgelder auf internationalen Finanzmärkten. Das ist überhaupt ein Zuckerl. Das gehört eigentlich nach vorn bei „The Best of Böse“.

Das internationale Stiftungsgeflecht des ÖGB, das ist überhaupt ein Sittenbild der roten Gewerkschafter. Die Vermögenstransaktionen zu Lasten der ÖGB-Pensionisten. – Das reihe ich auch auf Platz 2.

Ich gehe weiter. (*GR Dr Alois Mayer: Wohin?*) Na ja, ich habe ja so viel. Schauen Sie sich das an! Ich weiß gar nicht, wann ich diese Liste je vortragen kann. Ich werde das vielleicht auf meine nächsten Reden aufteilen, damit ich das ganze Jahr beschäftigt bin. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Damit Sie „beschäftigt sind“!*)

Jetzt möchte ich Ihnen vielleicht noch ein paar Ideen sagen - ja, Herr Margulies, das wäre vielleicht überhaupt etwas: Ich habe mich damit beschäftigt, wieso Sie eigentlich so einen Hass auf Leistungsträger haben (*Ruf bei der FPÖ: Weil sie nichts hackln! Ist eh logisch!*), und kam auf die Idee, dass Sie vielleicht irgendetwas zu verschleiern versuchen. Denn das kann es ja nicht sein: Das Wort Leistung löst bei Ihnen Aggressionen aus, und Ihnen fällt nichts anderes ein, als dass sich eine Stadt ausschließlich über Gebühren finanzieren kann! (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sie definieren Leistung über Geld! Das ist Ihre Definition! – Leistungsträger sind alle!*) Ihnen fällt das Wort sparen überhaupt nicht ein! (*Beifall*

bei der ÖVP.)

Und wissen Sie, warum? – Ich bin mir nicht sicher, in welchem Ausmaß Sie Leistung, wirtschaftliche Leistung erbracht haben, wie viele Leute Sie angestellt haben, wie vielen Leuten Sie Arbeit gegeben haben oder wie viel Sie zu einem Einsparungspotenzial beigetragen haben. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Die einen sind Leistungsträger – und alle anderen sind Idioten! So macht ihr Politik!*) Jetzt gebe ich Ihnen ein paar Beispiele:

Punkt 1: Wie könnte man das in den Griff bekommen, dass die Wienerinnen und Wiener nicht so unglaublich viel zahlen müssen, wie Rot-Grün ihnen aufbürdet, 200 EUR mehr pro Durchschnittshaushalt im nächsten Jahr? – Nur ein paar Beispiele:

Überhöhte Gebühren, 390 Millionen EUR - das ist zum Beispiel Einsparungspotenzial. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: In einem Jahr?*)

Der Wiener Schilderwald: Einsparungspotenzial 90 Millionen EUR. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Die 390 Millionen in 1 Jahr oder in 4 Jahren?*) - Lesen Sie sich vielleicht einmal die Rechnungshofberichte durch, bevor Sie das nächste Mal eine Rede halten!

Gesundheitsressort: 1,6 Millionen EUR sind in der Gesundheitsverwaltung versickert.

Luxusradwege im Wiental - überhaupt ein Millionen-Euro-Projekt von Rot-Grün.

Das Pensionseldorado: 350 Millionen EUR Einsparungspotenzial (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: In welchem Zeitraum?*), weil Sie nicht bei der Harmonisierung mitmachen möchten.

Missmanagement bei den Wiener Linien: 9 Millionen EUR.

Kursverluste beim Wiener Stadtwerke Fonds: 11,1 Millionen EUR Einsparungspotenzial.

Finanzdebakel Riesenradplatz: 60 Millionen EUR.

Neugestaltung des Wiener Volkspraters: 1,5 Millionen EUR.

Luxusfanzone – das war auch ein Hit -: 4 Millionen EUR.

Oder zum Beispiel die Halle F bei der Wiener Stadthalle: 3,5 Millionen EUR Zusatzkosten, die absolut vermeidbar gewesen wären.

Kulturprojekte wie Verein NetZZeit: 1,6 Millionen EUR.

Dann das Fahnenmastdebakel beim Westbahnhof: 433 000 EUR verpulvert. Und das geht so weiter. Wie gesagt, ich habe nicht die Zeit, das alles vorzulesen.

Die Sanierung des Volksbades in der Geiselbergstraße, das waren auch wieder 730 000 EUR, die sinnlos beim Fenster hinausgeworfen sind.

Oder die Tribüne Krieau: 13 Millionen EUR.

140 Prozent Kostensteigerung bei der Umgestaltung des Liesingbachtals: 6,1 Millionen EUR.

Und so geht das dahin und dahin. Wie gesagt, es gibt noch viele, viele Seiten. Ich komme daher jetzt zu einem Beschluss- und Resolutionsantrag betreffend das System des roten Filzes in Wien, mit ein paar aufklärenden und Klarheit bringenden Worten zu Ihren Anschuldigungen, die wirklich unbegründet sind:

Nach jahrelanger Alleinherrschaft der Wiener SPÖ in

Wien ist hier die Entwicklung der Bundeshauptstadt gehemmt, quasi zum Stillstand gekommen. Es gibt eine konsequente Reformverweigerung, rote Freunderlwirtschaft, Begünstigung von befreundeten Vereinen. Da möchte ich zum Beispiel nur die „Sammlung Rotes Wien“ erwähnen, das Museum im Karl-Marx-Hof - eine reine Begünstigung! (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Waren Sie schon dort? Haben Sie sich das schon angeschaut?*) - Ob ich dort war oder nicht, ist doch uninteressant. Es ist eine Begünstigung eines Vereines. - Oder: der Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, der gratis Beamte zur Verfügung gestellt bekommt. Dann: bedenkliche kriminelle Handlungen verdächtiger Seilschaften - ich sage nur: Explore5D, die Prater-Vorplatz-Firma, die nur gegründet wurde für diesen Zweck, in Konkurs gegangen ist, Firmen in die Insolvenz getrieben hat und noch immer bei der Staatsanwaltschaft ein anhängiges Verfahren hat.

Dieses erschreckende System von Korruption, kriminellen, dem Vergaberecht widersprechenden Absprachen, wie zum Beispiel im aktuellen AKH-Skandal beim Reinigungsdienst, ist aufgedeckt worden und wird von der Justiz untersucht. Zuletzt wurde auch das moralisch mehr als bedenkliche System der Inseratenschaltung durch den Bundeskanzler und seinen Staatssekretär Josef Ostermayer aufgedeckt.

Und ich hätte noch eine Idee zu Ihren Wassererklärungen: Wie wäre es denn wieder mit so einem „günstigen“ Plakat „Unser Wasser“? Das kostet Millionen von Euro und ist irrsinnig „aussagekräftig“. Da könnten Sie sich vielleicht ein paar Gebührenerhöhungen sparen, Herr Margulies, statt das Plakat „Unser Wasser - SPÖ“ oder „Unsere Energie“ zu produzieren. (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: „SPÖ“ steht nicht drauf!*) Das sind zum Beispiel Kosten, die völlig unnötig sind. Die können wir uns schenken. Die bringen null! (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Falschinformation!*) - Na, es steht halt „Wien Energie“ drauf, das ist ja ein Verein der Stadt Wien. (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Bewusste Falschinformation!*)

So, jetzt kommt die Bilanz der Wiener Stadtregierung: Ein Anstieg der Schulden um 46 Prozent, Anstieg der Arbeitslosenzahlen um 15 Prozent, Anstieg der Arbeitslosenquote, Mehrbelastung der Wiener Haushalte um mehrere Hundert Euro, Hinterherhinken beim Wirtschaftswachstum. Dann: Feinstaubbelastung, Rückfall auf schlechtere Daten – das wird vielleicht meine Kollegen bei den GRÜNEN irgendwie interessieren -, Rückfall Wiens als Produktions- und Industriestandort, höchste Steigerungsrate in Wien bei Sozialhilfeempfängern und Mindestsicherungsbeziehern, Anstieg der Armut in Wien, Postenschacher in einem nie bekannten Ausmaß. Und eine lange, lange Liste von Korruption und Skandalen, die ich bereits verlesen habe, leider nur zu einem Teil. Daher unser Antrag:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine Politik der Fairness, der Leistungsgerechtigkeit aus, die alle Menschen in unserem Land ermutigt, Leistung zu erbringen, Wohlstand und Wachstum zu generieren, unsere Wirtschaft nach vorne zu bringen, vor allem Arbeitsplätze zu schaffen, die die Basis für unseren Wohlfahrtsstaat

sind.

Der Wiener Gemeinderat verwahrt sich gegen das Ausspielen von Bevölkerungsgruppen - ich schaue auf den grünen Zirkel -, seien sie wohlhabend oder nicht wohlhabend, und spricht sich gegen eine weitere Belastungspolitik zu Lasten von hoch qualifizierten Leistungsträgern aus, die von rein parteitaktischen und populistischen Motiven getragen ist.

Weiters distanziert sich der Wiener Gemeinderat von jenen Politikerinnen und Politikern und hohen Funktionsträgern des Wiener Stadtapparates, die im dringenden Verdacht stehen, mit Hilfe eines parteipolitischen Netzwerkes, wie im roten Wien, Abhängigkeiten zu schaffen und Medien zu beeinflussen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ein weiterer Antrag betrifft die Aussetzung der Gebührenerhöhung auf Grund der Valorisierungsautomatik. Wir wissen – jeder weiß das -, dass diese Gebührenerhöhung in Zeiten einer Finanzkrise und Inflation völlig unangebracht ist, dass es zu einem wirtschaftlichen Stillstand kommt, zu einer Senkung der Kaufkraft und dass dies ein Land in den Ruin treibt.

Das heißt: Mit dem Valorisierungsgesetz würde ab 2012 die Wassergebühr in Wien um 33 Prozent steigen. Um 33 Prozent! - Und ich meine betreffend „unser Wasser“ und „damit es trinkbar bleibt“: Unser Wasser ist trinkbar, weil wir einfach von Natur aus eine gute Wasserqualität haben - und nicht, weil die SPÖ das Wasser beschwört und 33 Prozent mehr verlangt! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das Valorisierungsgesetz würde für 2012 eine Erhöhung bei Müll-, Abwasser- und Parkscheintarifen im Ausmaß von über 6 Prozent bedeuten. Die Haushalte würden im Schnitt um 200 EUR mehr zahlen. Zuletzt hat in dem Zusammenhang vor allem der Rechnungshof die Gebührenkalkulationen der Stadt Wien überhaupt als un schlüssig und unzureichend empfunden. Das heißt, 40 Prozent der beim Wassergebührenhaushalt angesetzten Kosten haben überhaupt keine schlüssige Kalkulation - auch unzumutbar. Und der Rechnungshof empfahl eine vorläufige Aussetzung der Gebührenanpassung. Daher stellen wir folgenden Antrag:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine Aussetzung der automatischen Gebührenerhöhung für das Jahr 2012 gemäß dem Wiener Valorisierungsgesetz aus bei Abfall-, Wasser-, Abwasser-, Kanalgebühr sowie bei der Abgabe für Kurzparkscheine.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (*Beifall bei der ÖVP.*)

Um zum Schluss zu kommen, sage ich Ihnen etwas: Die Menschen werden sich ganz simpel erinnern, wie gut es ihnen unter Schwarz-Blau gegangen ist: Was für einen Wirtschaftsaufschwung es gegeben hat, wie gering die Arbeitslosigkeit war (*GR Heinz Vettermann: Die verzweifelte Hoffnung!*), wie jeder Einzelne in seinem Leistungsgedanken gefördert wurde, was für Fortschritte umgesetzt wurden. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Dann sind wir aufgewacht, alle miteinander!*) - Sie werden sich erinnern, weil sie es erlebt haben. Und die Menschen

sind nicht blöd! Sie sehen es ganz einfach bei den Umfragen, dass die Menschen sich erinnern. Und sie merken ganz genau, dass sie derzeit ausgequetscht werden, ausgepresst werden (*GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi: Ist das jetzt ernst? Meinen Sie es ernst?*) und es zu einer Scheinumverteilung kommt, die gar keine ist, weil Sie einfach nur Löcher stopfen, die auf Grund von nicht gemachten Kostenrechnungen ... (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Und deshalb hat die ÖVP in Wien die besten Umfragewerte!*) - Ja, Sie werden es einfach erleben! Denn Menschen erinnern sich doch, vor allem an Zeiten, wo eine Wirtschaft gewachsen ist. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Einstellig!*)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der ÖVP und von GR Johann Herzog.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Dr Kappel. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Diese Sitzung ist von den Freiheitlichen als Sondersitzung zum Thema der Gebühren- und Abgabenerhöhung einberufen worden und Sie missbrauchen die Sitzung, um politische Polemik auszutauschen und irgendwelche Listen vorzuzeigen. Mit Anschuldigungen wird versucht, politisches Kleingeld zu machen und die schwarz-blaue Regierungszeit zu skandalisieren. Sie nennen Namen, um Personen in Misskredit zu bringen, die nicht in Misskredit und auch noch nicht verurteilt sind. (*GRin Mag Sonja Ramskogler: Lesen Sie die Zeitungen von heute!*) Ja, genau: Und Sie zitieren dabei Zeitungen und Zeitschriften, die Sie vorher mit sündteuren Inseraten und Millionenbeträgen gefördert haben, um sie nachher wieder zitieren zu können. Eine tolle Vorgangsweise ist das! (*Beifall bei der FPÖ. – GRin Mag Sonja Ramskogler: Lesen Sie die Zeitungen von heute!*)

Auch ich habe heute eine Liste mitgenommen. Aus der werde ich allerdings nicht vorlesen. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit auch ausdrücklich bei meiner Vorrednerin, Frau Mag Feldmann, bedanken. Sie hat sich die Mühe gemacht, eine sozialdemokratische Liste zu erstellen. Und ich möchte mich insbesondere bei unserem Kollegen Wolfgang Jung bedanken, der akribisch an unserer Liste gearbeitet hat. Offenbar sind Listen derzeit in diesem Haus viel wichtiger als politische Inhalte. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es geht hier offensichtlich nur um Polemik, um den Austausch von Listen, und wir Freiheitliche müssen jetzt schon diese Listen vorlegen, um Sie in Ihrer Polemik einzubremsen. Das ist eigentlich erschütternd. Deshalb habe ich auch drei Anträge vorbereitet, damit wir dann auch ein bisschen Sacharbeit machen. Dennoch möchte ich einiges im Vorfeld Gesagte nicht unerwähnt lassen und werde zuvor auf die Aussagen einiger meiner heutigen Vorredner eingehen.

Überrascht war ich von den Ausführungen meines Vorredners, des Kollegen Strobl, den ich aus dem Wirtschaftsparlament gut kenne, wo er die Interessen der kleineren und mittleren Unternehmen vertritt. Heute hat sich Kollege Strobl mit seinem Antrag von einer „Politik

für Wohlhabende, Aktionäre und Spekulanten“ distanzier.

Zum Thema wohlhabend kann ich eigentlich nur eines sagen: Wir alle, die wir hier sitzen, zahlen auf Grund unseres Gehaltes als Gemeinderäte und Landtagsabgeordnete den Spitzensteuersatz. Vielleicht meint Kollege Strobl aber andere Wohlhabende, von denen er sich distanzieren will? Die aber kennen wir vielleicht noch nicht.

Das zweite Thema sind die Aktionäre. Meine Damen und Herren, Ich möchte es mir ersparen, Sie zu fragen, ob Einzelne von Ihnen Aktien besitzen ... Besitzen Sie welche? Bank-Austria-Aktien vielleicht, oder? Die sind eh nichts mehr wert. (*Heiterkeit bei GR Mag Wolfgang Jung.*) - Ja, ich würde mich jetzt auch nicht zu Wort melden.

Es geht Ihnen also um Aktionäre und Spekulanten. Und mit den Spekulanten sind wir eigentlich genau beim Thema des heutigen Sondergemeinderates und unseres Misstrauensantrages: Der größte Spekulant ist die Gemeinde Wien! Die Gemeinde Wien hat allein im letzten Jahr 240 Millionen EUR aus Spekulationen mit Schweizer Franken wertberichtigen müssen. Wie nennen Sie das? Und von dieser Politik distanzieren Sie sich jetzt, also von Ihrer eigenen Politik? - Das überrascht mich. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich möchte auch noch kurz auf die Ausführungen von Frau Hebein eingehen, die jetzt nicht mehr anwesend ist. Die Abgeordnete hat eine Reihe von Personen genannt, die sie sozusagen als korrupte Personen befindet. Frau Hebein hat als Ersten Herrn Prinzhorn genannt. Ich glaube, sie hat das letzte „profil“ bedauerlicherweise falsch gelesen. Es gibt Menschen, die nicht korrupt sind, und die wehren sich auch, wird ihnen Korruption vorgeworfen. Es gibt hier im Haus keine Immunität für Abgeordnete! Sie sollten deshalb Frau Hebein ausrichten, dass sie in nächster Zeit mit einem Rechtsanwaltsbrief zu rechnen hat. Aber Sie werden wahrscheinlich ohnedies im Klub die Kosten übernehmen, schließlich können Ihre Abgeordneten behaupten, was sie wollen.

Frau Hebein hat in ihrer Rede auch gesagt, sie verahre sich gegen alle Letztklassigkeiten. Soll ich Ihnen etwas sagen? - Letztklassig ist, wenn man unbescholtene Menschen kriminalisiert. Das ist letztklassig! (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Ich möchte mich bei meinen beiden ÖVP-Kollegen bedanken, nämlich bei Herrn Dr Ulm und Herrn Mag Neuhuber. Es war ganz gut, dass hier aufgezeigt wurde, dass in den Jahren 2000 bis 2006 in sachpolitischer Hinsicht wirkliche Reformschritte erzielt wurden, Reformschritte, von denen wir uns nicht distanzieren sollten. Nehmen wir als Beispiel die Verschuldung und das Budgetdefizit: Ja, es ist richtig, Österreich lag im Jahr 2000 bei einer Schuldenquote von über 40 Prozent, und es ist dann geschafft worden, die Schuldenquote auf 41 Prozent zu reduzieren. Sie wiederum haben es in wenigen Jahren geschafft, nämlich seit 2006 – okay, die Schuldenkrise macht es wieder gut -, die Schuldenquote wieder auf über 44 Prozent, laut OECD-Rechnung, anzuheben. Das ist wirklich eine „Leistung“, ganz „toll!“ - War

damals unter Schwarz-Blau wirklich „alles so schlecht“? (GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi: Was ist aus Austria Tabak geworden?)

Austria Tabak war ein Privatisierungskandidat wie viele andere auch. (GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi: ... und in drei Jahren haben sie den Einkaufspreis ...)

Nennen Sie gute Beispiele! Nehmen wir die Voestalpine! Also ein Unternehmen, das eine echte Success Story hingelegt hat! Die ÖIAG ist als Beispiel heute schon genannt worden: von über 6 Milliarden EUR Schulden auf null! Das ist eine Erfolgsgeschichte! Da wurde kein Geld verschleudert.

Und wenn etwas billig an Personen verkauft worden sein sollte, was möglicherweise nicht korrekt war, dann sollen das die Gerichte klären. Wir sind die Ersten, die dafür sind, dass korrupte Machenschaften aufgeklärt werden. Wir sind für Transparenz und Sauberkeit. Und jeder – wirklich jeder, selbst wenn er auf unserer Seite war – soll bestraft werden, wenn er etwas getan hat, was nicht in Ordnung war. Das sollen aber die Gerichte klären, das wollen nicht wir klären. (Beifall bei der FPÖ. – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Da ist mit der Transparenz schon wieder Schluss!)

Ich möchte nun auf das Thema der heutigen Sondersitzung eingehen, nämlich die Gebühren- und Abgabenerhöhung in Wien. Klubobmann Gudenus hat heute dazu einen Misstrauensantrag gegen Frau StRin Brauner eingebracht. Er hat auch begründet, warum wir diesen Misstrauensantrag eingebracht haben. Es sind dies drei Gründe.

Der erste Grund ist die gigantische Schuldenexplosion, die wir im Rechnungsabschluss 2010 feststellen mussten. Wien hat im Moment einen Schuldenstand von etwa 3,1 Milliarden EUR – das ist ein Anstieg von 64 Prozent im letzten Jahr. Das passiert nicht einmal in dem von Ihnen so viel gescholtenen Niederösterreich und Kärnten. Mit diesem Schuldenanstieg sind Sie wirklich unique, das ist eine „unglaubliche Leistung“.

Das zweite Thema sind die Fremdwährungsverbindlichkeiten. Hier geht es wohl um jene Spekulanten, von denen Sie sich heute in Ihrem Antrag distanziert haben. Von den 3,1 Milliarden EUR Schulden sind 1,6 Milliarden EUR in Schweizer Franken. Das hat dazu geführt, dass im letzten Jahr – ich sagte es schon – 240 Millionen EUR an Wertberichtigungen notwendig waren. Und jetzt, nachdem die Schweizerische Nationalbank einen Mindestwechsellkurs mit 1,20 EUR fixiert hat, werden es auch noch 267 Millionen EUR sein, sollte alles so bleiben, wie es sich jetzt darstellt, was wir aber nicht wissen.

Dazu ein kleiner Vergleich am Rande: Wenn Sie die Zahlen zusammenzählen – und das Rechnen kann auch eine schwierige Sache sein –, dann sehen Sie, dass die Gemeinde Wien einen Fremdwährungs-, also einen Schweizer-Franken-Anteil, von über 51 Prozent an der Gesamtverschuldung hat. Was glauben Sie, hat der Bund? – 1,39 Prozent. Das lässt tief blicken, denn der Bund war auch einmal im Franken veranlagt, nur: Er ist zu einer Zeit ausgestiegen, als es noch sinnvoll war.

2003 haben Sie noch gutes Geld gemacht mit dem Franken. Jetzt aber haben Sie viel verloren und in der

Regel nennt man das einen Spekulationsverlust.

Wir sind gegen Spekulationsgeschäfte im öffentlichen Raum. Wir sind auch gegen Spekulationsgeschäfte mit Steuergeld und ich werde in dieser Hinsicht später einen Antrag einbringen. (Beifall bei der FPÖ.)

Der dritte Grund, warum wir heute diesen Misstrauensantrag gegen die Frau Stadträtin eingebracht haben, ist der eigentliche Anlass der Sondersitzung, nämlich die enorme Gebühren- und Abgabenerhöhung in der Gemeinde Wien. Bereits am 1. Juni dieses Jahres hatten wir mit einem Antrag versucht, dies zu verhindern. Sie erinnern sich vielleicht noch, dass wir am 1. Juni einen Beschlussantrag eingebracht haben, um das Valorisierungsgesetz außer Kraft zu setzen. Sie haben diesen Antrag natürlich abgelehnt. Damals haben wir unseren Antrag damit begründet, dass wir es ablehnen, dass die Wienerinnen und Wiener auf Basis des Valorisierungsgesetzes mit weiteren 175 Millionen EUR belastet werden.

175 Millionen EUR – 125 davon allein für die Wiener Wirtschaft und 50 für die Wienerinnen und Wiener. Es ist heute schon mehrfach angesprochen worden, dass es in Wien und ganz Österreich sehr viele Menschen gibt, die an der Armutsgrenze leben: über 500 000 Frauen in Gesamtösterreich, über 140 000 Kinder. Es gibt sogar 200 Straßenkinder in Wien. Und da erhöhen Sie die Gebühren! – Das ist das Unsozialste, was man tun kann. (Beifall bei der FPÖ.)

Kollege Hufnagl hat heute gesagt, die Freiheitlichen würden nur über die Wassergebühr reden. Schließlich ist das die Gebühr, die am meisten erhöht wurde, nämlich um 33 Prozent. – Nein, das tun wir nicht, wir reden nicht nur über die Wassergebühr!

Ich möchte Ihnen aber gerne in Erinnerung rufen, welche Gebühren sonst noch erhöht wurden. Diese Beispiele sind exemplarisch, weil es Gebühren sind, die die Menschen, insbesondere die armen Leute in Wien, besonders treffen. 40 Prozent des Einkommens eines armen oder weniger verdienenden Menschen gehen heute in die Wohnungsmiete, daneben fließt ein großer Teil in die Lebensunterhaltskosten. Die Gebühren für Strom und Gas, die Energieabgaben ganz allgemein, fallen in diesem Zusammenhang besonders ins Gewicht. Wir finden es deshalb besonders schlimm, dass Sie zum Beispiel die Fernwärme mit 1. September um 8,2 Prozent erhöhen, dass Sie die Gasgebühren heuer bereits das zweite Mal erhöhen – nämlich am 1. April um 9 Prozent und am 1. Oktober noch einmal um 5,5 Prozent, das sind 44,50 EUR an Mehrkosten im Jahr. Das ist wirklich viel Geld für einen ärmeren Menschen, und es ist unsozial, was Sie da tun.

Hingegen werden die Gebühren der Wiener Linien nicht gesenkt, wie Sie es versprochen haben. Vielleicht erfahren wir zu einem späteren Zeitpunkt dazu auch noch irgendetwas. Aber Faktum ist, dass Sie den Einzelschein um ein Drittel auf 2,40 EUR erhöht haben, dass Sie die Abfallgebühren erhöhen – um 25 Cent zahlt man jetzt mehr für die Entleerung eines 120-Liter-Kübels. Zusätzlich sind die Gebühren für das Wasser – das erwähnte ich schon – angehoben worden. Auch für den

Kanal haben Sie die Gebühren erhöht. Von 1,78 EUR auf 1,89 pro Kubikmeter. Und die Parkometerabgabe ist ebenfalls gestiegen: Der Parkschein für 1 Stunde kostete früher 1,20 EUR und wird jetzt 1,30 EUR kosten.

Wir reden somit nicht nur über die Wassergebühren, wir reden über alle möglichen Gebühren. Und wir kritisieren, dass diese Gebühren von Ihnen erhöht wurden. Früher haben andere das auch kritisiert - ich habe mir dazu alte Protokolle etwas angeschaut und die Kritik von Herrn Dipl-Ing Margulies gefunden. In einer Rede im Wiener Landtag am 28. Oktober 2008 hat er gesagt - ich zitiere: „Die Erhöhung bei den Strom- und Gaspreisen um bis zu 21 Prozent ist eine Sauerei.“ – Zitat Ende. (GR Mag Wolfgang Jung: *Dafür darf er jetzt regieren!*)

Er hat dann auf die Armut und die Rezession in Wien Bezug genommen und hat noch einmal gesagt - ich zitiere wieder: Eine „20-prozentige Steigerung der Energiekosten ist eine Sauerei, und das ist einer Sozialhauptstadt nicht würdig.“ Das Zitat endet hier. (*Beifall bei der FPÖ. – Heiterkeit bei GR Mag Wolfgang Jung.*)

Er hat für dieses Wort von der damaligen Landtagspräsidentin Stubenvoll einen Ordnungsruf bekommen. Ich verwende dieses S-Wort jetzt nicht, aber Sie hatten recht, Herr Margulies! Sie hatten völlig recht, indem Sie das gesagt haben. Wir fordern deshalb, dass diese Gebührenerhöhung zurückgenommen wird, denn es ist wirklich eine S... – ich sage es nicht. Es ist eine S..., und deshalb fordern wir, dass der Gaspreis um 20 Prozent gesenkt wird und der Strompreis um 10 Prozent. Damit ärmere Menschen in Wien ein Leben haben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren, der Misstrauensantrag ist aber nicht alles, was wir heute eingebracht haben. Wir verlangen auch eine Rechnungshofsonderprüfung des Finanzressorts in Wien, eine Prüfung der gesamten städtischen Finanzgebarung. Wir haben uns intensiv mit den dazu vorliegenden Rechnungshofberichten und mit Berichten des Staatsschuldenausschusses auseinandergesetzt. Dabei haben wir gravierende Mängel festgestellt. Wir verlangen deshalb, dass eine unabhängige Prüfinstanz der Republik Österreich ein objektives Bild zeichnet und wir dann in aller Sachlichkeit über die Erkenntnisse des Rechnungshofes diskutieren können.

Daneben haben wir ein Kontrollamtsansuchen eingeleitet in Bezug auf den Flughafen Wien. Ich meine - es wurde heute von meinem Kollegen DDr Schock schon angesprochen -, auch hier passieren Dinge, die wir untersucht und geprüft haben wollen. Ich gehe davon aus, dass der Flughafen Wien auch in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen wieder ein Thema sein wird, denn es wird nicht abbrechen, dass dort Dinge passieren.

Neben diesen drei Punkten, die ich erwähnte, bringe ich heute drei Beschlussanträge ein. Wir wollen Ihnen damit unter anderem die Chance geben, vielleicht doch noch von der Gebührenerhöhung Abstand zu nehmen.

Mein erster Beschlussantrag heute ist in aller Sachlichkeit: Wir fordern einen Richtlinienkatalog für das städtische Finanzmanagement. Wir nehmen diesbezüglich Bezug auf die Berichte des Staatsschuldenaus-

schusses. Dieser fordert schon lange, dass beispielsweise das Risikomanagement der Gemeinde Wien ausgelagert werden soll an einen dritten, externen Dienstleister, idealerweise die ÖBFA.

Ebenso fordern wir, dass jene Personen, die in der Gemeinde mit dem Risikomanagement befasst sind, eine fundierte Ausbildung vorweisen müssen. Nicht nur in theoretischer, sondern auch in praktischer Hinsicht. Um zu belegen, dass nicht nur wir dieser Meinung sind, darf ich zu diesem Thema kurz den Rechnungshof zitieren. Ich zitiere: „Die Stadt Wien führte keine Risikoanalysen und Risikobewertungen ihres Schuldenportfolios durch. Sie war daher über die bestehenden Risiken ihrer Finanzierungen in Form aussagekräftiger Risikokennzahlen nicht informiert.“

Stellen Sie sich vor, das würde ein Betrieb so machen! Würde ein Unternehmen so handeln, es wäre im Konkurs.

Aus diesem Grunde und um das in Zukunft zu vermeiden, bringe ich heute den ersten Beschlussantrag ein, in dem wir Folgendes fordern: Das Risikomanagement ist zu professionalisieren. Das städtische Finanzmanagement braucht einen Regelkatalog, der von externen Experten zu erarbeiten ist, und der auch die Auslagerung des Risikomanagements vorsieht.

Der zweite Beschlussantrag, den ich heute einbringe, ist ein Beschlussantrag, mit dem wir der Gemeinde ein Spekulationsverbot auferlegen wollen. Wir können es nicht weiter hinnehmen, dass, obwohl Sie sich heute in Ihrem Antrag von den Spekulanten zwar distanzieren, weiterhin Geld verspekuliert wird. Deshalb bringen wir heute einen Beschlussantrag ein, in dem wir fordern, dass sämtliche Geldgeschäfte - sowohl in der Fremdmittelaufnahme als auch in der Veranlagung - keine Spekulationsgeschäfte sein dürfen.

Und mein dritter Beschlussantrag - ich erwähnte es schon eingangs - ist der berühmte Valorisierungsantrag. Wir geben Ihnen hiermit noch einmal die Chance, die Valorisierungen zurückzunehmen. und ich kann Sie nur auffordern: Tun Sie es! Denken Sie an die vielen bedürftigen Menschen in Wien, Menschen, die wirklich ihr Geld zusammenhalten müssen! Denken Sie an diese Menschen, die Sie mit Ihren Gebührenerhöhungen in den letzten 5 Jahren schon mit 1 250 EUR jährlich belastet haben. Und jetzt kommen weitere 200 EUR im Jahr dazu. Das ist viel Geld für einen armen Menschen!

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Bitte das Schlusswort, Frau Gemeinderätin!

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*fortsetzend*): Denken Sie an diese Menschen und stimmen Sie unserem Antrag zu! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als Nächster hat sich Herr GR Margulies zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet. drei Minuten Redezeit. – Bitte.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren! In aller Kürze, und tatsächlich eine tatsächliche Berichtigung, und zwar in dem Sinne, dass ich glaube, dass es schon notwendig ist, wenn man zitiert, auch den Kontext, das gesamte

Umfeld zu beleuchten.

Ja, ich habe das von Ihnen in Ihren Zitaten Vorgelesene gesagt – aber in einem Umfeld, wo die Gemeinde Wien noch einen Überschuss von 250 Millionen EUR gehabt hat und ich tatsächlich der Meinung war, in Überschusszeiten wäre eine solche Steigerung absurd, wenn gerade zu Beginn der Krise alles teurer wird.

Das Problem ist, dass sich die finanzielle Situation der Stadt Wien dramatisch verschärft hat, die Einnahmen zurückgegangen sind, und alles, was jetzt – weil Sie den Gebührenstopp fordern – bei den Gebühren nicht eingenommen wird – denn wenn man das ernst nimmt, sind 100 Millionen EUR weg –, wird woanders gekürzt. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie wollen, dass im Sozialbereich alles gekürzt wird.

Zweiter Punkt – auch eine tatsächliche Berichtigung, weil Sie gesagt haben, der Einzelfahrschein kostet jetzt 2,40 EUR –: Ich kann mich nicht erinnern, irgendwo einen Einzelfahrschein um 2,40 EUR gesehen zu haben, und ich denke auch, im Sinne einer zukünftigen Perspektive werden wir auf absehbare Zeit keinen Einzelfahrschein um 2,40 EUR sehen. Also insofern haben Sie vielleicht eine prophetische Gabe, da wird sich aber noch herausstellen, dass das nicht wahr ist.

Und ein letzter Punkt, auch im Sinne einer gemeinsamen Diskussion: Bitte, verwechseln Sie nicht ständig Steuern, Gebühren und Tarife. Bei den Wiener Linien handelt es sich um Tarife und nicht um Gebühren. – Danke sehr. *(Beifall bei den GRÜNEN. – GR Johann Herzog: Aber zahlen müssen es die Bürger!)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Frank. Ich erteile es ihr.

GRin Henriette **Frank** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zuerst möchte ich einmal ganz kurz schon anmerken, ich finde es äußerst peinlich, was hier und heute abgeht. Die Reihen sind leer, obwohl wir über ein Thema reden, das jeden Bürger dieser Stadt betrifft, aber offensichtlich ist das Rot und Grün völlig egal. Das finde ich peinlich, und das Wort freudschämen ist hier absolut angebracht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich werde im Zuge meiner Rede dann noch auf die einzelnen Vorredner eingehen, denn was hier gesagt wurde, kann man ja sicher nicht unterschreiben.

Wenn das Kleine Glücksspiel in Wien abgeschafft wird, dann muss das aber auch gleichbedeutend sein, dass man Rot-Grün abschafft, denn die wahren Glücksspielautomaten in Wien heißen nun mal SPÖ und GRÜNE. Die Bürger aber haben keine Wahl, ob sie sich dieser Automaten der Stadt Wien mit Gebührenerhöhungen, Steuern, Mietkosten und, und, und bedienen wollen oder nicht. Sie werden gnadenlos abgezockt, und sie haben auch nie die geringste Chance, irgendwann irgendetwas zu gewinnen.

Was Sie, meine Damen und Herren von Rot und Grün mit Glücksspiel am Finanzmarkt verlieren, holen Sie sich skrupellos von jenen zurück, die ohnehin schon nicht mehr wissen, wie sie über die Runden kommen.

Sie manipulieren Ihre eigenen Automaten ohne gesetzlichen Schutz und ohne Gewinnchancen, und Verlierer ist der Bürger. Und das wird hier und heute mit der ganzen Gebühren-, Tarifiediskussion und so weiter sehr, sehr deutlich.

Da Sie, Herr Margulies, von der Krise sprechen und jetzt alles verteidigen: Die Krise ist nur ein sehr willkommener Anlass, jetzt alles darauf zurückzuführen. Was man hier in diesem Haus jahrzehntelang – ich weiß nicht, ob ich das Wort verludert verwenden darf –, ich sage einmal, verschludert oder leichtfertig verspielt hat auf irgendeine Art und Weise, wie auch immer, rechtfertigt man jetzt, indem man sagt, die Krise ist schuld.

Da können wir zum Beispiel gleich einmal den Gaspreis nehmen. Die Kollegen und Kolleginnen auch der anderen Fraktionen haben ja schon die Erhöhungen deutlich gemacht, aber gerade im Jahr 2009 nach der Krise war der absolute Tiefstand im Ölpreis, und der Erdgaspreis ist davon abhängig. Ich kann mich nicht erinnern, dass Sie hier den Bürgern dieser Stadt massive Reduktionen hätten zukommen lassen, was aber erfolgen hätte müssen, wenn Sie es ehrlich meinen mit Ihrer Gebührenpolitik. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dass Sie diese Gebührenpolitik wirklich nicht interessiert, hat man heute gesehen, weil es Ihnen ausschließlich um Bundesthemen geht, die mit den Bürgern und diesem Thema des heutigen Tages so gut wie nichts zu tun haben. Zu tun hat aber die ganze Gebührenerhöhung damit, dass zum Beispiel auch Wohnen massiv teurer wird. Die Wohnbeihilfe hat sich seit 1999 immerhin verdreifacht, und die Zahl der Beihilfenbezieher in dieser Stadt ist in den letzten Jahren um 50 Prozent gestiegen. Ich meine, das muss einem schon zu denken geben, woher das alles rührt.

Natürlich, wenn ich jetzt das Wohnungsangebot, wie wir es in Wien haben, extrem niedrig halte – allein vom 1. bis zum 2. Quartal dieses Jahres ist die Zahl der Wohnungssuchenden im Sozialsegment um 2 000 gestiegen; wir haben jetzt 28 000 Wohnungssuchende, die eine sozial verträgliche Wohnung wollen –, wenn ich also sehe, was wir da für ein Defizit haben, dann kann man natürlich auf Grund der hohen Nachfrage und des geringen Angebotes locker die Mieten erhöhen. Sie erhöhen jetzt alle Mieten in Richtung Richtwertmietzins, und wenn man jetzt eine Generalsanierung und eine Wohnung der Kategorie C hat, dann beträgt so eine Erhöhung mitunter 285 Prozent.

Und wenn sich dann der Herr Hufnagl noch herausstellt *(GR Heinz Hufnagl: Das geht nicht anders! Beim Rednerpult muss man stehen!)* – ja, ich habe es ja auch nur bestätigt *(GR Heinz Hufnagl: Hervorragend!)* – und seine Sozialkomponente preist, indem man Menschen mit 45 m² Wohnraum praktisch indirekt mehr Wassergebühren abnimmt als mehrköpfigen Familien in größeren Wohnungen, dann muss ich sagen, Sie haben keine Ahnung, was hier passiert. Denn in den Single-Wohnungen wohnen nicht generell reiche Leute. Das können Mindestrentner sein, das können Sozialhilfeempfänger sein, das können Jungwienervormerkungen sein, und man kann diese Menschen nicht dafür verantwortlich

machen, dass nebenan eine mehrköpfige Familie wohnt, die einen hohen Wasserverbrauch hat, während die Einzelperson wenig hat. Sie weigern sich aber, endlich einmal eine verbrauchsgerechte Abrechnung zu bewilligen und zu bestätigen.

Ich bringe daher diesen Antrag über Einzelwasserzähler wieder ein, denn auf meinen letzten Antrag schreibt mir Herr StR Ludwig, auf Grund des Mietrechtsgesetzes ist das nicht durchführbar.

Nun denke ich ja nicht, dass die SPÖ im Jahr 2000 irgendein Wahlprogramm herausgibt, bei dem sie nicht prüfen lässt, was sozial oder gesetzlich möglich ist, und dort stand das ja drinnen mit den Einzelwasserzählern. Aber es bringt ja viel mehr, wenn eine Einzelperson, die vielleicht während der ganzen Woche gar nicht in Wien lebt, sondern beruflich unterwegs ist, für 45 m² das Wasser zahlt, als würde man es nach dem tatsächlichen Verbrauch berechnen.

So gesehen sind Sie auf der Gewinnerstrecke, das verstehe ich, aber die Bürger nicht. Und dafür stehen wir hier. Nicht für meine Person, sondern für alle jene Menschen in dieser Stadt, die diese Hilfe brauchen, und das sind nun einmal die Schwächsten.

Daher bringe ich wieder einen Beschlussantrag ein, Einzelwasserzähler in Neubauten und bei Sanierungen auf jeden Fall einzubauen. - In formeller Hinsicht bitte ich um die sofortige Abstimmung dieses Antrages. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber ich muss jetzt noch einmal zurückkommen auf die verschiedenen Kollegen.

Der Herr Kollege Strobl hat sich gebrüstet mit der Lebensqualität dieser Stadt. Welche Lebensqualität, Herr Kollege Strobl, meinten Sie? Meinten Sie alle jene Familien, die von Ihnen, nämlich von der SPÖ, delogiert werden, auch wenn es keine Mietzinsrückstände gibt, auch wenn es keine Auffälligkeiten gibt, nur weil man vielleicht gerade diese Wohnung sanieren will und aufwerten will für den Richtwertmietzins, wo es egal ist, ob davon Kinder betroffen sind? Oder meinen Sie vielleicht jene Lebensqualität der Obdachlosen jetzt im Winter, die wieder auf der Straße stehen und nicht wissen, wie sie über die Runden kommen? Oder meinen Sie die Lebensqualität der Wohnungssuchenden, die ich gerade aufgezählt habe, oder vielleicht all jener 73 000 Arbeitslosen in Wien – die Zahl ist in Wien gegenüber den Bundesländern steigend –, die sich eben diese ganzen Gebührenerhöhungen nicht mehr leisten können, weil sie starke Einschränkungen in ihren Einnahmen haben?

Sie können doch nicht ein System nur auf Beihilfen aufbauen. Natürlich kriegen viele Leute Beihilfen, aber wir können uns auch keine Wohnungsneubauten mehr leisten, wenn wir alles nur in Beihilfen geben und parallel dazu die Wohnbauförderung kürzen.

Darum ist es schon sehr erstaunlich, dass die Stadträte so viel für Inserate ausgeben – hier ist auch der Stadtrat für Wohnen schon von mir persönlich angesprochen worden –, denn diese Inseratenflut kostet eine Menge Geld, und das könnte man, würde man die soziale Komponente ein bisschen ernster nehmen, sicher anders verwenden. Das gilt auch für die 7 Millionen EUR

des ehemaligen Wohnbaustadtrates und jetzigen Bundeskanzlers Faymann.

Ich meine, man kann sich doch nicht nur selbst darstellen und das dann für Aufklärungskampagnen, Inseratenkampagnen, so wie es ja im rot-grünen Regierungsprogramm drinnensteht, verwenden, denn das nützt niemandem. Aber wenn es ums Einsparen geht, dann sind Sie die Letzten, die etwas genehmigen.

Da hat noch in der vorigen Periode die Frau Antonov von den GRÜNEN darüber gesprochen, wie toll es wäre, jedes Flachdach in Wien wäre ein kleines Solarkraftwerk. Ich unterstütze diese Meinung nicht zwingend, es ist ein Gedanke, den man sich einmal überlegen kann. Aber heuer bei der Rechnungsabschlussdebatte meinte die Frau Dr Pitz, wir können nicht so viel Solarenergie haben, denn dann hätten wir zu viel Strom in Wien. Das war Ihre Aussage. Sie haben sich furchtbar darüber aufgeregt. (*GRin Dr Sigrid Pitz: Ich? Nie im Leben! Ich rede nie über Solarenergie!*) Sie haben es halt gesagt. Ich weiß eh, dass Sie sich nicht auskennen, sonst hätten Sie es ja nicht sagen können. Es war halt so! (*Beifall bei der FPÖ. – GRin Dr Sigrid Pitz: Sie meinen jemand anderen!*) Nein, es waren leider Sie. Ich habe mich ja gewundert, dass Sie dazu sprechen, und man hat ja gesehen, was rauskommt.

Es genügt auch nicht, wenn wir jetzt alle Häuser dämmen, denn auch da gibt es jetzt schon Experten, die sagen, Dämmung kann einen gegenteiligen Effekt haben. Wenn sie nämlich auf ältere Gebäude mit dickeren Mauern aufgebracht wird, dann funktioniert die Wärmerückgewinnung nicht mehr, und man braucht mehr Energiekosten als vorher.

Aber auch hier ist ein Punkt: Sie fragen die Leute nicht, ob sie hohe oder niedrige Heizkosten haben, sondern Sie beschließen: Wir sanieren. Dann wird gedämmt mit hoch umweltschädlichen Dämmmaterialien, die keine Einsparung erwirken. Würden Sie jedoch, wie ich schon einmal vorgeschlagen habe, eine Informationskampagne machen, dass bereits ein Grad Heizkostensparnis 6 Prozent der Kosten bringt, dann hätten wir effektiv etwas für die Bevölkerung getan. Aber das lehnen Sie ab in jeder Beziehung.

Über den Gaspreis habe ich hier schon gesprochen, über die Arbeitslosen ebenso. Wichtig ist mir noch, was den Wasserverbrauch betrifft, denn wir haben jetzt auch das Waschküchen-Chip-System. Das hört sich supertoll an, aber außer dem Strom wird hier nichts verbraucher-gerecht abgerechnet. Die Kosten für das Wasser tragen wieder alle.

Aber eines muss uns klar sein: Wasser ist nicht allein zum Waschen da. Es ist jetzt so, dass die Bezirke, die ohnehin hoch verschuldet sind, sowohl für die Schulen, die Kindertagesheime, die ganze Straßenreinigung, die Pflege der Grünanlagen auch noch die höheren Wasserkosten mittragen müssen. Jeder einzelne Bürger ist sowieso in jeder dieser Sparten betroffen. Und wir lehnen das auf das Entschiedenste ab. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich habe in diesem Zusammenhang – das ist eine jahrelange freiheitliche Forderung – schon vor vielen

Jahren einen Antrag eingebracht, dass bei allen Neubauten und bei Generalsanierungen eine Trennung nach Trink- und Nutzwasser erfolgen soll. Die SPÖ macht einmal grundsätzlich nichts, was von der Opposition kommt, sie macht, wie sie glaubt, dass es richtig ist, und hinterher stellt es sich heraus, dass der Erfolg zu wünschen übrig lässt.

Mit Regenwasser, zum Beispiel in Zisternen oder so – gerade in Deutschland macht man auf diesem Gebiet sehr viel –, könnten bei Familien Einsparungen bis zu 485 Liter pro Tag erreicht werden, würde man dieses Regenwasser zur Pflege der Grünanlagen, für Waschmaschinen und für die WC-Anlagen verwenden.

Ich meine, angesichts der steigenden Preise wird hier ein Umdenken wirklich erforderlich. Ich gebe daher neuerlich einen Beschlussantrag über die Umstellung sowohl bei Trinkwasser als auch bei Nutzwasser ab und bitte auch hier um die sofortige Abstimmung dieses Antrages. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es gäbe zu diesem Thema noch eine ganze Menge zu sagen, aber Tatsache ist, die SPÖ lässt mit Sicherheit bei dieser Gebührenabzocke keine Sparmaßnahmen zu. Sie lassen nicht zu, dass die Menschen Wintergärten errichten, obwohl man über den Speicherfaktor bereits sehr gut Bescheid weiß und es enorme Energieeinsparungen geben könnte. Sie lassen aber auch nicht zu, dass die Menschen in den Kleingärten oder in ihren Wohnungen Einzelöfen oder offene Kamine nach neuesten Standards installieren, obwohl ihr Regierungspartner Berlakovich dazu Folgendes sagt: „Die Nutzung der Biomasse ist gut fürs Land und gut fürs Börsel. Sie bringt uns meinem Ziel, der Energieautarkie Österreichs, wesentlich näher und jedem Haushalt Einsparungen bei den Heizkosten.“ Aber das ist ja offensichtlich nicht gewollt. Sie lassen die Einzelwasserzähler nicht zu und so weiter und so weiter.

Wir fordern endlich die Abschaffung des Valorisierungsgesetzes und die Rücknahme von ungebührlichen Strom- und Gaspreiserhöhungen.

Und wie ist das mit dem Kleinen Glücksspiel? – Sie haben dieses Mal leider wieder nichts gewonnen. Verdoppeln Sie den Einsatz, auch wenn nichts dabei herauskommt! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Seidl. Ich erteile es ihm.

GR Wolfgang **Seidl** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen hier im Plenum! Werte Stadträte, von denen, wie ich sehe, wieder keiner anwesend ist!

Ich möchte ganz kurz eingehen auf das, was meine Kollegin, Frau GRin Frank, ganz am Anfang gesagt hat. Auch ich finde es wirklich beschämend, dass bei so einem wichtigen Thema wie dem heutigen eigentlich während der ganzen Sitzung fast keiner der Genossen hier anwesend war. Es gibt 49 gewählte Vertreter seitens der SPÖ, und im Schnitt waren, wenn man so durchgezählt hat, nicht mehr als 10 Personen von ihnen anwesend. Ich finde es nicht nur beschämend, sondern auch einen demokratiepolitischen Irrsinn. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Um jetzt wieder zum

Thema zu kommen: Wir haben ja heute schon sehr viel über diese eigenartige Finanzgebarung der Stadt Wien gehört, und die Kostenerhöhungen, die nach unserem Verständnis unverschämt sind, treffen nicht nur die Wienerinnen und Wiener, sondern auch die Wirtschaft. Aus diesem Grund werden die GR Wolfgang Seidl und Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein einen Beschlussantrag einbringen, der wie folgt lautet:

„Der Wiener Gemeinderat fordert die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke auf, in Zukunft auf die Einhaltung der vereinbarten Zahlungsziele aus Verträgen und anderen Verpflichtungen der Stadt Wien beziehungsweise ihrer Unternehmungen einzuwirken.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“

Der Grund für diesen Antrag ist die Tatsache, dass die Stadt Wien sehr oft natürlich als Auftraggeber fungiert, die kleinen Unternehmungen allerdings sehr, sehr lange auf ihr Geld warten müssen. Das ist nicht selten der Fall. Ich habe das von einem ganz kleinen Installateur gehört, der doch das eine oder andere Mal seitens der Stadt Wien mit einem Auftrag betraut wird. Er gibt Zahlungsziele von 30 bis 40 Tagen vor – ohnehin schon relativ lang für ein kleines Unternehmen –, und die Stadt Wien zahlt nach 120, 180 oder eventuell nach 200 Tagen. Das Schönste an der Geschichte ist: Sie zieht sich auch noch das Skonto ab, und das ist nach meinem Verständnis unverantwortlich.

Ich würde Sie daher bitten, meine Damen und Herren, stimmen Sie diesem Antrag zu. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Maresch. Ich erteile es ihm.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich war jetzt ein bisschen überrascht vom Herrn Kollegen Seidl. Ich war eingestellt auf 15 Minuten Polemik. Es ist dann doch etwas schneller gegangen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das hat Sie überrascht)* Das war überraschend, ja, wirklich, denn heute haben wir schon ganz viel Polemik gehört und Erklärungen, warum es der Stadt Wien finanziell im Moment nicht gut geht von der rot-grünen Seite, und von der schwarz-blauen Seite, warum das alles nicht so sein kann.

Ich möchte aber kurz noch einmal auf die Sache mit dem Wasserpreis eingehen. Wir glauben, seit 1995 hat es keine Erhöhung gegeben. Da haben wir uns natürlich die ganze Zeit schon gewundert, denn wenn man sich die Inflation anschaut, dann bedeutet das, dass das Wasser im Grunde genommen immer billiger geworden ist. Gegenüber dem, was Menschen normal verdienen, und gegenüber dem Verbraucherpreisindex ist es immer günstiger geworden.

Jetzt stehen viele, viele Investitionen an, genauer gesagt, ist das Wiener Wasserrohrnetz mehr oder weniger zu reparieren, es ist wieder neu aufzustellen an vielen Orten. Es gibt Netzinformationssysteme, Früherkennung, ein Pipe Management und dergleichen Dinge mehr. Das

ist heute alles schon x-mal gesagt worden, und darauf möchte ich gar nicht mehr eingehen.

Aber was mich bei der Geschichte immer wieder wundert, ist, dass zum Beispiel natürlich auch die Privatisierungsdebatte kommt, aber wenn wir dieses Wassersystem nicht reparieren mit Hilfe der Gebührenerhöhung, dann werden wir in Wirklichkeit das Problem haben, dass die gute Wiener Wasserversorgung nicht mehr in diesem Ausmaß aufrechtzuerhalten ist. Jetzt haben wir Leitungsverluste von ungefähr 8 Prozent – in Europa Spitze –, das würde nicht mehr zu halten sein.

Das heißt in Wirklichkeit, Sie wollen, dass wir in Zukunft dann möglicherweise ausgliedern, privatisieren. Ich höre ja immer die Milchmädchenrechnung, da nehmen wir Einnahmen und die Ausgaben, dann machen wir eine einfache Rechnung, und dann kommt so und so viel Plus heraus. Faktum ist aber, dass zum Beispiel gerade die Investitionen da nicht drinnen sind, und die müssen Sie auch dazurechnen.

Was mich allerdings auch immer wieder wundert, ist das, wie manche das darstellen. Zum Beispiel der Kollege Walter, den ich sehr schätze, hat irgendwie völlig vergessen, wo, wenn man sich ein Ranking der österreichischen Städte anschaut, die Pro-Kopf-Verschuldung am allergrößten ist. In Niederösterreich! Nummer 1: Waidhofen an der Ybbs. Waidhofen an der Ybbs ist insofern interessant, denn dort, würde ich einmal sagen, hat bei den Finanzen der jetzige Finanzlandesrat von Niederösterreich, der Herr Sobotka, mächtig etwas mitzureden gehabt. Ich bin mir nicht einmal sicher, ob er nicht sogar Bürgermeister war. Da bin ich mir aber nicht sicher. Faktum ist nur, Waidhofen an der Ybbs ist ganz, ganz weit vorne.

Unter den ersten zehn sind, glaube ich, acht niederösterreichische Städte dabei. Da ist zum Beispiel Mistelbach dabei, da ist zum Beispiel Krems dabei und alle möglichen Mittelstädte Österreichs, die da in Wirklichkeit ein Problem haben. Und warum haben sie ein Problem? Weil – das hat der Kollege Margulies auch schon gesagt – in Wirklichkeit die Städte viel mehr Ausgaben und viel weniger Einnahmen haben. Und da gibt es eine einfache Rechnung. Wir könnten uns mit Hilfe der Vermögenssteuern so viel Geld holen, dass wir dieses Problem, und zwar für alle Gemeinden, Städte und Länder, lösen könnten.

Als Antwort höre ich zum Beispiel vom Kollegen Neuhuber – und da haben wir dieses unselige Sprüchlerl oder das Zitat der ehemaligen Innenministerin, jetzt Finanzministerin –, dass es immer gegen die Wohlhabenden geht. Das hat heute die Kollegin Hebein schon zitiert, aber ich habe das Reaktionsmuster des Kollegen Neuhuber interessant gefunden, der sagt, diese 10 Prozent Wohlhabenden, das ist der Mittelstand. Das verstehe ich irgendwie nicht. Wenn es oberhalb vom Mittelstand keinen Stand mehr gibt, dann kann der Mittelstand nicht der Mittelstand sein, denn was ist dann die Mitte? Aber das nur so nebenbei. (*Ironische Heiterkeit bei GRÜNEN und SPÖ.*) Das heißt in Wirklichkeit, der Mittelstand ist viel größer als die 10 Prozent, Kollege Neuhuber, viel, viel größer. Das weiß jeder, das wissen

Sie auch. Da gibt es sogar ein Buch, warum der Mittelstand immer zahlen muss. Aber das ist eine andere Sache.

Noch einmal: Uns geht es darum, dass wir die Vermögenden besteuern wollen. Es gibt eine Initiative auch vom Bundeskanzler dazu. Ja, das wäre gut, wenn es so wäre, weil die Vermögenden zu wenig Beitrag leisten für diese Republik.

Sie sagen immer, die Steuerquote ist 44 Prozent, wir zahlen alle so viel Steuer. Die Frage ist: Wer ist wir? Wir, das sind in Wirklichkeit die Lohnabhängigen, die kleinen Gewerbetreibenden. Die werden alle viel Steuer zahlen. Bei den Bauern ist das schon ein bisschen anders, denn da gibt es ja Subventionen aus Brüssel, aus der Republik, von den Ländern. Und dann gibt es in Wirklichkeit natürlich auch noch, sage ich einmal, Menschen wie zum Beispiel den Herrn Prinzhorn, der ja bei Ihnen auch bekannt ist, der zahlt nicht 44 Prozent, ganz sicher nicht. Das müssten ja manche von Ihnen genau wissen. 44 Prozent zahlt er ganz sicher nicht, sondern er wird viel weniger bezahlen. – Das ist einmal das Erste.

Das heißt, wir glauben, dass man sich zum Beispiel auch einmal anschauen muss: Wie ist das mit der Erbschaftssteuer? Wie ist das zum Beispiel mit der Grundsteuer? In Wirklichkeit haben wir landwirtschaftliche Grundstücke, die sind noch immer nach dem Einheitswert besteuert, der, glaube ich, 1972 erstellt worden ist. Das ist jetzt fast 40 Jahre her. 40 Jahre ist der gleich geblieben. Da zählt kein Verkehrswert und alle diese Dinge. Da gibt es Gruppen in Österreich, die einfach bei der Steuer besser wegkommen als die Lohnabhängigen, wie man so schön sagt.

Diese Debatte muss man sich geben, und da muss man sich natürlich wieder überlegen, dass der Kollege Guggenbichler ja so gerne diese Kälte hat, er spricht ja immer vom kalten Herzen. Ein kaltes Herz ist es in Wirklichkeit, wenn ich hergehe und sage, die Arbeitnehmer und die Arbeitnehmerinnen, die sollen blechen, die Massensteuern, die erhöhen wir, das passt schon, wenn es sein muss, aber die UnternehmerInnen und die Besitzenden, die lassen wir einfach aus, die lassen wir außen vor.

Eine zweite Sache noch einmal, bevor ich auf den Kollegen Guggenbichler eingehe, der ja die Ziesel alle einfangen will und sie in die Lobau transportieren möchte, weil er sie mit den Bibern verwechselt hat. Aber das ist eine andere Sache. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Das war so, da gibt es eine Presseaussendung. Da haben wir alle sehr gelacht. Fangen wir doch die Ziesel alle ein und bringen sie in die Lobau, dort lernen wir ihnen das Schwimmen. Das glaube ich. Da schauen wir dann alle zu, wie sie untergehen. (*Heiterkeit und Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*) Ja, genau, Kollege Guggenbichler. Der Herr Umweltsprecher der FPÖ muss noch ein bisschen lernen, denke ich mir.

Und jetzt komme ich noch zu den Einzelwasserzählern, das hat er nämlich damals auch gesagt. Wir waren lange Zeit der Meinung, ja, es ist notwendig, um Wassersparen wirklich manifest zu machen, bauen wir Einzelwasserzähler ein. Das ist nach wie vor richtig, aber

man muss sich einmal anschauen, wo die sind. Wenn ich zum Beispiel in einem Zinshaus wohne und einen Einzelwasserzähler einbaue, dann habe ich erstens hohe Kosten für den Einbau. Wer zahlt das? Zweitens habe ich Überprüfungskosten, denn alle fünf Jahre muss das Ding geeicht werden. Wer bezahlt das? (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Das bezahlt natürlich der Besitzer des Hauses, und der Besitzer macht nichts anderes, als das auf die Abrechnung draufzuschlagen. Das heißt, im Grund genommen zahlen es wieder wir alle miteinander. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Das heißt in Wirklichkeit, wir haben jetzt ein System, wo Leute mit großen Wohnungen eigentlich mehr bezahlen als Leute, die in kleinen Wohnungen wohnen, wo mehrere Leute sind.

Da denke ich mir, mit der Kälte, da muss man ein bisschen vorsichtig sein. Wassersparmaßnahmen in Wien zu machen, das macht schon Sinn. Da hatten wir in der Koalition auch einiges gemeinsam überlegt. Aber da würde ich einmal vorschlagen, da könnte man zum Beispiel hergehen und einmal hinterfragen, warum man mit Trinkwasser die Straße spritzen muss. (*GR Mag Dietbert Kowarik: Das fragen wir Sie?*) Aber da haben wir uns einiges überlegt dazu. Wir gießen auch nicht mehr jeden Tag mit Trinkwasser, sondern da kommt Grundwasser dran. Aber machen Sie sich keine Sorgen, die Koalition wird das vorantreiben.

Dann habe ich zum Beispiel von der Frau Kollegin Kappel, die sonst immer sehr klar ist, noch gehört, sie möchte gern, dass der Strompreis und der Gaspreis um 20 Prozent gesenkt werden, wenn ich mich nicht täusche. Waren es 10 und 20 oder beide Male 10? (*Zwischenruf bei der FPÖ.*) Okay. Beide Male 10. Das klingt natürlich total bestechend. Wenn das Ihre Politik ist und das zum Beispiel in Wirklichkeit die Einnahmen der Stadt letztendlich total mindert, dann frage ich mich allerdings: Woher kommt das Geld?

Ich habe nämlich immer wieder das Gefühl – Schwarz-Blau, das klingt jetzt immer so; da muss man auch in Nuancen unterscheiden –, bei Ihren Argumenten geht es einfach darum, der lokale Staat, die Stadt, das Land, die Republik sollen einfach grundsätzlich mehr nachlassen, und dann werden wir schon schauen, woher wir das Geld nehmen. Nur, das Problem ist – jetzt muss ich leider Gottes schon ein bisschen auf die schwarzblaue Geschichte eingehen –: Warum war es damals so, wie es war? Das war deswegen so, weil – da gibt es einen Ausdruck dafür – das Familiensilber veräußert wurde, wie es so schön heißt.

Jetzt könnte man natürlich hergehen und die BUWOG-Geschichte erwähnen. „Die BUWOG-Geschichte – eine Erfolgs-Story“, so habe ich es vor Kurzem wieder einmal gehört vom ehemaligen Finanzminister, ehemaligen Landeshauptmann-Stellvertreter aus Kärnten und ehemaligen ÖVP-Günstling. Da habe ich mir gedacht: Aha, interessant, was war da so günstig? Dann hörte ich zum Beispiel, es hat einen sogenannten Lauschangriff gegen ihn gegeben, und da wurde festgestellt, dass er acht Handys hatte. Acht Handys ist echt eine Herausforderung, dass man sich merkt, mit welchem telefoniere

ich jetzt gerade. Ich glaube, der Herr Meischberger hat es zumindest auf fünf Handys gebracht.

Also jetzt ganz ernsthaft. Da ist schon ein Erklärungsbedarf gegeben, denn ich finde es ja interessant, dass ein ehemaliger Finanzminister der FPÖ einfach mit dem Geldkoffer von der Schwiegermutter über die Schweizer Grenze fährt, denn das machen wir ja alle dauernd. Oder? Nein? Also ich fahre immer mit dem Geldkoffer meiner Schwiegermutter mit ein paar Millionen über die Schweizer Grenze. Immer mache ich das, eh klar. Das ist ja ganz normal. (*GR Johann Herzog: Das glauben wir Ihnen schon, Herr Maresch! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Ich finde es ja interessant, dass zum Beispiel die Krone des Infrastrukturministeriums, der Herr Reichhold, von der Telekom Geld für Beratung bekommen hat. Erinnern wir uns doch bitte, der Herr Reichhold hat einfach von sich gegeben, er baut in Zukunft nur mehr einspurige Autobahnen. Was ist denn das? Dafür krieg ich Geld auch noch? Für einspurige Autobahnen? Ich bin ja für Fahrräder, aber einspurig auf der Autobahn? Okay. Gut. Dafür hat er auch ein bisschen Geld gekriegt. Die Unschuldsvermutung gilt natürlich immer wieder, aber die Dichte der Unschuldsvermutungen in der ehemaligen FP-Riege ist schon ein bisschen größer als anderswo, würde ich einmal sagen. Da könnte man natürlich einiges vermuten. Wenn man zum Beispiel von den Nebengeräuschen beim Telefon vom Herrn Scheuch hört – medial wurde das ja gespielt –, da denke ich mir: Warum hört ein Mitarbeiter den Herrn Scheuch ab? Er hat das wahrscheinlich das erste Mal gemacht und hat sich gedacht, ich bin einfach neugierig, was der da telefoniert.

Aber Faktum ist – noch einmal –: Im Grunde genommen hat Schwarz-Blau uns einiges gekostet. Wir haben einiges weniger. Die Republik kann, sage ich jetzt einmal, weniger Familiensilber versilbern als vorher. – Das ist das Erste.

Damit kann man natürlich auch Defizite und Schulden abdecken, das ist schon richtig, aber ich würde mir einfach wünschen, dass zum Beispiel grundsätzlich von der FPÖ oder von der ÖVP eine Frage beantwortet wird – jetzt will ich gar nicht auf den Zustand der ÖVP eingehen –, denn die Frage ist in Wirklichkeit: Wenn wir unseren Bildungsstandard in den Schulen aufrechterhalten wollen, wenn unser Gratiskindergarten, so wie er jetzt ist, weiter funktionieren soll, dann hat uns die FPÖ bis jetzt die Antwort nicht gegeben, woher das Geld kommen soll. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Setzen Sie unsere Ideen um!*) Ja, genau. Eure Idee ist in Wirklichkeit, böse Worte über andere Leute in Zeitungen zu lancieren. Das ist eure Hauptidee. Das haben wir ja heute schon gehört. (*Neuerlicher Zwischenruf von GR Mag Johann Gudenus, MAIS.*) Ja, mir ist das ganz egal.

Sie haben die Antwort nicht, wie der Gratiskindergarten bezahlt werden soll. Sie haben keine Antwort für die Bildung. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: O ja!*) Sie haben keine Antwort in Wirklichkeit, wie wir die Wasserrohre reparieren sollen. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Aber der Van der Bellen weiß alles!*) Sie haben nämlich grundsätzlich gar keine Antwort, und deswegen

sind Sie auch nicht in der Regierung. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Karner-Kremser. Ich erteile es ihr. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Die Wortmeldung ist zurückgezogen!)* Pardon! Ich korrigiere. Ich habe gerade erfahren, du hast die Wortmeldung zurückgezogen. Der Herr GR Mahdalik ist am Wort.

GR Anton **Mahdalik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Jetzt muss ich mich am Schluss schon fragen, was die Roten eigentlich zu klatschen haben? Bei den GRÜNEN verstehe ich es ja, sind sie doch als Jubelclaqueure engagiert worden. Dafür kriegen sie einen Universitätsbeauftragten zum Beispiel, neben dem sich der Kollege Hufnagl oder der Kollege Nevrvy aus den Top-Five der faulsten Abgeordneten wie die kleinen Stachanows ausnehmen.

Aber wir haben heute auch schon von der Kollegin Hebein gehört, warum das alles so wichtig ist, dass jede Familie mit 200 EUR im Jahr zusätzlich belastet wird. *(GRin Birgit Hebein: Was?)* Die einen sagen, die Krise ist schuld, der Maresch wieder sagt, die Wasserleitungen sind schuld, die müssen wir reparieren. Das hätte man über viele Jahre natürlich machen können und hätte man machen müssen, dann bräuchte man zu den 1 250 EUR, mit denen die Menschen, wie die Kollegin Kappel ausgeführt hat, schon in den letzten 5 Jahren zusätzlich belastet worden sind, jetzt nicht noch einmal 200 EUR draufschmalzen.

Ihr Grünen müsst bei den Roten klatschen, aber warum ihr beim Maresch klatscht, also das kann ich wirklich nicht mehr verstehen. Da stellt sich ein einstmals stolzer Oppositionspolitiker, ein hartnäckiger, erfolgreicher Oppositionspolitiker heraus und hält eine Rede, die ihm im roten Parteisekretariat geschrieben worden ist, ein – Entschuldigung! – politisches Schoßhündchen im XXL-Format, und dann klatschen seine grünen Parteikollegen, weil er der – vielleicht wird es ein Ordnungsruf – roten Räuberbande die gleichnamige Leiter macht. Also, bitte schön, ich habe mich jetzt echt geniert, Rüdiger. Mach so was bitte nie wieder! *(Beifall bei der FPÖ. – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das war eine Rede jetzt! Eine echte Geistesleistung!)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächste Rednerin hat sich nun Frau GRin Karner-Kremser gemeldet. Jetzt erteile ich ihr das Wort.

GRin Waltraud **Karner-Kremser**, MAS *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Danke, Herr Vorsitzender!

Politische Stabilität, niedrige Kriminalität, ökonomische Bedingungen *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* – Herr Jung, zu Ihnen komme ich noch –, Freiheit, Gesundheitsversorgung, die Wohnsituation, das Schulsystem, die Umweltverschmutzung, die Elektrizitäts- und die Wasserversorgung sowie das Verkehrsnetz – all das sind Elemente, nach denen eine unabhängige Studie die lebenswertesten Städte dieser Welt beurteilt. Und Wien war in den letzten Jahren immer unter den besten fünf und ist auch dieses Jahr wieder an zweiter Stelle gereiht, nur ein Zehntel Prozent unter Melbourne, das dieses

Jahr eben die lebenswerteste Stadt der Welt ist.

Aber wir Wiener Sozialdemokraten stehen seit Jahrzehnten für diese politische Stabilität in Wien. Wir arbeiten seit Jahrzehnten erfolgreich für eine sich ständig erweiternde Stadt, und wir haben – das wird uns Jahr für Jahr bestätigt – Erfolg damit, die Qualität in dieser Stadt erfolgreich zu halten und zu erweitern. Wir stehen zur Daseinsvorsorge. Wir sagen, Gesundheitsversorgung, öffentlicher Verkehr, Wasser, das muss leistbar bleiben für jedermann und muss in öffentlicher Hand bleiben.

Das ist anders, als Sie dazu stehen, denn Sie haben in all den Jahren, in denen Sie zuständig waren für Österreich, verkauft und verklopft, was man nur irgendwie locker machen kann, wobei, wie wir heute, 2011, sehen, in den sieben Jahren, die Schwarz-Blau im Bund regiert hat, sehr, sehr viele Ihrer Minister offensichtlich in die eigenen Taschen oder in die Taschen ihrer Freunde gewirtschaftet haben.

Und wenn Sie sagen, Sie sind stolz auf eine schwarz-blaue Bundesregierung, dann lesen wir doch einmal die Riege jener Minister herunter, die jetzt so oft in den Medien stehen als die, die nicht ordnungsgemäß gehandelt haben. Da haben wir einen ehemaligen Minister Strasser, einen ehemaligen Minister Gorbach, der sogar Vizkanzler war, einen ehemaligen Minister Scheibner, einen ehemaligen Minister Grasser, einen ehemaligen Minister Reichhold, einen Ex-Minister und Bundeskanzler Schüssel, einen Landeshauptmann Jörg Haider und einen, der immer noch bei Ihnen verankert ist, ein Uwe Scheuch, der in erster Instanz bereits verurteilt worden ist. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Das ist Ihr Zugang, das ist Ihr Zugang zu öffentlichen Mitteln. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Deswegen kommt es auch nicht von ungefähr, dass Sie überall sonst auch Missbrauch wittern, weil Sie nämlich in Ihren eigenen Reihen davon überfallen werden.

Und Ihnen, Herr Jung, der Sie jedes Mal da heraufhecheln und dann irgendwelche Listen runterplappern *(GR Mag Dietbert Kowarik: Und was machen Sie?)*, Ihnen sollte, nachdem Sie schon Bezirksrat waren, im Nationalrat waren und jetzt halt hier gelandet sind, klar sein, dass es hier um Parlamentarismus geht. *(Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei der FPÖ. – In den Reihen der FPÖ werden immer wieder Tafeln in die Höhe gehalten, auf denen Bgm Dr Michael Häupl und VBgm Mag Maria Vassilakou abgebildet sind und auf denen steht: „Gebührenerhöhungen? Yes, we can!“)*

Und wenn Ihre Anwesenheit hier Ihr Arbeitsnachweis ist, dann ist das ein armseliges Nachweiszeugnis, denn hier sitzen wir nur ein Mal im Monat *(Beifall bei der SPÖ)*, maximal zwei Mal im Monat, aber wir alle, die wir hier sitzen *(Die Rednerin weist auf die Reihen der SPÖ.)*, arbeiten 30, 31 Tage im Monat und 365 Tage im Jahr! Von dem haben Sie überhaupt keine Ahnung, Herr Jung! Von dem haben Sie keine Ahnung! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Johann Herzog: Was haben Sie schon geleistet? – Weitere Rufe bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Es gibt noch eine Wortmeldung. Moment, Herr Stadtrat, ich muss Ihnen das Wort auch erteilen. *(Heiterkeit.)* Also Herr StR

DDr Schock hat sich noch zu Wort gemeldet. – Sie haben noch 12 Minuten und 2 Sekunden.

StR DDr Eduard **Schock**: Meine Damen und Herren!

Wir spielen hier nicht gerne dieses Spiel der SPÖ mit, „Wer meldet sich zuletzt?“, das der Klubobmann Schicker da immer überwacht, indem er seine Rednerinnen und Redner zurückzieht und dann wieder ausschickt, damit ihr das letzte Wort habt. Das ist an sich eine Kinderei, aber auf diese Wortmeldung, meine Damen und Herren, muss man natürlich schon entgegnen.

Meine Damen und Herren! Der Schuss, den ihr da vorhabt, der wird nach hinten losgehen. Dieses Anpatzen von Dingen, die vor sechs Jahren waren unter Schwarz-Blau, das wird genau gegen Sie losgehen. Es gibt nämlich einen großen Unterschied: Wir haben damals mit dieser Regierung gebrochen, und das wissen die Menschen. Die Menschen wissen ganz genau, dass Knittelfeld war und dass Heinz-Christian Strache damals diese Bewegung in Knittelfeld angeführt hat. Wir haben diese Partei 2005 aus der Regierung herausgeführt. Die Menschen wissen, dass das ein Neubeginn gewesen ist, und werden Ihnen das nicht abnehmen. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine Damen und Herren! Die Menschen wissen das ganz genau und glauben Ihnen kein Wort. Nur ein Unterschied ist: Sie sitzen immer noch mitten drinnen, Sie haben sich nicht distanziert. Sie sitzen noch immer mitten drinnen in einer sozialistischen Regierung, wo derzeit gegen fünf Minister ermittelt wird, wo gegen fünf Minister staatsanwaltschaftlich ermittelt wird.

Meine Damen und Herren! Das war zunächst einmal der Herr Stöger, wo im Zusammenhang mit dem Listerien-Skandal ermittelt wird; das war dann die Frau Ministerin Schmied, die im Zusammenhang mit Unregelmäßigkeiten bei der Kommunalkredit staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen sich gehabt hat; das ist der Herr Darabos, der sozialistische Verteidigungsminister, gegen den laufend von der Staatsanwaltschaft ermittelt wird im Zusammenhang mit dem Herrn Entacher, mit der Amtsenthebung des Herrn Entacher mit Willkür dabei; und das sind, meine Damen und Herren, vor allem die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen die Spitze dieser Bundesregierung, denn der Fisch stinkt ja bekanntlich vom Kopf weg. Meine Damen und Herren, es wird derzeit ermittelt gegen den Herrn Ostermayer, und es wird auch gegen den Herrn Faymann ermittelt. Es geht um das 7-Millionen-Ding des Herrn Faymann, um 7 Millionen EUR Werbeaufträge, wo Druck ausgeübt worden ist auf Beamte, auf Manager in staatsnahen Unternehmen für eine Werbekampagne im Volumen von 7 Millionen EUR, mit der sich der Herr Faymann und die SPÖ dann gute Berichterstattung erkaufen haben.

Meine Damen und Herren! Das ist die Wahrheit, dass Sie in einer Bundesregierung sitzen, wo gegen fünf Minister ermittelt wird. Und wer so im Glashaus sitzt wie Sie, der sollte vor der eigenen Tür kehren, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Deutsch. Ich erteile es ihm.

GR Christian **Deutsch** *(Sozialdemokratische Fraktion*

des Wiener Landtages und Gemeinderates): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die heutige Debatte hat gezeigt, dass die Rednerinnen und Redner von ÖVP und FPÖ zwar von Gebührenstopp reden, es ihnen in Wahrheit aber um die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen geht und sie dafür sogar bereit sind, auch die Lebensqualität in dieser Stadt aufs Spiel zu setzen. *(GR Johann Herzog: Wo haben Sie das her?)*

Die Gebührenerhöhung – darauf ist bereits ausführlich eingegangen worden – ist eine notwendige Maßnahme, um die hohe Lebensqualität in der Stadt zu sichern, aber auch die Versorgung zu garantieren. Wir sorgen dafür, dass die Unternehmen der Stadt, dass die Betriebe wirtschaftlich geführt sind, und auch dafür, dass die Stadt funktioniert. Und auch das unterscheidet uns von ÖVP und FPÖ, einer FPÖ, die ja hier besonders neoliberal auch auftritt, die beide in unverantwortlicher Art und Weise den öffentlichen Sektor durch Stellenkürzungen, durch Privatisierungen ruinieren wollen. Ich frage Sie: Was ist Ihr Beitrag für die Stadt und diese Menschen? *(GR Prof Harry Kopietz: Provision einheben!)* Sie wollen lediglich den Boden aufbereiten für Privatisierungen, sonst haben Sie wahrlich nichts geleistet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie wollen den öffentlichen Unternehmen die erforderlichen Gebühren vorenthalten, Neuinvestitionen und Erhaltungsmaßnahmen verhindern, die nur durch Anpassung der Gebühren und der Abgaben auch finanziert werden können. Denn geschieht das nicht, dann müssten Leistungen reduziert werden und letztendlich auch die gesamte Qualität. Das führt zu einer Verschlechterung der Lebensqualität, das ist Ihre Politik. Das werden wir den Wienerinnen und Wienern auch sagen, denn wer Wien verkauft, verkauft auch die Lebensqualität. Dafür stehen diese beiden Parteien. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sparen bei der Lebensqualität? Nicht mit uns, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wienerinnen und Wiener können sich auf die SPÖ verlassen. Die Leistungen der Daseinsvorsorge müssen weiterhin in öffentlicher Hand bleiben. Das ist unser Wiener Weg.

Ihr Plan ist leicht durchschaubar: Öffentliche Unternehmen aushungern, die notwendigen Gebühren vorenthalten, Leistungen reduzieren, sogar Schaden für das Unternehmen in Kauf nehmen, um es dann möglichst billig abzuverkaufen und zu privatisieren. Mit dieser Politik schaden Sie der Stadt und ihren Menschen und eigentlich auch dem gesamten Land. Sie schädigen unsere Heimatstadt Wien, Sie wollen die Leistungen reduzieren und schädigen damit auch die Wienerinnen und Wiener. *(Beifall bei der SPÖ. – Bei der FPÖ werden wieder die bereits erwähnten Tafeln in die Höhe gehalten.)*

Höhere Preise, schlechtere Qualität und Mängelversorgung, das ist die Konsequenz überall dort, wo öffentliche Betriebe und Leistungen privatisiert wurden. Und was Sie dabei bewusst auch noch verschweigen, ist, dass bei Privatisierungen oft auch Massenentlassungen die Folge sind. Wir werden die Wienerinnen und Wiener vor dieser Politik schützen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FPÖ hat es aber offensichtlich auch notwendig, heute besonders tief in den Schmutzkübel hineinzufassen, wie es ja viele Rednerinnen und Redner gemacht haben, zuletzt auch Herr StR Schock (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, wegen Ihrer Politik!*), andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu diffamieren, zu unterstellen, persönlich zu attackieren, in der Hoffnung, wie es ja immer der freiheitliche Stil war, irgendwas wird schon hängen bleiben. Das ist das Einzige, was Sie können, und Sie haben es anscheinend besonders notwendig, um von Ihrem blau-schwarzen Sumpf hier ordentlich abzulenken. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sie wissen, dass Ihr Obmann Strache in diesen schwarz-blauen Sumpf besonders verstrickt ist, dass er immer dabei war, heute zwar nichts mehr davon wissen will, aber als Vorstandsmitglied der Bundespartei, später als stellvertretender Bundesparteiohmann natürlich immer dabei war. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das hat schon sooo einen Bart!*) Sie wollen es heute auch nicht mehr wissen, aber ich kann Ihnen eines sagen: Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen! (*Beifall bei der SPÖ. – Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Das schwarz-blaue Sündenregister ist ein langes, das wissen Sie, und darum ist Ihnen dieses Thema auch so unangenehm. Denn was haben Sie eigentlich in Ihrer Regierungszeit zusammengebracht? Die Bilanz ist eine eindeutige Katastrophe. Die Rekordarbeitslosigkeit unter Schwarz-Blau war trotz Hochkonjunktur mit mehr als 360 000 arbeitslosen Menschen eine besonders hohe. Heute hat Österreich die zweitniedrigste Arbeitslosigkeit Europas. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Und Wien hat die höchste!*) Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Ihrer Regierungszeit explodiert, weil die Jugend der FPÖ völlig egal war, das war Ihnen völlig wurscht. Die Polizeistellen haben sie abgebaut, die Polizeiposten zugesperrt, ja, Sie haben selbst in der Kriminalitätsbekämpfung, die Ihnen angeblich so ein wichtiges Thema ist, auch kläglich versagt.

Aber bei der Umverteilung von unten nach oben, da waren Sie besonders stark. Die Pensionisteneinkommen wurden drastisch gekürzt und das Vermögen der Republik verschleudert. Sie sind dafür verantwortlich, dass den Menschen dieses Landes erheblicher Schaden zugefügt wurde. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits die Rechnungsabschlussdebatte im Juni dieses Jahres hat gezeigt, dass die Schulden der Stadt auch dadurch erhöht wurden, weil offensiv gegen die Wirtschaftskrise angekämpft wurde, weil der Wirtschaftskrise entgegengesteuert wurde, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Bekämpfung der Armut aufgenommen wurden und damit auch ein sehr hoher Mitteleinsatz verbunden war, um Wien aus der Krise herauszuinvestieren. Frau Vizebürgermeister Finanzstadträtin Renate Brauner hat die Stadt sehr besonnen und mit ruhiger Hand durch die Wirtschaftskrise geführt, die Arbeitslosigkeit bekämpft, die Jugend- und Frauenarbeitslosigkeit reduziert, und sie setzt sich auch sehr erfolgreich gegen den Privatisie-

rungsdruck, den Sie aufzubauen versuchen, zur Wehr. Und auch das dürfte ein Hintergrund Ihres Misstrauensantrages sein. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Misstrauensantrag ist für die Opposition in der Tat ein Ablenkungsmanöver von der Misere, vom System Schwarz-Blau (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Aktuell! Sehr aktuell!*), das nun nicht nur historisch ist, es ist, wie Sie sagen, wahrlich aktuell, denn es wird ja nun auch gerichtlich aufgearbeitet. Insofern haben Sie recht, es ist eine aktuelle Frage. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, unglaublich aktuell!*) Viele Staatsanwälte und auch Untersuchungsausschüsse sind jetzt am Zug, das auch aufzuarbeiten. (*GR Johann Herzog: Bei Ihnen! Das haben wir ja gerade gehört!*) Das wird wahrscheinlich Jahre dauern, bis das alles aufgearbeitet wird, wahrscheinlich viele Jahre länger, als die blau-schwarze Regierungsperiode überhaupt gedauert hat. So viel Dreck ist hier am Stecken, dass diese unglaublichen Skandale aufgearbeitet werden müssen.

Und was besonders deutlich wird, ist, was passiert, wenn eine Partei wie die FPÖ in Verantwortung ist: der Ausverkauf des Landes, der größte Sozialabbau in der Geschichte des Landes. Vorhandene Strukturen werden zerstört, und dann wurde auch noch, wie eben Medienberichten zu entnehmen ist, in die eigene Tasche gewirtschaftet.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt noch viele andere Fragen, etwa die Frage nach der Parteienfinanzierung. (*GR Johann Herzog: Da hat die SPÖ viel zu beantworten! 100 Millionen!*)

„Hatebook Strache“, wie man seit Neustem sagen kann, Hatebook Strache, der mit Nazi-Postings seiner Freunde auf seiner Homepage in den letzten Monaten mehr als verhaltensauffällig war, hat ja diese Frage bis heute nicht beantwortet, aus welchen Quellen Sie Ihre Inserate, Ihre Plakate, Ihre Kampagnen finanzieren. Hier sind viele Fragen offen und unbeantwortet. Da könnten Sie alle auch zur Aufklärung beitragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einige wenige Worte noch abschließend zum vorliegenden Beschluss- und Resolutionsantrag, den die ÖVP eingebracht hat, der generell eigentlich auch ungeheuerliche Vorwürfe gegen die Politik in dieser Stadt, gegen Spitzenbeamte enthält, ohne im Detail darauf einzugehen, wo im Text sogar kriminelle Handlungen unterstellt werden. Das ist ein Stil, den wir in diesem Hause nicht einreißen lassen sollten. Wenn Sie, Herr GR Aichinger, Kenntnis von kriminellen Handlungen oder sogar Kenntnis von strafbaren Tatbeständen haben, dann ist es Ihre Aufgabe, diese Information den zuständigen Behörden zu übermitteln, aber nicht hier mittels eines Antrages pauschal alle zu diffamieren und hier kriminelle Handlungen zu unterstellen.

Insofern bin ich der Auffassung, dass Sie sich mit der Ihnen noch verbliebenen Gemeinderatsriege der ÖVP dafür auch in aller Form entschuldigen sollten.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort ist

niemand mehr gemeldet. Die Debatte geschlossen.

Bevor ich zu den Abstimmungen komme, darf ich noch bekannt geben, dass Herr Kollege Kowarik, Frau Kollegin Anger-Koch und Herr Kollege Wansch entschuldigt sind.

Wir kommen nun zur Abstimmung der vorliegenden Anträge.

Der 1. Antrag ist der Misstrauensantrag gegen die Frau VBgmin Brauner. Bei diesem Antrag wurde die namentliche Abstimmung begehrt. Wer dieses Begehren unterstützt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist die Minderheit. Damit wird die Abstimmung durch Handaufzeigen durchgeführt. – Wer dem Misstrauensantrag gegen die Frau Vizebürgermeisterin beitrifft, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und FPÖ und damit die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt. *(Langanhaltender Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Der 2. Antrag ist von den GRÜNEN und der SPÖ. Er betrifft die Sicherung kommunaler Grundversorgung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die SPÖ und die GRÜNEN und damit mehrstimmig so angenommen.

Antrag Nummer 3 ist von der SPÖ und den GRÜNEN eingebracht und betrifft öffentliche Dienstleistungen. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die SPÖ und die GRÜNEN. Damit ist der Antrag angenommen.

Antrag 4 ist ebenfalls von der SPÖ und den GRÜNEN eingebracht worden. Er betrifft das System Schwarz-Blau. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist mit den Stimmen der SPÖ und GRÜNEN mehrheitlich so angenommen.

Antrag 5 ist ein Antrag der FPÖ bezüglich der Abschaffung des Wiener Valorisierungsgesetzes. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ und daher die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag Nummer 6 ist ebenfalls ein Antrag der FPÖ betreffend Tarifstopp bei Strom, Gas, Fernwärme, Wasser, Kanal, Müllgebührensenkung. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ und damit die Minderheit.

Antrag Nummer 7 wurde von der ÖVP eingebracht.

Er betrifft das System des roten Filzes in Wien. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist die ÖVP und damit die Minderheit

Der Antrag Nummer 8 ist von der ÖVP eingebracht. Er betrifft die Aussetzung der Gebührenerhöhungen auf Grund der Valorisierungsautomatik. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind ÖVP und FPÖ, also die Minderheit.

Antrag 9 ist von der FPÖ. Er betrifft einen Regelkatalog für städtisches Finanzmanagement. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ und damit die Minderheit.

Antrag Nummer 10 ist ebenfalls von der FPÖ eingebracht. Er betrifft Spekulationsverbot, Richtlinien für sichere Geldgeschäfte. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, somit die Minderheit.

Der nächste Antrag, Nummer 11, ist auch von der FPÖ eingebracht. Er betrifft die Minimierung der Gebührenbelastung, wenn ich das so zusammenfassen darf. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ und damit die Minderheit.

Antrag Nummer 12 ist von der FPÖ eingebracht worden. Er betrifft die Einzelwasserzähler im Gemeindebau. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen. – Das sind ÖVP und FPÖ und damit die Minderheit.

Antrag Nummer 13, eingebracht von der FPÖ, betrifft die Umstellung auf Nutzwasserbetrieb. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ und damit die Minderheit.

Der letzte Antrag ist ebenfalls von der FPÖ eingebracht. Er betrifft die Zahlungsmoral der Stadt Wien. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind ÖVP und die FPÖ und damit die Minderheit.

Zu Wort – das habe ich schon gesagt – ist niemand mehr gemeldet. Daher darf ich die Debatte schließen und wünsche noch einen schönen Tag.

(Schluss um 13.59 Uhr.)